

SPD

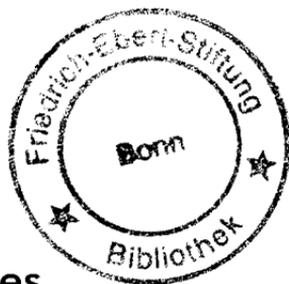


A 95 - 01195

SPD Landesverband Hessen

Verantwortung für Hessen

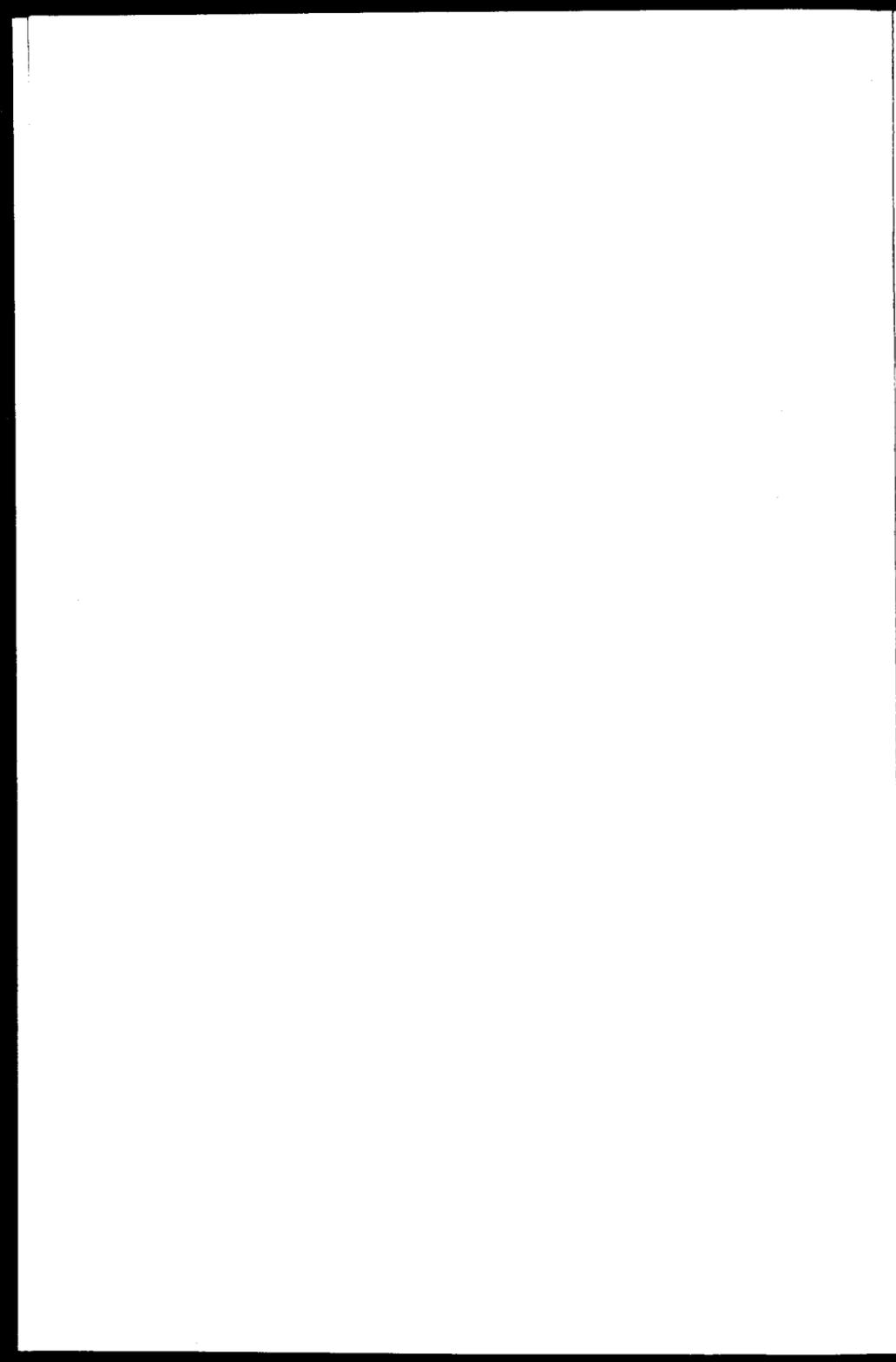
Hessen –
Land der wirtschaftlichen Stärke, ökologischen
Erneuerung und der sozialen Gerechtigkeit



**Sozialdemokratisches
Regierungsprogramm
1995 bis 1999**

Verabschiedet vom Landesparteitag in Fulda
am 5. November 1994

A 95 - 01195



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Wir modernisieren die Wirtschaft	9
2. Wir erneuern ökologisch	35
3. Wir bilden aus für die Zukunft	61
4. Wir schaffen Arbeit	71
5. Wir stehen für sozialen Frieden	79
6. Wir sichern Demokratie, Toleranz und gleiche Lebenschancen	115

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Hessen ist unter sozialdemokratischer Führung in vielen Bereichen im Konzert der Bundesländer ein Erfolgsland geworden. Das muß auch in Zukunft so bleiben.

Hessen ist das Land der wirtschaftlichen Stärke, der ökologischen Erneuerung und der sozialen Gerechtigkeit.

Seit der Gründung Hessens nach dem 2. Weltkrieg ist die SPD die prägende und vorwärtstreibende Kraft in Hessen. Georg-August Zinn hat als sozialdemokratischer Ministerpräsident mit der SPD die entscheidenden Impulse gesetzt, sei es in der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik oder in der Bildungspolitik. Soziale Gerechtigkeit, Toleranz und Weltoffenheit waren und sind in Hessen Tradition. Auf diese Traditionen sind wir stolz, und an sie knüpfen wir mit unserem neuen Regierungsprogramm wieder an.

Seit 1946 wird Hessen – mit vierjähriger Unterbrechung, die Jahre des Stillstandes waren – durch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert. Der SPD gelang es, das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen Norden und Süden des Landes, zwischen ländlichen Gebieten und industriellen Ballungsräumen deutlich zu verringern. Chancengleichheit in der Bildung, Ansiedlung neuer Industrien in bisher ausschließlich landwirtschaftlich strukturierten Gebieten und ein breitgefächertes Netz sozialer Maßnahmen bestimmten die Jahre sozialdemokratischen Wirkens. Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die den Bau von Bürgerhäusern und Dorfgemeinschaftshäusern voranbrachten, um den kulturellen und gesellschaftlichen Ansprüchen ländlicher Bereiche, kleiner Städte, Mittelstädte und auch großstädtischer Stadtteile gerecht zu werden.

Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die mit dem "Großen Hessenplan" dafür sorgten, daß in den Bereichen Wohnungsbau und Stadtanierung, Pflege der Gemeinschaft, Förderung der Jugendeinrichtungen, Unterstützung des Sportes, Sorge um die alten Menschen, Verbesserung des Gesundheitswesens, Modernisierung des Schulwesens, Erweiterung der Hochschulen und Ausbau der Verkehrswege Hessen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu einem führenden Bundesland werden konnte.

Dabei hat die hessische Sozialdemokratie auch immer darauf Wert gelegt, daß Toleranz und Liberalität erhalten bleiben. Hessen ist ein wirtschaftsstarkes Land und lebt vom Export seiner Waren. Wo Handel getrieben wird, gibt es seit eh und je auch Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern und Verfolgten. Wir vergessen nicht, daß ein Großteil unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in den 60er Jahren angeworben wurde und heute in der 2. und 3. Generation bei uns lebt. In der Bundesrepublik steht Hessen nicht nur für hohe Wirtschaftskraft, sondern auch für ein Land mit liberaler Tradition.

Die SPD hat immer aus neuen Herausforderungen gelernt. Sie hat sich deshalb in den 80er Jahren intensiv der ökologischen Erneuerung unseres Bundeslandes zugewandt und intensiv die Gleichstellung von Frau und Mann vorangetrieben. Wir wollen, daß in Hessen Frauen Staat machen. Und wir wollen, daß auch künftige Generationen gesunde Lebensbedingungen und eine intakte Natur vorfinden. Dies ist eine Grundaufgabe, der sich alle in Staat und Gesellschaft zu stellen haben.

Die hessische SPD hat Wort gehalten. Bei der vergangenen Landtagswahl hatte sie versprochen, daß soziale Gerechtigkeit, ökologische Erneuerung und wirtschaftliche Stärke durch die SPD in Hessen garantiert werden. Sie hatte versprochen,

40.000 sozialgebundene Wohnungen in Hessen in den Jahren 1991 bis 1995 zu schaffen, die Betreuungsangebote für Kinder deutlich auszuweiten, 3.000 Lehrerinnen und Lehrer neu einzustellen und für Verbesserungen beim Polizeidienst einzutreten, damit unsere Polizei besser motiviert, einsatzfähig und präsent ist. Alle diese Versprechen wurden eingehalten. Die Bilanz unserer Regierung kann sich mehr als sehen lassen. In vielen Bereichen hat Hessen Vorsprung und ist Modell für andere Bundesländer. Diesen Vorsprung Hessens gilt es auch in Zukunft zu sichern – durch sozialdemokratische Verantwortung.

In den kommenden Jahren wird es angesichts geringerer finanzieller Spielräume darum gehen, Schwerpunkte zu setzen. Die vielfältigen Aufgaben zu lösen ist mit der deutschen Einheit und der Wirtschaftskrise in ganz Europa nicht leichter geworden. Das Geld wird noch knapper als bisher, weil Hessen als wirtschaftsstärkstes Bundesland mit großen Summen beim Aufbau im Osten helfen wird. Allein durch die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs hat Hessen ab 1995 jedes Jahr 3,6 bis über 4 Milliarden DM zu zahlen. Eine Verteilung allgemeiner "Wohltaten" nach dem Gießkannen-Prinzip ist unter diesen Umständen unverantwortlich. Es kann nur versprochen werden, was auch gezahlt werden kann. Die dramatische Entwicklung der öffentlichen Haushalte zwingt zu einer Überprüfung aller Ausgaben und zu einer konsequenten Begrenzung des Ausgabenwachstums. Sparen nach der Rasenmäher-Methode kommt dabei für die Sozialdemokraten jedoch nicht in Frage. Für die Zukunft gilt es, durch eine an der Zukunftssicherheit Hessens orientierte Konsolidierungspolitik neue Gestaltungsspielräume zu schaffen.

Die Reformfähigkeit unserer Gesellschaft hängt in diesen Zeiten von der Sparfähigkeit und der richtigen Schwerpunktsetzung ab. Erfolge bei der Begrenzung des Ausgabenwachstums können nur erzielt werden, wenn die Prioritäten klar de-

finiert werden und in Politikfeldern, wo Opfer zumutbar sind, deutlich eingespart wird. Konsequenterweise wird die hessische SPD deshalb die Frage der Sicherung und des Erhalts von Arbeitsplätzen in einer ökologisch modernisierten Wirtschaft zum zentralen Punkt ihrer Politik in den nächsten Jahren machen. Zudem gilt es, Demokratie und Toleranz in unserer Gesellschaft zu sichern. Das Wiedererstarken des Rechtsextremismus macht deutlich, daß wir um unsere Demokratie kämpfen müssen.

Die Arbeitslosigkeit hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Selbst in Hessen als wirtschaftsstärkstem Flächenland erreicht die Arbeitslosigkeit im Nachkriegsdeutschland eine Höchstmarke. Es ist gerade heute Aufgabe der Politik dazu beizutragen, daß Arbeitsplätze gesichert, neue Beschäftigungsperspektiven eröffnet und eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben wird. Darin wird das Schwergewicht unserer Politik in den kommenden Jahren bestehen. Hessische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine sozial verantwortliche, ökologisch sensible und arbeitsplatzorientierte Wirtschaftspolitik. Hessen ist und muß wirtschaftsstark bleiben und dabei seine hervorragende Lebensqualität behalten. Dafür haben wir seit 1991 die Weichen gestellt, eine aktive Politik gegen die Krise verwirklicht und die ökologische Erneuerung in Angriff genommen.

Die SPD hat Hessen in den letzten 50 Jahren maßgeblich nach vorne gebracht. Diese Tradition wollen wir fortsetzen und mit einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung den Weg ins kommende Jahrtausend bahnen.

Es gilt dabei, Hessens Vorsprung zu sichern.



Hans Eichel

1. Wir modernisieren die Wirtschaft

Wir haben Wort gehalten:

Die hessische Wirtschaft hat eine bundesweite Vorrangstellung: im Durchschnitt der vergangenen Jahre hatte Hessen das höchste Wachstum unter allen alten Bundesländern. Pro Kopf erwirtschaften die Hessen 16% mehr als der Bundesdurchschnitt. Die Arbeitslosigkeit ist geringer als in den meisten anderen Bundesländern.

Hessen ist bevorzugter Standort für internationale Unternehmen. Etwa die Hälfte des Zuwachses ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik wurden alleine in Hessen getätigt. Gerade ausländische Firmen schauen sich den Wirtschaftsstandort genau an, bevor sie viel Geld investieren. Und da ist Hessen weit vorne.

Die Wirtschaftspolitik eines Bundeslandes kann die jahrelang gemachten Fehler der Bundesregierung unter Kohl nicht ausgleichen. Aber sie kann helfen, die Auswirkungen zu mildern. Deshalb hilft die Landesregierung den Unternehmen, die vorübergehend in Schwierigkeiten sind, mit Bürgschaften, Garantien und Finanzhilfen.

Hessen betreibt eine aktive Wirtschaftspolitik zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch

- Hilfen für Unternehmen,
- Regionalförderprogramme als Investitionsanreize in wirtschaftlich benachteiligten Regionen,
- Existenzgründungen und Hilfen bei der Erschließung gewerblicher Flächen,
- verstärkte Wirtschafts- und Technologieförderung zur Schaffung von Arbeitsplätzen im High-Tech-Bereich,
- die hessische Technologiestiftung, die Innovationsförderung und Unterstützung des Dialogs zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zum Ziel hat,
- den neuen Innovationsfonds. Das Land Hessen fördert den Technologietransfer, damit das Wissen der Hoch-

schulen schneller in der Wirtschaft ankommt. Der Innovationsfonds ermöglicht die Förderung von Technologieprojekten in Hochschulen und Unternehmen. Er erschließt gerade kleineren und mittleren Unternehmen neue Märkte.

Sozial verantwortliche und ökologisch sensible Wirtschaftspolitik

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit ist es Aufgabe der Politik, durch ihre Entscheidungen dazu beizutragen, daß Arbeitsplätze gesichert, neue Beschäftigungsperspektiven eröffnet, soziale und umweltverträgliche Alternativen initiiert werden und eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben wird. Das verstehen wir unter einer sozial verantwortlichen, ökologisch sensiblen und arbeitsplatzorientierten Wirtschaftspolitik.

Seit Anfang der 90er Jahre erleben alle wichtigen Industrieländer eine tiefgreifende Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungskrise. Diese Krise hat mit vereinigungsbedingten Verzögerungen auch die Bundesrepublik erfaßt. Kurzfristig ist eine nachhaltige Belebung nicht in Sicht. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat die 10-Prozent-Marke überschritten und steigt weiter.

Hessen als wirtschaftsstarkes Land mit der höchsten Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung unter den Flächenstaaten ist bisher zwar besser durch die Krise gekommen als andere Bundesländer. Aber auch bei uns erreicht die Arbeitslosigkeit im Nachkriegsdeutschland eine nicht gekannte Höchstmarke.

Die Sicherung und Vermehrung rentabler und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze ist und bleibt die beste Arbeitsmarktpolitik.

Eine erfolgreiche Wirtschaft ist die Grundlage für soziale Sicherheit. Aber wirtschaftlicher Erfolg ist nur mit sozialer

Stabilität und ökologischer Tragfähigkeit möglich. Sozial gerechte Arbeits- und Lebensverhältnisse sind für das friedliche Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in einer sich wandelnden Gesellschaft unentbehrlich. Dies muß eine gemeinsame Grundlage sein für das Handeln aller Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften.

Dies gilt umso mehr im bundesdeutschen Maßstab. Durch den europäischen Binnenmarkt hat der Wettbewerb eine kontinentale Dimension bekommen. Hessen ist fester Bestandteil der europäischen Volkswirtschaft. Über die Hälfte der hessischen Exporte geht in die Länder der Europäischen Union. Die Öffnung der Binnenmärkte ist nicht nur eine Konkurrenz für einige Unternehmen in angestammten nationalen Märkten. Sie ist in einem viel größeren Maße eine Chance für die eigenen Produkte in einem ungleich erweiterten europäischen Markt. Voraussetzung bei der europäischen Harmonisierung ist jedoch, daß der gewollte Wettbewerb auch fair verläuft und es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommt, weil einige Länder schneller, andere gar nicht die Vorschriften harmonisieren.

In Hessen wird für die SPD soziale und ökologische Verantwortung im Mittelpunkt des staatlichen Handelns stehen. Da der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit die Hauptbelastung für die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Finanzen darstellt, ist eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik die wichtigste Voraussetzung, um soziale Sicherheit finanzierbar zu machen.

Zur Beseitigung des aktuellen Arbeitsplatzdefizits ist eine offensive antizyklische Konjunkturpolitik des Bundes und eine ebenso offensive Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Struktur-, Forschungs- und Technologiepolitik von Bund und Ländern notwendig.

Hessen betreibt im Rahmen der Möglichkeiten eines Bundeslandes eine aktive Konjunkturpolitik. Die hessische Landespolitik wird alle geeigneten Initiativen des Bundes für eine wirksame und solidarische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aktiv unterstützen und zusätzlich eigene umfassende Initiativen ergreifen, insbesondere zur Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit.

Wirtschafts- und Strukturprogramme werden mit Beschäftigungskriterien (einschließlich Frauenförderungskriterien) gezielt ausgestaltet; dies umzusetzen wird eine Aufgabe für die gesamte Legislaturperiode sein. Wirtschaftsförderprogramme werden so modifiziert, daß sie über den Bereich der privaten Unternehmen hinaus auch für Beschäftigungsgesellschaften und andere Träger öffentlich geförderter Beschäftigung zugänglich werden.

Hessen unterstützt die Arbeitnehmerorganisationen in ihren tariflichen Bemühungen, gerechtere Verteilung von vorhandener Arbeit unter Sicherung des Lebensstandards auszuhandeln.

Angesichts der bestehenden Massenarbeitslosigkeit begrüßt es die hessische SPD, wenn die Tarifparteien Arbeitszeitverkürzungen Priorität vor Einkommenssteigerungen einräumen. Eine SPD-geführte Landesregierung als öffentlicher Arbeitgeber und die hessische SPD als bundespolitische Kraft wollen sich dafür einsetzen, daß über die tarifvertraglichen Regelarbeitszeiten hinaus Mehrarbeit nur noch mit der Zusage eines späteren Freizeitausgleichs geleistet werden darf. Denn es ist ein gesellschaftlicher Skandal, wenn auf der einen Seite Personal entlassen wird und auf der anderen Seite weniger Personal mehr Überstunden absolvieren soll.

Es sollte außerdem die Möglichkeit einer schrittweisen Verringerung der Arbeitszeit am Ende des Berufslebens geprüft werden.

Mitbestimmung und die Wahrung der Tarifautonomie sind Eckpfeiler für wirtschaftliche und soziale Stabilität. Die Arbeitsbedingungen müssen dem tarifvertraglichen Schutz unterliegen. Deshalb wird die hessische SPD die Tarifvertragsautonomie respektieren und schützen.

Zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit brauchen wir eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, die die Bedingungen für ein umweltverträgliches Wirtschaftswachstum, zusätzliche Beschäftigung und soziale Sicherheit verbessert. Aufbauend auf der bisherigen Strukturpolitik des Landes wird die hessische SPD den wirtschaftlichen Modernisierungsprozeß an den internationalen Märkten wie an den eigenen Landesentwicklungszielen ausrichten, die Bedingungen für Innovationsfähigkeit verbessern und neue Impulse geben. Diese Politik setzt auf die längerfristige Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Hessen und seiner ökologischen und sozialen Qualitäten.

Trotz Restriktionen wird eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung ihre Möglichkeiten ausschöpfen, aktive Wirtschaftsförderung zu betreiben und Hilfen für Unternehmen zu geben. Hessen muß Industriestandort bleiben. Die Ansiedlung von Unternehmen wird deshalb von der sozialdemokratisch geführten Landesregierung aktiv unterstützt.

Regionalität stärken

In Hessen hat sich der Strukturwandel vom sekundären zum tertiären Sektor rascher und stärker vollzogen als in anderen alten Bundesländern. Der Dienstleistungsbereich erreicht hier inzwischen einen um 10 Prozent höheren Anteil an der Wertschöpfung als der Durchschnitt in den westlichen Bundesländern. Vertreten sind vor allem wachstumsstarke und unternehmensorientierte Dienstleistungen sowie Finanzdienst-

leistungen. All dies tritt noch geballter im Rhein-Main-Gebiet und dort besonders in Frankfurt auf. Wirtschaftlich dominante Problembereiche hat es in den vergangenen Jahren nicht gegeben.

Auf das Land bezogen gibt es jedoch deutliche regionale und sektorale Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung, die auch differenzierte Zukunftsstrategien benötigen. Hierbei ist aber festzuhalten, daß fast alle hessischen Regionen mit ihrer Strukturstärke über oder zumindest nahe dem Bundesdurchschnitt liegen.

Wir müssen jetzt die Voraussetzungen schaffen, daß Hessen schneller und besser aus der wirtschaftlichen Krise herauskommt und die langfristigen Strukturrends mitgestalten. Alle Ansätze zur ökologischen Modernisierung der Wirtschaft und Zukunft müssen sowohl den gesamthessischen Aspekt als auch die spezifischen Erfordernisse der hessischen Regionen berücksichtigen.

Die Modernisierung der Wirtschaft und die Bewältigung des Strukturwandels über eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erfordern gemeinsames Handeln und den Dialog zwischen Unternehmen, Arbeitnehmern, Hochschulen, Kommunen und der Landespolitik. Der notwendige Dialog muß regionalbezogen erfolgen.

Die Landesregierung muß deshalb noch stärker als bisher Dezentralisierung und Regionalisierung fördern. Nur durch Kooperation der Beteiligten – nicht im Gegeneinander – können Probleme im Nahverkehr, in der Abfallwirtschaft, bei der Vergabe von Gewerbeflächen gelöst werden; nur so können die Entwicklungspotentiale unserer hessischen Regionen optimal genutzt werden.

Zwischen den Regionen in Hessen klafft zum Teil ein sehr starkes wirtschaftliches und soziales Gefälle. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verfolgen das Ziel, diese Unter-

schiede zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Landesteilen abzubauen.

Dazu ist eine umfassende Regionalpolitik erforderlich, die im Rahmen eines integrierten Gesamtkonzeptes Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Technologie-, Sozial-, Bildungs-, Kultur-, Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik untereinander verzahnt. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei den Standortentscheidungen für Landesdienststellen strukturschwache Regionen bevorzugt zu berücksichtigen.

Es gilt die in den hessischen Regionen vorhandenen Entwicklungskräfte zu stärken. Eine transparente Gestaltung der regionalen Entwicklungsprozesse und eine für Beteiligung offene Form der Konsensbildung über regionale Entwicklungskonzepte und Leitideen ist gleichzeitig ein Beitrag zur Demokratisierung unserer Gesellschaft und Motivation für die Einzelnen, sich an dem Prozeß zu beteiligen. Sie können aktiv und mit sichtbaren Erfolgserlebnissen ihre Lebensumstände ökonomisch und ökologisch verbessern. Wir wollen, daß die Landesregierung sich bei ihrer Strukturpolitik eng an die im gemeinsamen Dialog aller Beteiligten zu erstellenden regionalen Entwicklungskonzepte orientiert.

Die kommunale Planungshoheit wird erweitert. Den regionalen Planungsversammlungen, die ausschließlich aus Kommunalvertretern bestehen, wird die Aufstellung von Regionalplänen einschließlich möglicher Abweichungen übertragen. Gleichzeitig verpflichtet das Land sich selbst, in einem Landesentwicklungsplan einen groben Rahmen an wichtigen oder überregional wirksamen Rahmensetzungen und Vorgaben festzulegen und zu vertreten.

Dem Land bleibt dabei die abschließende Festlegung landesweit übergeordneter Ziele. Die Landesregierung nimmt mit einer Umweltbilanz und einem Landschaftsrahmenplan öko-

logische Rahmensetzungen vor. Daneben setzt es die wirtschaftlichen, infrastrukturellen und sonstigen überregional bedeutsamen Vorgaben. Um einen größtmöglichen gesellschaftlichen Konsens für die Umsetzung dieser Ziele zu erreichen, ist es erforderlich, die Ziele breit zu diskutieren. Dazu sind die Kommunen im Entscheidungsprozeß zu beteiligen. Die Regionalpläne, die in diesem Rahmen von den Regionalversammlungen selbständig erarbeitet und entschieden werden, sind vom Land im Sinne einer Rechtskontrolle nur darauf zu überprüfen, ob die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes eingehalten werden, nicht aber darauf, ob ein Beschluß der Planungsversammlung inhaltlich anders gesehen wird.

Wo anders als in unseren Regionen könnten wir in gelebter und erlebbarer Nähe gesellschaftliche Entwicklungen besser durchschauen und uns über die Abläufe unseres Lebens klar werden?

Wo anders könnten wir uns aktiv und mit sichtbaren Erfolgserlebnissen an der dringend notwendigen Einsparung von Ressourcen beteiligen und kleinere, energiesparende wirtschaftliche Kreisläufe erschließen oder wiederentdecken, für die nicht Weltmarktbedingungen, sondern eine regionale Erzeuger-Verbraucher-Beziehung maßgebend sind?

Wo anders als in unseren Regionen könnten wir unter Beweis stellen, daß wir mit Erfahrung und der Bereitschaft zur ökologischen Erneuerung in der Lage sind, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, die Lebensqualität zu verbessern und einen Beitrag zur ökologischen Sanierung der Umwelt zu leisten?

Wo anders als in unserem überschaubaren Lebensumfeld könnten Menschen unter Bewahrung regionaler Eigenarten ihre Wertvorstellungen neu bestimmen und eine verantwortungsbewußte Verteilungsgerechtigkeit akzeptieren?

Wo anders könnten wir den Willen zur Zusammenarbeit, zur Überwindung zerstörerischer Konkurrenz und Selbständigkeit als Grundlage jenes zukunftsbezogenen Fortschritts nachwei-

sen, der auch den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt garantiert – wenn nicht in unseren Regionen?

Leitziele eines landespolitischen Schwerpunktes für die Zukunft der hessischen Regionen werden sein:

- Regionalisierung und Verknüpfung von Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs-, Technologie-, Struktur- und Wissenschaftspolitik sowie der damit verbundenen Programm- und Maßnahmenbündelung. Auch für die hessische Landwirtschaft soll die Einbindung in regionale Entwicklungskonzeptionen Zukunft sichern;
- Stärkung der ortsbezogenen und gruppenübergreifenden Zusammenarbeit und des regionalen Dialogs;
- Verbesserung der Durchschaubarkeit regionaler Entwicklungsprozesse sowie des Zugangs zu Entwicklungsdaten der Region;
- Entwicklung neuer Organisationsstrukturen für die regionale Zusammenarbeit;
- Der Weiterentwicklung der Regionen dient auch die Rückkehr zur kommunal verfaßten Regionalplanung;
- Erarbeitung von regionalen Entwicklungskonzepten und Leitideen, auch unter dem Aspekt der Gleichstellung der Geschlechter;
- professionelles, regionalkundiges und kontinuierliches Projektmanagement in den Regionen mit einer landesweiten, ressortübergreifenden Vernetzungsstruktur;
- vermehrte Förderung regionaler Ideenträger, regional-kultureller Vielfalt sowie sozial- und umweltverträglicher Produkte und Produktverfahren;

- Verbesserung der Verhältnisse von Wissens- und Entscheidungsträgern und des regionalen Marketings;
- Motivation der Menschen zur Beteiligung an regionalen Entwicklungen und neuen, experimentellen Problemlösungen;
- Abbau des Zuständigkeitsdenkens bei gleichzeitiger Verbesserung der problem- und projektbezogenen institutionellen, verbandlichen und betrieblichen Kommunikation;
- Verbesserung der regionalen Forschungsförderung und der Wissenschaftskooperation – hierzu gehört auch der Transfer von wissenschaftsbezogener Weiterbildung in die Regionen.

Damit wird sich die Hessen-SPD schwerpunktmäßig auf die Förderung und Unterstützung impulsgebender und beschäftigungswirksamer Kräfte konzentrieren. Gerade wegen ihrer arbeitsmarktpolitischen Bedeutung werden die erfolgreichen Förderprogramme der Stadtsanierung und der Dorferneuerung auch künftig wesentliche Bestandteile der hessischen Regionalpolitik sein.

Langfristig bedeutet integrierte Regionalpolitik die Verbindung aller regions- und strukturpolitischen Programme. Ein solcher Schritt zur Koppelung soll durch die Kombination Stadtsanierung mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erreicht werden. Ziel ist die Ausweitung der Beschäftigungswirkung und die Wiedereingliederung von Arbeitslosen. Mit dieser Kombination wird aktive Beschäftigungspolitik in Projekten der Denkmalpflege und der Wohnraumsanierung zielgerichtet und effizient.

In der integrierten Regionalpolitik ist vor allem Eigenaktivität und der Wille, das in der jeweiligen Region vorhandene Wissen und Können für neue Einkommensquellen und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu nutzen, und damit die Wertschöpfung und Lebensqualität in den hessischen Regionen zu

erhöhen. Dabei sind Eigeninitiativen in den Regionen besonders zu fördern. In den regionalen Entwicklungskonzepten sind regionale Frauenpläne mit zu integrieren. Auch die Wissenschaft ist hier gefordert, wenn sie ihre gesellschaftliche Verantwortung und regionale Verankerung ernst nehmen will.

Die hessische SPD setzt sich dafür ein, daß die Attraktivität der ländlichen Regionen erhöht und die Nachteile gegenüber wirtschaftsstarken Regionen vermindert werden.

Mit Hilfe von Anschubfinanzierungen durch das Land sollen verstärkt sogenannte "Nachbarschaftsläden" entstehen, weil es in zahlreichen kleinen Dörfern oder Ortsteilen mittlerweile keine Einkaufsmöglichkeiten mehr gibt. Mit den Nachbarschaftsläden sollen wichtige Dienstleistungsangebote, die in einzelnen kleinen Orten nicht wirtschaftlich lebensfähig sind (z. B. Einzelhandelsgeschäfte, Post- und Bankdienste, Abholdienste für Reinigung und Reparaturen, Sammelstellen, Toto/Lotto-Annahmestellen), gebündelt werden und regionale Produkte vermarktet werden können.

Ebenfalls durch Anschubfinanzierung des Landes wollen wir durch "Tele-Servicecenter" Arbeitsplätze und Arbeitsmöglichkeiten im ländlichen Bereich mit Hilfe von modernen Informations- und Telekommunikationstechniken schaffen.

Für die SPD hat in der Wahlperiode 1995-1999 die Weiterentwicklung der erfolgreichen ländlichen Regionalpolitik als integriertem Politikansatz Vorrang. Sie schafft Chancen für den ländlichen Raum – bei uns hat "neue Kraft für's Land" Priorität.

Wir haben Wort gehalten:

- Hessen hat das Dorferneuerungsprogramm kräftig aufgestockt und damit Investitionen in die ländlichen

Räume gelenkt. Gegenwärtig sind 269 von insgesamt 426 Städten und Gemeinden in der Förderung.

- Hessen hat mit einem Kulturlandschaftsprogramm der hessischen Landwirtschaft insgesamt 94 Millionen DM zur Verfügung gestellt.
- Hessen hat neue ländliche Regionalprogramme aufgebaut und zum Erfolg geführt. Zusätzliche Mittel wurden bei der Europäischen Union eingeworben, insgesamt kamen den einzelnen Regionen über 100 Millionen DM zugute.
- Trotz des weitgehenden Rückzugs des Bundes aus den Programmen zur Stadtsanierung hat das Land in einem Kraftakt zur Sanierung von Stadtkernen, Stadtteilen und sozialen Brennpunkten beigetragen. Mehr als 100 Stadtteile und Gemeinden nehmen an den Programmen teil.

Internationalität

Die hessischen Regionen stehen in immer größerem Maße im wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit den europäischen Regionen.

Die europäische Integration bedeutet für das Land Hessen und seine Regionen eine politische und wirtschaftliche Herausforderung. Die Ausfuhr der hessischen Exportwirtschaft geht zu über 50 Prozent in die Länder der Europäischen Union. Mit der Entscheidung über die Ansiedlung des Europäischen Währungsinstituts in Frankfurt und damit über den zukünftigen Sitz der Europäischen Zentralbank sind neue Chancen verbunden. Die SPD setzt auf die Kooperation mit der Kommission der Europäischen Union. In strukturell benachteiligten Regionen kann das Land Hessen so mit den europäischen Förderprogrammen zusätzliche Investitionen mobilisieren. Für ausländische Investoren ist das Land Hessen in der Bundesrepublik Deutschland der attraktivste Standort.

Dieses Wettbewerbsplus muß für die weitere Profilierung des Standortes genutzt werden.

Die Wirtschaftsregion Hessen steht in einem scharfen Wettbewerb mit den anderen wirtschaftsstarken Regionen in Europa. Das Land Hessen und insbesondere das Rhein-Main-Gebiet liegen auf der Sonnenseite der "Banane", die die aufstrebenden Zentren Europas miteinander verbindet. Doch in diesem europäischen Wirtschaftsraum konkurrieren wir mit der Region London, mit dem Großraum Paris oder den Wirtschaftszentren in Norditalien. Und mit den neuen Märkten und Produktionsstandorten in Tschechien, Ungarn und Polen ist eine neue Situation entstanden.

Die wirtschaftlichen Chancen der Europaregion Hessen sind von der zentralen Lage an der Schnittstelle der transeuropäischen Verkehrsverbindungen geprägt.

Unter internationalen Aspekten sind die zentralen Ansatzpunkte zur Modernisierung der hessischen Wirtschaft die

- Qualifizierung der Arbeitskräfte,
- Qualität der öffentlichen Infrastruktur und Verwaltung,
- Qualität der Produkte und Produktionsverfahren der Wirtschaft,
- intelligente Nutzung der zentralen Lage und der guten Verkehrsinfrastruktur.

Daher sind die wichtigsten Handlungsfelder der hessischen Politik die Qualifizierungs-, Infrastruktur- und Technologiepolitik.

Umwelt und Arbeit

Der Bereich der Umwelttechnologien gilt als wichtiger innovativer Wachstumsmarkt, einer der wenigen, auf dem die Bundesrepublik weltweit federführend ist. Mit marktwirtschaftlichen Lenkungsabgaben soll sich das Umsteuern in der Produktion für Unternehmen und Verbraucher lohnen.

Fachleute erwarten bis zum Jahr 2000 die Schaffung von zusätzlichen 800.000 Arbeitsplätzen im Bereich der Umwelttechnik in Deutschland. Hessen soll dabei seine Spitzenposition ausbauen: 100.000 neue Arbeitsplätze im Umweltbereich sind das Ziel.

Die vorhandenen Arbeitsplätze können nur gesichert werden, wenn ressourcenschonende und emissionsarme Verfahren entwickelt werden. Das Instrument der Öko-Audits, in dessen Rahmen die Umweltverträglichkeit der Produktionsprozesse untersucht und gefördert wird, ist zu verstärken. Das Programm Arbeit-Umwelt-Technik soll in diese Richtung wirken.

In seinem Rahmen wird der Einsatz neuer Technologien im Bereich des Recycling, der Wassereinsparung und der Umweltsanierung gefördert. Die Kooperation von Betrieben und den hessischen Einrichtungen im Bereich des Umweltschutzes gilt es zu vertiefen.

Die hessische Sozialdemokratie wird auch im Rahmen ihrer Beschaffungspolitik ökologische Innovationen unterstützen. Wir werden deshalb darauf drängen, daß das Land PKWs mit möglichst geringem Energieverbrauch ordert.

Wir fordern die in Hessen produzierenden Automobilhersteller auf, sich an die Spitze des Wettbewerbs zur Produktion von 3-Liter-Serienfahrzeugen zu setzen.

Technologietransfer

Ziel der hessischen Technologiepolitik ist die Schaffung neuer Produkte und Verfahren, um damit die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung zu verbessern.

Dies gilt speziell vor dem Hintergrund der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz und des Wandels der Arbeitsteilung in Europa. Die ehemaligen Ostblockstaaten bieten durch konkurrenzlos niedrige Löhne attraktive Standorte für die Fertigung standardisierter Erzeugnisse. Konkurrenzfähigkeit stellt sich nicht durch Lohndumping ein. Hessens Chance als Industriestandort liegt in der Entwicklung und Herstellung neuer und hochwertiger Produkte, die so auf der Welt nur von wenigen angeboten werden. In den Jahren der Hochkonjunktur haben Teile der Wirtschaft die Aufgabe vernachlässigt, durch neue Produkte und Verfahren ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern oder zu verbessern. Die konservativ-liberale Bundesregierung hat durch ihre zahlreichen Versäumnisse u.a. auf dem Gebiet der Forschungs- und Technologiepolitik die gegenwärtige Wirtschaftskrise verschärft.

Die hessische Technologiepolitik richtet sich speziell an kleine und mittlere Unternehmen, die auf den sich verändernden Märkten – wegen ihrer knappen Kapitalausstattung und unzureichender Informationen – Nachteile gegenüber Großunternehmen haben.

Erfolgreiche Initiativen der hessischen Technologiepolitik der letzten Jahre sind z.B. die Gründungen

- des Instituts für Mikrostrukturtechnologie und Optoelektronik (IMO) in Wetzlar,
- des Instituts für Entwicklungsmethodik und Fertigungstechnologie umweltgerechter Produkte (IUP) in Herborn,

- des Zentrums für integrierten Umweltschutz in Kassel.

Eine wichtige Bedingung für den Erfolg dieser Projekte ist, daß sie in Zusammenarbeit mit der mittelständischen Wirtschaft entstehen, an vorhandene regionale Wirtschaftsstrukturen anknüpfen und mit den Hochschulen zusammenarbeiten.

Erklärte Ziele der hessischen Technologiepolitik für die Zukunft sind – unter Beteiligung der mittelständischen Wirtschaft – Gründungen weiterer Technologiedienstleistungszentren, z.B. auf den Feldern der

- Biotechnologie,
- Umwelttechnik,
- Materialwissenschaft und Werkstofftechnik,
- Medizintechnik,
- Qualitätssicherungssysteme,
- Recycling von Industrieabfällen,
- Informations- und Kommunikationstechniken.

Im Mittelpunkt der hessischen Technologiepolitik steht nicht die direkte Förderung von Forschung und Entwicklung. Ziel ist vielmehr, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Transfer und die wirtschaftliche Anwendung vorhandenen Wissens durch Beratung, Förderung von Kooperationen, entsprechende Ausbildung und durch die Bereitstellung von Kapital erfolgen kann.

Ein besonderer Akzent soll in der Anregung von Firmenkooperationen und der Verknüpfung von Einrichtungen des Technologie- und Wissenstransfers liegen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen passen sich schnell dem neuesten Stand der Technik an. Damit dieser Prozeß noch reibungsloser funktioniert, die Ergebnisse von Forschung so rasch wie möglich in neue Produkte und Verfahren umgesetzt werden und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gesteigert wird, ist eine Systematisierung des Transferprozesses

notwendig. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der hessischen Technologiestiftung zu. Sie soll die innovations- und technologiepolitische Situation Hessens einbeziehen und Vorschläge zu deren Verbesserung erarbeiten. Dies geschieht durch Beobachtung der technologischen Entwicklungslinien, Identifikation der Schwachstellen, Erarbeitung von Analysen und Vorschlägen zur Verbesserung und der Anregung von Pilotprojekten, durch Vorschläge zur Weiterentwicklung der hessischen Förderpolitik sowie durch die Herstellung eines innovationsfreundlichen Klimas in Hessen.

Die hessische Technologiestiftung soll unter finanzieller Beteiligung hessischer Unternehmen fortentwickelt werden.

Von großer Bedeutung wird die Mobilisierung des vielfältigen Forschungskapitals und dessen Einbringung in das Transfernetz sein. Aus diesem Grund müssen Technologiepolitik und Wissenschaftspolitik stärker als bisher verzahnt werden.

Um Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, soll daher die Wirtschaftsförderung in Hessen insgesamt stärker auf Innovationen durch Einführung neuer Technologien hin orientiert werden.

Kleine und mittlere Unternehmen stärken

Klein- und Mittelbetrieben sollten bei technologischer und umweltbezogener Modernisierung, beim Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken, bei Marktanpassung und -öffnung an die Europäische Union, bei Qualifizierung für Unternehmensführung und bei der Personalentwicklung konkrete Beratungs- und Umsetzungshilfen durch das Land Hessen geboten werden. Dabei ist insbesondere an spezielle Förderung von Frauen zu denken.

Die bewährten Instrumente zur Bereitstellung von Eigenkapital für Innovationen bei kleinen und mittleren Unternehmen

sollen gestärkt werden. Ihre Beratungstätigkeit für die Unternehmen soll ausgebaut werden. Darüber hinaus soll – unter Beteiligung der Wirtschaft – Risikokapital für innovative Betriebsgründungen sowie für die Entwicklung marktfähiger Produkte und Verfahren bei mittelständischen Unternehmen bereitgestellt werden.

Hierdurch wird eine bessere Marktfähigkeit für Klein- und Mittelbetriebe erreicht, die sich in Sicherung und Ausweitung der Beschäftigung niederschlägt.

Das Handwerk hat – auch mit den vielen modernen Berufen – eine wichtige Funktion im Wirtschaftsleben. Es prägt insbesondere die regionalen Märkte und Wirtschaftsbeziehungen. Unser Ziel ist deshalb, wirtschaftliche Impulse dort zu setzen und Innovation zu fördern. So sollten die Verwaltungen darauf einwirken, daß bei großen Bauvorhaben der öffentlichen Hand die Vergabe von Handwerksleistungen in kleinen Losen erfolgt, um auch dem ortsansässigen Handwerk die Möglichkeit zur Teilnahme an der Ausschreibung zu geben.

Gerade in Hessen hat Handwerk Zukunft: Im Bereich der Dorferneuerung, bei der Stadtsanierung und im Denkmalschutz. Beim Einsatz von neuen Kommunikationstechnologien im Handwerk und in der Förderung von modernen Umweltschutztechniken im handwerklichen Bereich hat das Land Hessen gezeigt, wie Innovationsprozesse ausgelöst und Beschäftigungseffekte erreicht werden können.

Kleine Gewerbetreibende und Selbständige werden in Ballungsgebieten und dort in sogenannten bevorzugten Gewerbelagen häufig durch exorbitante Mieterhöhungen zugunsten kapitalstarker Verkaufsketten in ihrer Existenz bedroht. Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion zur Verbesserung des Mietrechts sollten unterstützt werden.

Die SPD Hessen setzt sich auch weiterhin dafür ein, geringfügige, nicht sozialversicherte Beschäftigung im Landesdienst auszuschließen, wie dies bereits durch die Richtlinien für Aufträge an Reinigungsfirmen geschehen ist. Illegale Beschäftigungen bei öffentlichen Bauvorhaben sollen auch zukünftig durch die Vergaberichtlinien für öffentliche Bauaufträge weitestgehend verhindert werden. Dadurch werden Arbeitsplätze vorrangig in Klein- und Mittelbetrieben und damit auch im Handwerk gesichert sowie zusätzliche geschaffen.

Beschleunigung der Genehmigungsverfahren

Durch eine weitere Effektivierung der Genehmigungsverfahren müssen Erweiterungen gewerblicher Produktionsanlagen und die private Bautätigkeit beschleunigt werden, was aber weder zu Lasten des Umweltschutzes noch der Bürgerbeteiligung gehen darf.

Intensiver weltweiter Wettbewerb und der technische Fortschritt führen zu immer kürzeren Entwicklungs- und Lebensdauerzyklen der industriellen Produkte und Produktionsverfahren. Dementsprechend müssen Entscheidungen für Neu- bzw. Erweiterungsinvestitionen in immer kürzerer Frist umgesetzt werden können.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den zukünftigen Erfolg der Unternehmen ist daher die zügige Durchführung von Genehmigungsverfahren, mit denen umweltverträgliche Standards festgelegt werden. Umfang, Dauer und Transparenz sind oft entscheidende Faktoren für unternehmerische Investitionsentscheidungen.

Lange Aktenläufe zwischen den Behörden sind nicht notwendigerweise Voraussetzung einer verantwortlichen Genehmigungspraxis. Land, Kreise und Gemeinden haben die ge-

meinsame Aufgabe, die anstehenden Investitionen durch einen zügigen Verfahrensvollzug zu ermöglichen, damit Beschäftigungseffekte schnell eintreten können. Das setzt jedoch voraus, daß die Antragsteller den Behörden auch entscheidungsfähige Unterlagen zur Verfügung stellen. Die Landesregierung wird aufgefordert, jede verantwortbare Verfahrensbeschleunigung zu unterstützen und Investitionsbarrieren zu vermeiden.

Zivile Nutzung früherer militärischer Einrichtungen

Durch die Wiedervereinigung und die Öffnung Mittel- und Osteuropas hat Hessen nicht nur einen zusätzlichen Lagevorteil in Europa erhalten. Eine mittelbare und prinzipiell sehr erfreuliche Begleiterscheinung dieser Entwicklung ist die Abrüstung und die damit verbundenen Reduktionen an Militärpersonal, Rüstungsgüterproduktion, Manövern etc. Die Abrüstung und der dadurch ausgelöste Strukturwandel mit dem Wegfall von Kaufkraft und Arbeitsplätzen kann auf der einen Seite zwar zu erheblichen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Problemen an Standorten und Standortregionen führen, bietet jedoch in Form von freiwerdenden Liegenschaften auch Vorteile, die den Standorten langfristige Entwicklungschancen bieten. Diese Chancen können vor allem die betroffenen Standorte in Südhessen ohne unterstützende Aktivitäten der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes wahrnehmen, während die ohnehin strukturschwachen Standorte in Mittel- und Nordhessen auf eine regionalpolitische Flankierung des abrüstungsbedingten Strukturwandels angewiesen sind.

Während die Bundesregierung ihre Zusage zur Auflage eines Konversionsprogrammes bisher nicht eingelöst hat und mit einem solchen Programm nicht mehr zu rechnen ist, hat die Hessische Landesregierung ein Sonderprogramm "Standort-Konversion" mit einem Mittelvolumen von 150 Millionen DM und einer Laufzeit bis 1999 aufgelegt, um die Regionen nicht

allein zu lassen. Die Maßnahmen umfassen im wesentlichen Planungs- und Beratungshilfen für Kommunen sowie die Förderung der Wiedernutzbarmachung und Belegung ehemals militärischer Liegenschaften, vor allem für Gewerbe und Dienstleistungen sowie für wirtschaftlich-technische Infrastrukturen. Die regionalen Förderschwerpunkte liegen in Mittelhessen (Gießen, Herborn, Marburg, Wetzlar), in Kassel und Osthessen (Bad Hersfeld, Fulda).

Das Konversionsprogramm der Landesregierung flankiert die struktur- und regionalwirtschaftlichen Aspekte des Konversionsprozesses und zielt insofern darauf ab, den abrüstungsbedingten Strukturwandel in den Regionen zu bewältigen. Primäres Ziel ist es, die negativen Einkommens- und Beschäftigungswirkungen, die durch die Auflösung bzw. Ausdünnung von Stationierungsstandorten entstehen, durch die Entwicklung neuer, langfristig sicherer wirtschaftlicher Aktivitäten auszugleichen bzw. zumindest abzumildern. In diesem Zusammenhang kommt dann der "strukturpolitischen Widmung" ehemals militärisch genutzter Liegenschaften eine entscheidende Rolle zu: Für die Neuansiedlung von Gewerbe und Dienstleistungen und als Chance für den Fremdenverkehr und die wirtschaftlich-technische Infrastruktur.

Die konversionsspezifischen Probleme in anderen Politikbereichen wie Arbeitsmarkt, Wohnungsbau, Städtebau, Naturschutz etc. werden im Rahmen der bestehenden Förderangebote dieser Bereiche berücksichtigt.

Arbeitsschutz verbessern

Wir haben unsere Anstrengungen beim Arbeitsschutz und der Gewerbeaufsicht verstärkt, damit Arbeitsplätze sicher werden. Mit einer Bundesratsinitiative wird die hessische SPD ein Arbeitsschutzgesetzbuch auf den Weg bringen, in dem alle

bedeutsamen Rechtsbereiche des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz zusammengefaßt werden.

Zur Überwachung von Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht konnte durch die Zuweisung von 85 neuen Stellen und die Verselbständigung von fünf Ämtern für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik die Überwachung der Arbeitsschutzvorschriften verbessert werden.

Der staatliche Arbeitsschutz ist für die Gesundheit am Arbeitsplatz unverzichtbar. Die Überwachungs- und Beratungstätigkeit des staatlichen Arbeitsschutzes muß deshalb weiterhin verbessert werden.

Der menschengerechten Gestaltung der Arbeitszeit kommt eine immer höhere Bedeutung zu. Deshalb wird die hessische SPD dafür eintreten, daß in dem bestehenden arbeitszeitrechtlichen Rahmen einer Ausdehnung von Nacht-, Feiertags- und Wochenendarbeit entgegengewirkt wird. Ebenso wird sich die hessische SPD für eine familienfreundliche und frauenfördernde Gestaltung der Arbeitszeit einsetzen. Im Bereich des hessischen Landesdienstes bedeutet dies, daß die Lage der täglichen Arbeitszeit noch stärker individuell an die Bedürfnisse der Beschäftigten angepaßt wird. Ebenso soll das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen deutlich erweitert und andere Möglichkeiten der Reduzierung der individuellen Arbeitszeit angestrebt werden.

Frauen und Arbeitswelt

Wir haben Wort gehalten:

Mit dem Gleichberechtigungsgesetz hat Hessen ein Vorbild für Chancengleichheit von Mann und Frau geschaffen durch

- Frauenförderpläne im öffentlichen Dienst,
- den Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen in höheren Lohn-, Vergütungs- und Besoldungsgruppen,
- Möglichkeiten zur flexibleren Arbeitszeitgestaltung,
- Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen,
- Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz,
- die Verfolgung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.

Das Bekenntnis zum Vollbeschäftigungsziel muß gleichermaßen für Frauen gelten. Wenn Teilzeitarbeit künftig noch erweitert wird, darf dies nicht vorrangig den Frauenarbeitsmarkt betreffen. Die hessische SPD wird sich für ein Bundesteilzeitarbeitsgesetz einsetzen, damit Diskriminierung der Teilzeitarbeit abgebaut und Ansprüche auf Rückkehr in Vollzeitverhältnisse geschaffen werden. Von ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen und ihren Folgen sind besonders Frauen betroffen, z.B. durch Altersarmut. Deshalb müssen solche Beschäftigungsformen bekämpft werden. Vorrangig sollen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse abgeschafft werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gilt es endlich sicherzustellen.

Als öffentlicher Arbeitgeber hat das Land Hessen durch das Gleichberechtigungsgesetz viele Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Frauen gleiche Chancen im Beruf haben und flexible Arbeitszeitregelungen die individuellen Bedürfnisse berücksichtigen.

Auch für eine wirksame Frauenförderung im öffentlichen Dienst hat das Hessische Gleichberechtigungsgesetz die Grundlage gelegt. Um einen breiteren, wirkungsvollen Anstoß zur Frauenförderung in der Privatwirtschaft zu erreichen, müssen die bisherigen Ansätze wie die Beratung von Einzelbetrieben und der Wettbewerb für den frauenfreundlichsten Betrieb wesentlich weiterentwickelt werden. Bei Subventionen

und Auftragsvergabe sollen frauenfreundliche Unternehmen bevorzugt werden. Frauenförderungskriterien und entsprechende Auflagen müssen in die arbeitsplatzschaffenden Wirtschafts- und Strukturprogramme einbezogen werden – auch unter dem Gesichtspunkt, daß Frauenförderung ein positiver Standortfaktor ist. Existenzgründungen für Frauen und Frauenbetriebe wird die hessische SPD gezielt fördern.

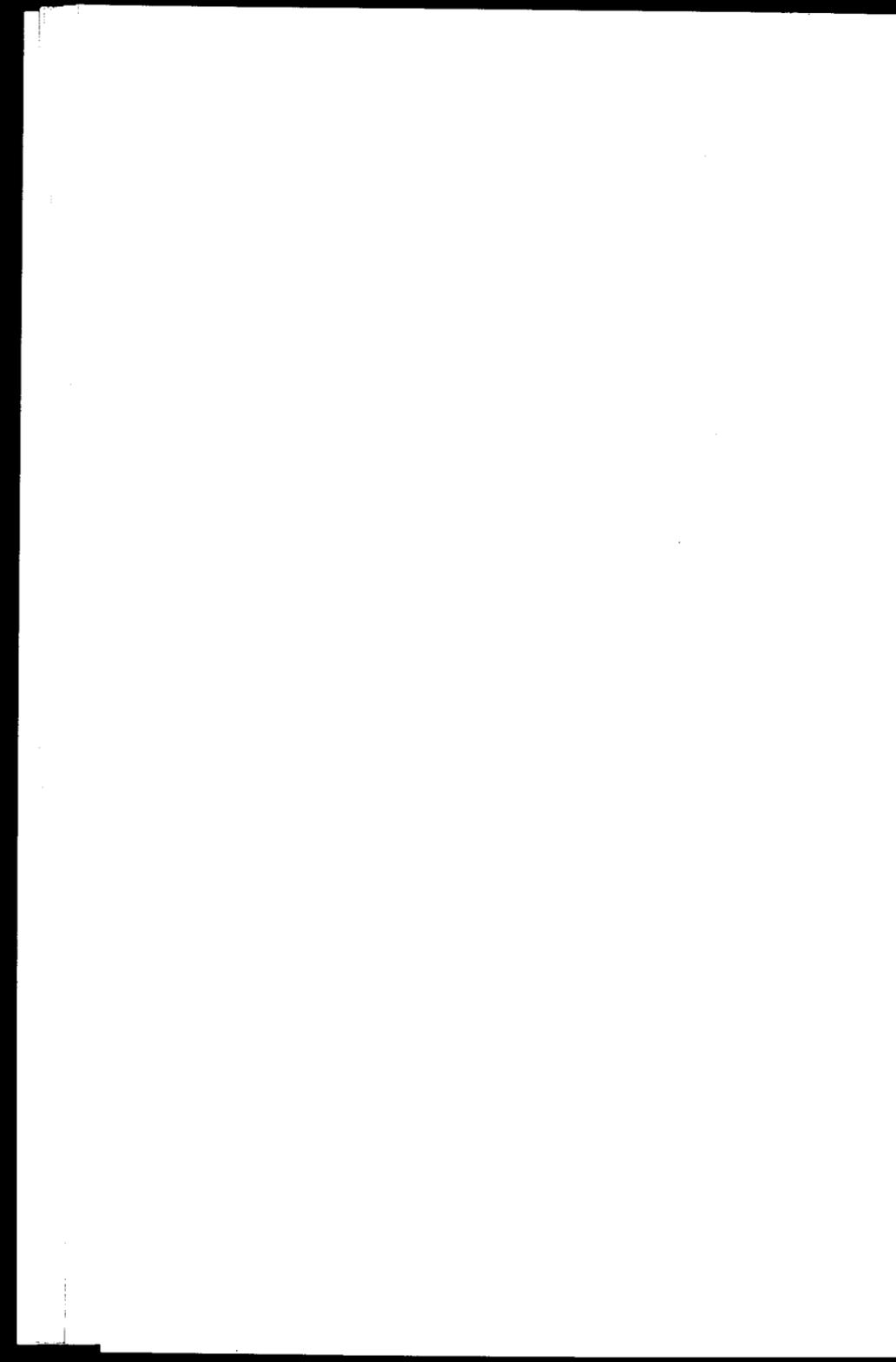
Den jungen Frauen will das Land den Zugang zu frauentypischen Berufen erleichtern. Darüber hinaus sollen durch Bevorzugungen bei der Wirtschaftsförderung private Unternehmen verpflichtet werden, vermehrt qualifizierte Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze für Frauen anzubieten.

Die hessische SPD unterstützt die Bundesratsinitiative der SPD-regierten Länder zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes. In einem neuen Arbeits- und Strukturförderungsgesetz sind verbindliche Zielvorgaben zur Beteiligung von Frauen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und wirksame Instrumente zur Frauenförderung zu verankern. Um einen effektiven Beitrag zum Abbau der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu leisten, muß die öffentliche Arbeitsmarktpolitik aktiv die Qualifizierung und Beschäftigung von Frauen fördern. Familienbedingte Unterbrechungen und zeitweilige Teilzeitarbeit aufgrund der gesellschaftlichen Zuweisung von familiären Verantwortlichkeiten an Frauen dürfen keine Benachteiligung beim Zugang zu Leistungen und Fördermöglichkeiten nach dem Arbeitsförderungsgesetz zur Folge haben.

Die Diskriminierung von Frauen bei den Zugangsvoraussetzungen zu den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik muß abgebaut werden, z. B. durch Gleichstellung von Erziehungs- sowie Pflegezeiten mit einer die Beitragspflicht (und damit Rechte) begründenden Beschäftigung. Zudem bedarf es der gesetzlichen Sicherstellung, daß im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit kein Nachweis über Betreuungsmöglich-

keiten für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige erbracht werden muß.

Zudem ist eine verbindliche Quotierung festzulegen, um Frauen entsprechend ihres Anteils an den Arbeitslosen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu beteiligen. Zur Umsetzung dieser Forderung bedarf es erheblicher Kompetenzausweitungen für die Frauenbeauftragten in den Arbeitsämtern und einer jährlichen Berichtspflicht über geschlechtsspezifische Besetzungen der einzelnen Maßnahmentearten.



2. Wir erneuern ökologisch

Wir haben Wort gehalten:

Ökologie und Ökonomie werden von uns als gleichwertige Ziele verstanden, damit Hessen nicht nur ein wirtschaftsstarker, sondern auch ein lebenswerter Standort bleibt.

Sicherheitsinteressen gehen uns vor Wirtschaftsinteressen; das Vorgehen der Hessischen Landesregierung bezüglich der Atomanlagen in Hanau und Biblis zeigt dies.

Die Hessische Landesregierung hat Umweltschutz ernst genommen durch

- die Schaffung einer Sondermüllabgabe mit dem Ziel, den Anfall von Sondermüll zu verringern,
- die Einführung eines Tempolimits bei gesundheitsschädigender Ozon-Belastung – als erstes Bundesland –,
- das Programm für Energieeinsparung und Klimaschutz,
- die Gründung der Landes-Energieagentur "hessen-ENERGIE GmbH", die Beratung zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energien anbietet und modellhafte Investitionsvorhaben auf den Weg bringt,
- das Programm zur langfristigen Sicherstellung der Wasserversorgung, das Grundwasservorhaben schont,
- die Einführung der Grundwasserabgabe, die einen finanziellen Anreiz zum sparsamen Umgang mit Trinkwasser schafft,
- die neuen Technischen Wohnungsbaurichtlinien, die die Verwendung von wassersparenden Armaturen und Brauchwassernutzung zur Einsparung von wertvollem Trinkwasser vorsehen,

- zukunftsweisende Energiestandards in der Hessischen Bauordnung und den Technischen Wohnungsbaurichtlinien.

Die fortschreitende Zerstörung der Erdatmosphäre, die drohende Klimakatastrophe, das Waldsterben, die Meeresvergiftung, das Ausrotten von Tier- und Pflanzenarten sind Ergebnisse der Überlastung der natürlichen Lebenskreisläufe mit den Schadstoffen der Industriegesellschaft.

Die gegenwärtige Vergeudung von Rohstoffen und Energie bedroht die Zukunft kommender Generationen. Erst allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Natur den Menschen nicht braucht, der Mensch aber ohne natürliche Umwelt nicht existieren kann. Politische Verantwortung bedeutet dabei, daß der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen Rechnung getragen und der Gefährdung der natürlichen Lebenszusammenhänge Einhaltung geboten wird. Aus diesem Grund sprechen wir uns für eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft aus, um auch künftigen Generationen gesunde Lebensbedingungen zu bieten.

Ökologisch nachhaltig ist eine Entwicklung nur dann, wenn sie den derzeitigen Bedarf der Menschen befriedigt, ohne die grundlegenden Ressourcen zu vernichten, auf die künftige Generationen angewiesen sind. Sie geht von der Überzeugung aus, daß die Aufgaben von Umweltschutz und sozialem Frieden untrennbar miteinander verbunden sind – das eine ist ohne das andere nicht zu bewerkstelligen. Damit eine stabile Gesellschaft entsteht, ist es unter anderem notwendig, den Ausstoß von Kohlendioxidemissionen in die Atmosphäre zu verlangsamen und letztendlich zu vermeiden, die Waldgebiete, Böden und biologische Vielfalt zu erhalten, den übermäßigen Verbrauch einzudämmen und die Einkommensunterschiede zu verringern. Dies wird die Grundaufgabe sein,

der sich Staat, Wirtschaft, Gewerkschaften und politische Parteien im Ausgang des 20. Jahrhunderts zu stellen haben.

Eine auf Vermeidung von Schäden ausgerichtete langfristige und vorausschauende Gestaltung der Politik, die richtungsweisend für das Handeln aller gesellschaftlichen Gruppen wird, darf sich nicht damit begnügen, eingetretene Entwicklungen im nachhinein zu legalisieren und nur ihre größten Fehler notdürftig zu korrigieren. Alle politischen Entscheidungen müssen sich grundsätzlich am Vorsorgeprinzip orientieren. Bei allen Umweltbelastungen und -schäden ist strikt das Verursacherprinzip anzuwenden.

Standortfaktor Umweltqualität

Standortfaktor von zunehmender Bedeutung wird die Umweltqualität in der Region sein. Zu den Stärken Hessens – selbst des Rhein-Main-Gebiets – zählt die vergleichsweise geringe Verdichtung. Das Nebeneinander von Grünflächen, Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten ist gerade die Mischung der großen Nähe von noch dörflichen Strukturen und weltstädtischem Flair, die für die Bewohnerinnen und Bewohner und Besucher die Attraktivität der Region ausmacht. Um in der Konkurrenz zu anderen Wirtschaftsräumen in Europa erfolgreich bestehen zu können, gilt es, gerade dieses Profil weiter zu schärfen. Das bedeutet gleichzeitig: Metropolfunktion soll nicht nur die zentrale Stadt, sondern die ganze Region übernehmen. Nicht Konzentration, sondern die Schaffung vielfältiger Zentren ist unser Leitbild.

Das menschliche Leben vollzieht sich im Rhythmus von Arbeit und Entspannung. Durch die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit vergrößert sich für viele das Angebot an frei bestimmter Tätigkeit. Freizeitmöglichkeiten entwickeln sich immer mehr von einem weichen zu einem harten Standortfaktor, der die

Entscheidung über die mögliche Ansiedlung von Unternehmen stark beeinflussen kann.

Ein weiterer Beleg für diesen sich dynamisch entwickelnden Bereich ist die zunehmende Bedeutung der Freizeitindustrie und des Tourismus. Beide sind längst zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig Hessens geworden, besonders in den Regionen Nordhessens. Der Ausbau der Infrastruktur für Kurz- und Langurlaube und für Freizeit und Erholungsangebote, die die Schönheiten, die Besonderheiten und die Geschichte der einzelnen Regionen erfahrbar machen, wird von der hessischen SPD gefördert. Dabei kommt dem umweltschonenden "sanften" Tourismus eine besondere Bedeutung zu. Wir verfolgen damit das Ziel, daß nicht alle neu gewonnene, frei verfügbare Zeit der Freizeitindustrie oder dem Medienkonsum überlassen wird. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit bekommen, sich für Nachbarschaft, Umwelt, für gewerkschaftliche oder politische Aufgaben zu engagieren. Es muß für alle möglich werden, nach eigener Wahl kreativ zu werden.

Mobilität sichern – Umwelt entlasten

Wir haben Wort gehalten:

Hessen unternimmt erhebliche Anstrengungen, um das Umsteigen vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern:

- Die Mittel für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wurden auf rund 800 Millionen DM deutlich erhöht.
- Mit 32 DM pro Kopf wendet Hessen im Bundesvergleich die meisten Mittel für Verkehrsverbände auf.

- Der Ausbau der flächendeckenden ÖPNV-Zusammenschlüsse in Nord- und Südhessen ist auf den Weg gebracht.

Mobilität ist die Voraussetzung für eine gute Zukunft für Hessen, seine Bürgerinnen und Bürger und die hessische Wirtschaft. In unserem zentralen Wirtschaftsraum spiegeln sich sichtbar die Folgen einer jahrelangen verfehlten nationalen Verkehrspolitik wider. Eine moderne Region braucht jedoch ein leistungsfähiges und umweltangepaßtes Verkehrsnetz sowie eine vorausschauende Lenkung und Planung von Verkehrsangebot und -nachfrage.

Konservative Bundesregierungen haben über das Verkehrsproblem jahrelang nur geredet, das erforderliche Umsteuern erfolgte nicht. Mit Investitionen im Verkehrsbereich hat Hessen die Chance, vorbildhaft in einem Politikbereich gleichzeitig die Wirtschaftskraft des Landes zu stärken, die Infrastruktur zu verbessern, zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und einen Beitrag zur Reduzierung der Umweltbelastung zu leisten. Dazu muß ein integriertes Konzept zum Zusammenwirken aller Verkehrsträger angegangen werden, um so das gesamte Verkehrsaufkommen zu vermindern und ökologisch verträglicher zu gestalten. Dabei geht es nur in begrenztem Rahmen um den Ausbau neuer Verkehrswege, im wesentlichen im Bereich der Schiene, sondern eher um eine intensive Nutzung der vorhandenen Infrastruktur.

Die hessische SPD will mit neuen Konzepten eine ökonomisch sinnvolle und ökologisch orientierte Verkehrspolitik erreichen. Dies geht nur gemeinsam mit und nicht gegen die betroffenen Menschen. Ein breiter öffentlicher Dialog auf allen Ebenen und neue gesetzliche Rahmenbedingungen sind hierfür erforderlich.

Im Personen- und Güterverkehr benötigen wir statt der einseitigen Orientierung an Wachstumsprognosen gezielte politische Maßnahmen. So sollen Rahmenbedingungen für die Verkehrsentwicklung entstehen, die den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft besser gerecht werden.

Die SPD in Hessen hat im Rahmen der Möglichkeiten der Landespolitik bereits konkrete Maßnahmen einer integrierten Verkehrspolitik ergriffen und eine Wende der Verkehrspolitik eingeleitet.

Angesichts knapper öffentlicher Kassen können nicht alle gewollten Verkehrsprojekte gleichzeitig angegangen werden. Daher ist eine Prioritätensetzung notwendig. Die Hessen-SPD räumt der ökologisch sinnvollen Schiene eindeutig Vorrang ein. Die Schienenschnelltrasse über Kassel und Fulda hat gezeigt: Bei attraktiven Angeboten sind die Bemühungen, Menschen zum Umsteigen auf die Bahn zu gewinnen, erfolgreich. Daher sprechen wir uns für die umgehende Realisierung der schnellen Schienentrassen nach Köln und von Frankfurt nach Berlin im Rahmen der Strecke Paris — Warschau aus. Für die Zukunft der Region Nordhessen duldet die verbesserte Verkehrsbedienung auf der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung (Ruhrgebiet-Sachsen) keinen Aufschub. Ein erster Schritt ist der umgehende Einsatz schneller Neigetechnik. Ziel bleibt der Ausbau der Strecke auf IC-Standard. Auf der Main-Weser-Bahn (Frankfurt-Marburg-Kassel) sind Beschleunigung und Verdichtung des Verkehrs unerlässlich.

Der Qualitätssprung, den der ICE für den Personenferntransport gebracht hat, ist auch für den Güterverkehr notwendig. Durch entsprechende logistische Verknüpfungspunkte muß die schnelle Schiene auch für den Güterverkehr nutzbar gemacht werden. Güterverkehrszentren an den Hochgeschwindigkeitstrassen sind dafür eine wichtige Infrastrukturmaßnahme. Hinzu käme für die europäische Verteilung der Luft-

fracht auf der Schiene die Maßnahmen an der Cargo City Süd des Frankfurter Flughafens. Regionale Güterverkehrsstrukturen, die die Belieferung nach Fahrplan ermöglichen und in Kombination mit anderen Verkehrsträgern eine Haus zu Haus-Belieferung mit festen Zeitzusagen sicherstellen, wären eine innerhessische Qualitätsverbesserung und würden helfen, den Güterverkehr mehr auf die Schiene zu verlagern. Deshalb werden wir gemeinsam mit den kommunalen Körperschaften und den Verkehrsverbänden z. B. durch integrierte Taktfahrpläne eine deutliche Verbesserung des Angebots für die Bürger schaffen. Bestehende Schienenstrecken sind zu erhalten und wenn eine entsprechende dauerhafte Nachfrage gesichert ist, auszubauen. Durch eine Integration von besseren Schienen- und S-Bahn-Verbindungen, leistungsfähigeren Busangeboten und Anruf-Sammeltaxis soll auch in der Fläche ein attraktives und ökonomisch sinnvolles Leistungsangebot geschaffen werden.

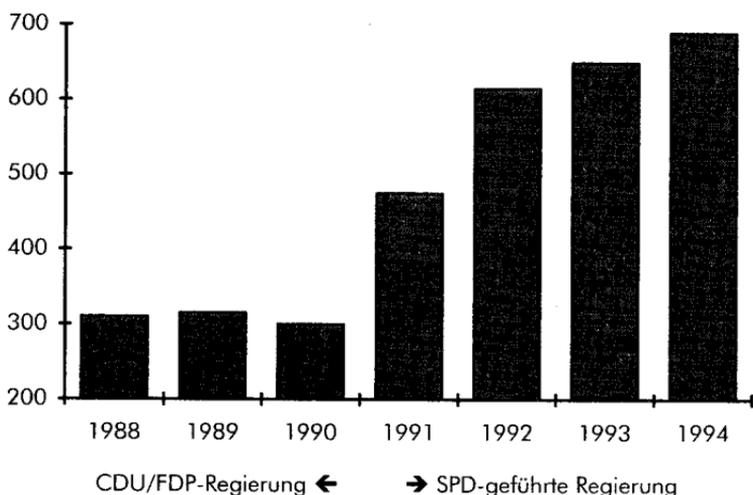
Hessen hat als erstes Bundesland durch ein ÖPNV-Gesetz die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen, damit das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel gefördert werden kann. In Partnerschaft mit den Gebietskörperschaften werden Verkehrsverbände gebildet, die den Nahverkehr mit Bus und Bahn deutlich attraktiver machen. Der Rhein-Main-Verkehrsverbund ist ein europäischer Modellfall. Wir werden die Städte und Gemeinden in ihren Anstrengungen für attraktive Alternativen zum Automobil weiter unterstützen, damit Fahrplanangebot, Taktzeiten und Fahrpreisgestaltung attraktiver werden können.

Das gleiche gilt für Nordhessen. Auch dort will die hessische SPD ein Nahverkehrsangebot aus einem Guß.

Der Autoverkehr muß dennoch zu einem großen Teil den Transport von Gütern und Personen bewältigen. Dies führt zu Schäden und Staus. Durch vermeintliche Patentrezepte, wie dem Bau von zusätzlichen, noch breiteren und schnelleren

Straßen, lassen sich diese Probleme nicht lösen; die finanziellen Mittel stehen dafür ohnehin nicht zur Verfügung.

ÖPNV-Förderung in Millionen DM



Damit für Pendler, für die öffentliche Verkehrsangebote noch keine Alternative sind, der Arbeitsplatz erreichbar bleibt, muß im bestehenden Netz verstärkt in die optimierte Nutzung und Erhaltung des Straßensystems investiert werden. Zur Entlastung der Anwohner, aber auch aus strukturpolitischen Gründen sowie zum Abbau von Gefährdungen für Menschen und Umwelt müssen Um- und Neubauprojekte ökologisch verträglich geplant und umgesetzt werden. Dies gilt auch für die zügige Planung und Durchführung der Projekte, die durch die Bundesgesetzgebung vorgegeben sind. Die Lebensqualität in den Städten und Dörfern unseres Landes kann gesteigert werden, wenn Ortsdurchfahrten zurückgebaut werden und in Wohngebieten prinzipiell Tempo 30 gilt.

Wir setzen uns im Bundesrat für ein Tempolimit auf Autobahnen von 120 Stundenkilometern ein.

Hessen ist eine Drehscheibe für den europäischen Güteraus-
tausch. Aufgrund des anwachsenden Güterverkehrs auf der
Straße entstehen für Hessen als Transitland enorme Lasten.
Für Konzepte zur verkehrs- und umweltpolitisch sinnvollen
Verlagerung des Güterverkehrs sind vor allem der Bund und
die Deutsche Bahn AG gefragt. Die hessische SPD wird sich
dafür einsetzen, daß Verbesserungen bei der Schadstoff-
reduzierung von LKWs und bei der Kostenerhebung entspre-
chend der Belastungen, die von diesem Verkehr ausgehen,
erreicht werden.

Der Vorstoß der Hessischen Landesregierung in Sachen
"Ozonalarm" hat sich als richtig erwiesen. Zur weiteren Re-
duzierung der Ozon-Gefahr halten wir eine bundesweite Re-
gelung für notwendig. Wir werden dazu eine Bundesratsin-
itiative ergreifen.

Mit den Güterverkehrszentren im Rhein-Main-Gebiet und im
Raum Kassel wird Hessen zwei Einrichtungen schaffen, in de-
nen die Verkehrsträger optimiert verknüpft und weitere Infra-
struktureinrichtungen errichtet werden.

Im Rahmen regionaler Verkehrskonzepte sind die Chancen
der Bahn besser zu nutzen. Die Wandlung in eine private
Organisationsform und die Einführung des Zugangs Dritter
zum Schienennetz geben neue Möglichkeiten. Das Engage-
ment privater Unternehmen muß hier gefördert werden. Es ist
nicht einzusehen, daß täglich Tausende von LKWs die Straßen
in Hessen belasten, obwohl leistungsfähige Alternativen auf
der Schiene ortsnah bestehen. Die vorhandene Infrastruktur,
insbesondere an direkten Schienenanschlüssen von Unterneh-
men, muß deshalb gesichert und verbessert werden.

Verkehrssichernde Maßnahmen auf hessischen Straßen müs-
sen verstärkt werden. Immer öfter geschehen Unfälle durch

mangelhafte Fahrzeugwartung und Nichteinhaltung der notwendigen Ruhepausen. Hier bedarf es stärkerer Überwachung und gleicher internationaler Standards. Die dramatischen Wettbewerbsverzerrungen auf dem europäischen Verkehrsmarkt sind durch politische Initiativen abzubauen.

Der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt bedeutet für die Wirtschaftsregion Hessen im internationalen Wettbewerb einen entscheidenden Standortvorteil. Als wichtigster Flughafen des europäischen Kontinents ist er für den internationalen Luftverkehr eine Drehscheibe gerade auch im transkontinentalen Verkehr. Diese Funktion wollen wir sichern und insbesondere seine Wettbewerbsposition im Frachtverkehr ausbauen. Deshalb unterstützt das Land das Bauvorhaben der Flughafen Frankfurt AG, die Cargo-City-Süd zu errichten.

Die Weiterentwicklung des Rhein-Main-Flughafens muß ein Beispiel dafür werden, daß wirtschaftliche Entwicklung auch unter Einhaltung ökologisch bestimmter Rahmenbedingungen möglich ist. Dazu gehören die Beschränkung des Flughafens auf seine derzeitige Fläche und das derzeitige Bahnsystem ebenso wie der Verzicht auf Ausweichflugplätze in der Region und eine Reduzierung der Belastungen der Menschen durch Lärm und Abgase. Auch deswegen müssen möglichst große Teile des Passagieraufkommens im innerdeutschen und mittelfristig auch innereuropäischen Flugverkehr auf die Schiene verlagert werden. Ziel muß es dabei sein, Kurzstreckenflüge unter 500 km überflüssig zu machen.

Aufgrund seiner Lage im Zentrum des Ballungsraums hat der Flughafen gegenüber seinen Konkurrenten wichtige Standortvorteile. Damit sind seiner Entwicklungsfähigkeit in die Fläche jedoch auch klare Grenzen gesetzt. Mit der Effektivierung des Flugbetriebs innerhalb des bestehenden Start- und Landebahnsystems kann der Frankfurter Flughafen seine wirtschaftlichen Ziele im Rahmen des Ausbauplans bis über das Jahr 2010 hinaus verwirklichen. Zum Abbau der Belastungen für

die Anwohner ist eine weitere Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen erforderlich. Das Land wird die Frankfurter Flughafen-AG (FAG) weiterhin dabei unterstützen, über Gebührenpolitik die Reduzierung des Fluglärms zu fördern.

Die Einbeziehung des Flughafens in das europäische Schienenfernverkehrssystem eröffnet für Hessen weitere Entwicklungsperspektiven. Mit dem Ausbau der ICE-Verbindungen entstehen für den Flughafen Frankfurt neue Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Flughäfen.

Energie sparen – Umwelt schonen

Energiepolitik ist Klimapolitik. Ökologische Verantwortung und die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hessen machen eine moderne Energiepolitik notwendig. Deshalb setzt Hessen auf sparsame, rationelle, sozial- und umweltverträgliche Energienutzung. Der Verbrauch an nicht erneuerbarer Primärenergie wird durch Maßnahmen der rationellen Energienutzung, durch konsequentes Ausschöpfen von Energiepotentialen bei Wärme und Strom und durch die Förderung erneuerbarer Energiequellen verringert. Die Maßnahmen richten sich nicht nur an industrielle, private und kommunale Energieverbraucher. Auch in landeseigenen und mit Landesmitteln geförderten Gebäuden und Einrichtungen sind konsequent alle Einsparpotentiale auszuschöpfen. Der intelligente und sparsame Umgang mit Energie und Rohstoffen ist ökologisch geboten und wird sich auch wirtschaftlich auszahlen, wenn Umweltschutz nicht erst am Ende von Produktion und Konsum ansetzt, sondern schon bei Entwicklung, Gestaltung und Produktion auf eine Minimierung des Energiebedarfs geachtet wird.

Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz sind vielfach wirtschaftlich oder stehen doch an der Schwelle zur Wirtschaftlichkeit. In einigen Fällen ist auch die Nutzung erneuer-

barer Energien bereits ökonomisch möglich und sinnvoll. Aber zur Beschleunigung der Markteinführung und zur Überwindung der überall anzutreffenden Hemmnisse braucht es neue Kooperations- und Finanzierungsmodelle. In der Entwicklung und Erprobung solcher innovativer Konzepte im Rahmen von modellhaften Investitionsvorhaben liegt eine wichtige Aufgabe einer Landes-Energieagentur. Erforderlich ist außerdem die gezielte Vermittlung von Informationen und technischem Know-how an potentielle Investoren und an die Kommunen, damit sie ihrer Vorbildfunktion im Bereich des Energiesparens gerecht werden können. Die 1991 von der Landesregierung gegründete hessenENERGIE GmbH hat auf diesen Gebieten bereits viel vorgebracht. Diese Arbeit soll fortgeführt und intensiviert werden.

Atompolitik

Die Gefahren der Nutzung der Atomenergie sind in den letzten Jahren immer mehr ins öffentliche Bewußtsein gerückt: Die Restrisiken können schnell schlimme Wirklichkeit werden. Ein existenzbedrohendes Risiko, wie es mit der Atomenergie verbunden ist, ist für die hessische SPD nicht verantwortbar. Die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung müssen unbedingt Vorrang vor den Wirtschaftsinteressen der Betreiber von Atomanlagen haben. Nach unserem Willen sollen neue Kernenergieanlagen nicht mehr gebaut und bestehende nicht mehr erweitert werden.

Die hessische SPD lehnt die weitere Nutzung der Atomenergie ab. Daraus folgt, daß die in Hessen zur Zeit betriebenen Atomanlagen nach dem politischen Willen der Landesregierung keine Zukunft mehr haben werden. Wir setzen uns dafür ein, daß der Atomreaktor Würgassen (Nordrhein-Westfalen) schnellstmöglich stillgelegt wird.

Wir sind entschlossen, die Kompetenz des Landes Hessen für die Sicherheit von Atomanlagen umfassend zum Wohle der

hessischen Bevölkerung und auf der Grundlage der neuen, an unbedingter Sicherheit orientierten Atomenergiepolitik auszuschöpfen. Solange die Atomanlagen in Biblis und Hanau noch betrieben werden dürfen, müssen sie höchsten Sicherheitsanforderungen genügen. Das muß auch für stillgelegte Anlagen gelten. Nach unseren Vorstellungen soll Biblis im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein nichtnuklearer Energiestandort werden. Die Betreiberin der Atomkraftwerke Biblis, die RWE, ist aufgefordert, Planungen vorzulegen, wie der Energiestandort Biblis in Zukunft erhalten werden kann.

Das Entsorgungsproblem für Atommüll ist bis heute ungelöst. Zwischenlager als "Vorstufe zur Endlagerung" umzudefinieren, wird es mit der SPD nicht geben. Es gilt aber, die direkte Endlagerung nach dem Ausstieg aus der Atomnutzung für abgebrannte Brennelemente sicherzustellen. Dafür brauchen wir ein hohes Maß an technologischem Know-how. In diesem Bereich könnten Arbeitsplätze in den Hanauer Nuklearbetrieben gesichert werden. Das Unternehmen ist im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgefordert, entsprechende Pläne zu erarbeiten. Die weitere Verarbeitung von Plutonium in Hanau ist nicht vertretbar und muß eingestellt werden.

Lebenselement Wasser

Wasser ist unser wertvollstes Lebensmittel. Durch hohen Verbrauch und Verschmutzung der vorhandenen Vorräte wird Trinkwasser zu einem immer knapperen Gut. Der Wasserverbrauch in Haushalten und Unternehmen muß reduziert werden durch die verstärkte Nutzung von Regen-Brauchwasser und Zisternenbau auf der einen und wassersparende Armaturen und Technologien auf der anderen Seite. Auch hier gibt es Marktchancen durch Produktinnovation.

Grundwasser muß nachhaltig bewirtschaftet werden, das heißt, daß im Durchschnitt nur soviel entnommen wird, wie wieder nachfließt. Die Infiltration von Rheinwasser darf nicht zu einer Mehrförderung aus dem hessischen Ried führen. Alte Förderkonzessionen sind abzulösen oder anzupassen. Der Grundsatz des Vorranges örtlicher vor überörtlicher Trinkwasserversorgung sollte durchgesetzt werden. Das gilt auch für den Rhein-Main-Raum. Der Ferntransport muß durch die Reaktivierung oder Neuerschließung lokaler Vorkommen entlastet werden. Die Qualität des Grundwassers muß durch umweltverträgliche Produktion und die Unterstützung einer ökologischen Landwirtschaft geschützt, seine Quantität durch eine Verringerung der Bodenversiegelung bewahrt werden.

Langfristig muß erreicht werden, daß Oberflächenwasser eine Qualität hat, die eine Aufarbeitung als Trinkwasser wieder leichter möglich macht.

Wir wollen deshalb die Sicherung der Wasserversorgung, vor allem die Sicherstellung ausreichender Trinkwassermengen in hervorragender Qualität. Die generelle Verminderung der Belastung aller Grund- und Oberflächengewässer ist ebenso wie die Bewahrung und Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts in unseren Seen und Flüssen unser Ziel. Wir streben die Verwirklichung und Sicherung der Wassergüteklasse 2 für alle Gewässer und darüber hinaus die Bewahrung von möglichst vielen Gewässern in höchster Güteklasse an.

Um diese Ziele zu erreichen, sind eine Vielzahl von Maßnahmen erforderlich:

- die Verringerung des Wasserverbrauchs,
- die verstärkte Nutzung von Brauchwasser und verbindliche Einführung von Nutzwasserkreisläufen,
- die konsequente Ausweisung von Wasserschutzgebieten,
- Maßnahmen gegen die zunehmende Bodenversiegelung,

- die Überprüfung von industriellen Grundwasserrechten mit dem Ziel der Ablösung,
- die Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutz- und Düngemitteln,
- die Verbesserung der Kläranlagen,
- die Sanierung von Abfalldeponien, Altstandorten und Altlasten,
- verstärkte Gewässerüberwachung.

Moderner Landschafts- und Naturschutz

Wir haben Wort gehalten:

Hessen hat durch die Verknüpfung der Siedlungs-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik mit dem Naturschutz neue Akzente gesetzt. Die hessische Landespolitik hat gezeigt, daß eine integrierte ökologische Politik für Generationen Bestand hat. Wir haben

- mit dem Biosphärenreservat das erste Großschutzgebiet als Natur- und Lebensraum entwickelt und damit neue Wege in der ländlichen Regionalentwicklung aufgezeigt,
- neue europäische Landschaftsschutzprogramme für Hessen erschlossen und damit für den Naturschutz mehr Landesmittel zur Verfügung gestellt. Zur Vervollständigung wurden eigenständige und leistungsstarke Naturschutzabteilungen bei den Regierungspräsidien aufgebaut,
- mit dem Landschaftspflegeprogramm verschiedene Naturschutzprogramme gebündelt und auf regionale Leitbilder abgestimmt, die von örtlichen Landschaftspflegeverbänden entwickelt werden,

- gerade in den Ballungsräumen großflächig Bannwald ausgewiesen und damit das wichtigste großräumige Biotop gesichert,
- ein zukunftsorientiertes Naturschutzgesetz verabschiedet.

Wir wissen: Nur ein konsequenter Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in ihrer Gesamtheit kann Natur und Umwelt erhalten und auch die Lebensgrundlagen des Menschen sichern.

An diesem Punkt setzt das novellierte Hessische Naturschutzgesetz an, das einen eigenständigen Landschaftsrahmenplan als Fachplan verankert.

Weiterhin wurde die Eingriffsregelung weiterentwickelt und die Mitwirkungsrechte der Naturschutzverbände, z.B. durch die Verbandsklage, erweitert.

Moderner Naturschutz setzt daran an, daß alle Menschen für die Natur Verantwortung tragen und auch schrittweise bereit sind, sie zu übernehmen. Das neue Naturschutzgesetz zielt deshalb darauf, daß die Erfordernisse des Naturschutzes von der Bevölkerung akzeptiert werden. Besucherlenkung und einsichtsvolles Handeln der Menschen bewirken auf Dauer mehr als allein die Ausweisung von Schutzgebieten.

Moderner Landschaftsschutz in Hessen baut auf zwei Säulen auf:

Die eine Säule des Landschaftsprogramms ist die Schaffung einer landesweiten Lebensraumvernetzung, bei der bestehende und zukünftige Schutzgebiete in einem ökologischen Verbundsystem verknüpft sind, um die Erhaltung und Regeneration der natürlichen Lebensgrundlagen zu ermöglichen.

Die zweite Säule ist die umweltverträgliche Land-, Forst- und Wasserwirtschaft. Die Flächennutzung insgesamt soll möglichst mit positiven Auswirkungen auf Natur und Umwelt erfolgen – wie über Jahrhunderte im großen und ganzen ge-

schehen -, zumindest aber dauerhaft durchhaltbar ausgelegt sein.

Naturschutz findet nicht nur in der freien Landschaft statt, sondern auch – als dritte Säule – im Siedlungsbereich. Auch die Stadtlandschaft hat ökologische Bedeutung. Auch dort müssen Eingriffe in die natürlichen Lebensgrundlagen nach Möglichkeit ausgeglichen werden. Die Entwicklung von Artenvielfalt, die Herstellung wichtiger, auch klimatisch bedeutsamer Lebensräume für Pflanzen ist auch in der Stadt möglich. Mit intelligenter Planung, geschicktem Bauen und etwas mehr Phantasie können auch für viele Tiere Lebensräume in der Stadt entstehen. Dach- und Fassadenbegrünung, Baum- und Strauchpflanzung, wo möglich, Entsiegelung von Flächen und die Versickerung von Niederschlagswasser, leisten Beiträge zur Lebens- und Umweltqualität. Die Flächennutzung insgesamt ist so auszugestalten, daß sie dauerhaft durchhaltbar, also nachhaltig ist.

Trotz wichtiger Fortschritte – von dem naturgemäßen Waldbau, der im Staatsforst eingeführt ist, bis hin zum Kulturlandschaftsprogramm mit einer starken Grünlandkomponente und der Absicherung extensiver Bewirtschaftung auf etwa 25 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche – bleibt viel zu tun. Wir stehen vor weiterem land- und forstwirtschaftlichem Strukturwandel. Bereits in zehn Jahren wird voraussichtlich nicht mehr die zur Verfügung stehende Fläche die landwirtschaftliche Nutzung begrenzen, sondern die geringe Zahl der Personen, die land- und forstwirtschaftliche Berufe ergreifen wollen. Der Strukturwandel wird also nicht nur Erwerbsquellen verringern. Er wird für die Gesellschaft insbesondere eine Umstrukturierung der Fläche einleiten, wie wir es seit 150 Jahren nicht mehr erlebt haben. Die Gesellschaft muß entscheiden, ob sie zukünftig eine flächendeckende Landbewirtschaftung will, und wie sie diese erreichen kann. In den

nächsten Jahren werden die Weichen dafür gestellt, wie die Kulturlandschaft Hessens im nächsten Jahrhundert aussieht.

Wir sprechen uns dafür aus, das bereits vorhandene ehrenamtliche Engagement für den Erhalt der Kulturlandschaft nach dem Vorbild anderer Länder in Europa zu mobilisieren.

Der Weinbau prägt den Rheingau und die hessische Bergstraße, ist Existenzgrundlage der Winzer und verwurzelt in Kultur und Tradition.

Mit Erfolg hat sich die Hessische Landesregierung im Bundesrat für die Interessen des hessischen Weinbaus eingesetzt.

In Eigenverantwortung haben die Winzer – mit Unterstützung des Landes – ihr Konzept zum umweltschonenden Weinbau umgesetzt. Wir werden die Winzer weiterhin bei ihrer qualitätsorientierten Produktion und der Vermarktung unterstützen.

Landespolitik in Hessen soll dazu beitragen, daß zukünftig naturnahe Gewässer und ihre Randstreifen wieder landschaftsprägend und dazu Gewässer auch gezielt renaturiert werden. Wir wollen, daß die extensive Bewirtschaftung durch geeignete Förderung dauerhaft auch auf großen Flächen erhalten bleibt und der heimischen naturnahen Produktion der Land- und Forstwirtschaft die Märkte der Ballungsräume gezielt erschlossen werden.

Eingebettet in ländliche Regionalpolitik genießt dieser Ansatz bei der SPD auch in Zeiten knapper Kassen Vorrang.

Schutzfunktion Wald

Die Zunahme der Abgase und Immissionen, des Ozon- und Kohlendioxidgehaltes unserer Atmosphäre bereiten uns zunehmend Sorge. Absterbende Wälder, kränkelnde Bäume, versauerte Böden, metallbelastete Quellgewässer zeigen uns, daß unsere natürliche Umwelt teilweise schwer belastet ist.

Die Erhaltung der Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes ist wichtiges Ziel unserer Umweltpolitik. Mit einem Anteil von 42 % an der Landesfläche ist der Wald in Hessen ein bedeutender Umweltfaktor.

Wir brauchen den Wald zum Schutz unseres Bodens und Wassers, als Klima-, Immissions-, Lärm- und Sichtschutz, als natürliches Refugium für Tier- und Pflanzenarten und als Produktionsstätte für den nachwachsenden Rohstoff, aber auch als Erholungsraum für Menschen auf der Suche nach Ruhe und Entspannung.

Mit naturgemäßen Waldbaumethoden – keine Kahlschläge, natürliche Verjüngung, angepaßte Wildbestände, kein Chemieinsatz im Wald – wollen wir den Aufbau und Erhalt von Mischwäldern und damit die Stabilisierung unserer Waldökosysteme fördern. In einer solchen Konzeption haben Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter und die Forstleute insgesamt nicht mehr nur in den klassischen Arbeitsfeldern des Waldbaus, sondern für vielfältige Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes wichtige, zukunftsorientierte Aufgaben.

Die Einnahmen aus dem Verkauf des genutzten Holzes bescheren den Waldbesitzern heute keine großen Erträge; zur Sicherung der Waldpflege und Walderhaltung aber sind diese Einkommen sehr wichtig.

Landwirtschaft

In der Landwirtschaft haben wir an vielen Orten ein Bündnis aus aufgeklärten Verbrauchern und Bauern erreicht. Diese Bündnisse gilt es zu stärken, um die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden, hochwertigen Nahrungsmitteln zu gewährleisten, die Kulturlandschaft zu erhalten und umweltgerechte ländliche Arbeitsplätze in bäuerlichen Familienbetrie-

ben zu sichern. Deswegen werden wir unsere Bemühungen um Produktinnovation und Marketing fortsetzen.

Mit dem Kulturlandschaftsprogramm werden die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit sozial und ökologisch wirtschaftender Betriebe, besonders der klein- und mittelbäuerlichen Familienbetriebe, gestärkt und Impulse für artgerechte Tierhaltung gesetzt.

Notwendig ist die "EU-Agrar-Reform", um die an Produktionsmengen oder -kapazitäten orientierten Subventionen vollständig durch flächenbezogene Unterstützung für eine naturverträgliche Landwirtschaft zu ersetzen. Insgesamt bleibt unser Ziel, der Landwirtschaft einen auskömmlichen wirtschaftlichen Ausgleich für qualitativ hochwertige Produktion und ihre Dienstleistungen zur Erhaltung der Kulturlandschaft zu sichern.

Tierschutz

Angesichts der Qualen und Leiden, denen Tiere täglich ausgesetzt sind, ist die Verbesserung des Tierschutzes eine Aufgabe, die intensiver angepackt werden muß.

Dies gilt sowohl für das in der Kompetenz des Bundes liegende Tierschutzgesetz, das Grenzen für den Vollzug setzt, aber auch der Vollzug des Tierschutzgesetzes in Hessen muß wirkungsvoller ausgeführt werden. Alle mit dem Tierschutz befaßten Stellen müssen zu einer wirkungsvollen Zusammenarbeit veranlaßt werden, vorhandene Stellen sind effektiver einzusetzen.

Notwendig ist die Stärkung der Tierschutzbeauftragten. Wir wollen eine Gesprächsrunde zum Thema Tierheime, an der Vertreterinnen und Vertreter durch gemeinsame Verträge sicherstellen, daß alle Beteiligten ihre gesetzlichen Verpflichtungen für Fundtiere, beschlagnahmte und eingezogene Tiere wahrnehmen.

Wir wollen erreichen, daß Studenten und Studentinnen und Angestellten ein "Verweigerungsrecht" bei Tierversuchen eingeräumt wird. Darüber hinaus wollen wir die Förderung von Alternativen zu Tierversuchen in Lehre und Forschung.

Wir setzen uns ein für die Weiterführung der Pilotprojekte und der Stallbauhilfen für artgerechte Haltung von Tieren in der Landwirtschaft und die Unterstützung kleiner Schlachthöfe sowie für Umbaumaßnahmen zur tierschutzgerechteren Schlachtung und für artgerechte Tiertransporte.

Zudem setzen wir uns ein für die Änderung des Hundesteuergesetzes mit dem Ziel der Besteuerung von professionellen Züchtern, Händlern und Versuchshunden. Das Verbot der Zucht bestimmter Rassen (Katzen, Hunde, Vögel), die unter tierquälerischem Standard leiden müssen, ist überfällig.

Wir wollen die Beendigung der nicht tierschutzgerechten Haltung von Pelztieren in Käfigen durchsetzen, zudem wollen wir Schutzmaßnahmen an hessischen Straßen zur Vermeidung von Unfällen mit Wildtieren voranbringen. Wichtig ist uns die Aufnahme von Tierschutz in die Lehrpläne für Biologie und Gesellschaftslehre, um das gesellschaftliche Bewußtsein für das Thema zu verstärken.

Wir treten für ein Tiertransportgesetz ein, um dem furchtbaren Elend auf den Straßen entgegenzuwirken. Das Gesetz soll Vorschriften über den tierschutzgerechten Transport von lebenden Tieren enthalten. Insbesondere müssen dort konkrete Mindestanforderungen hinsichtlich Ladebedingungen, Transportdauer und Transportentfernung definiert werden.

Böden schützen und Altlasten sanieren

Böden sind neben Luft und Wasser eine unersetzbare Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Sie sind auf vielfältige Weise gefährdet und müssen deshalb endlich durch ein verbindliches und wirksames Bodenschutzgesetz und -programm nachhaltig geschützt und gesichert werden. Die SPD Hessen wird sich für ein bundeseinheitliches Bodenschutzgesetz engagieren. Kommt dies nicht zustande, werden wir ein Landesgesetz vorlegen.

Eine große Aufgabe neben dem generellen Schutz- und Erhaltungsbedarf der Böden ist der Umgang mit Altlasten/Altablagerungen und deren Sicherung und Sanierung. Das derzeitige Recht reicht hierzu nicht aus. Es müssen verbesserte – möglichst bundeseinheitliche – Rechtsgrundlagen, Verwaltungsstrukturen und Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden, die den ökologischen Zusammenhängen und der notwendigen Standortsicherung Rechnung tragen.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird zur Bewältigung dieser Aufgaben des Bodenschutzes und der Altlastensanierung die dafür notwendigen Maßnahmen vortreiben. Sie wird sich für die Schaffung eines bundeseinheitlichen Bodenschutzgesetzes engagieren.

Abfallvermeidung und Abfallverwertung

Abfälle sind auch Rohstoffe, das heißt, wer Abfälle vermeidet oder wiederverwertet, schont Ressourcen und erreicht in vielen Fällen Kostensenkung.

Die SPD will deshalb eine Abfallwirtschaft aufbauen, die eine Verringerung von Restmüll vorrangig durch eine konsequente produktbezogene Abfallvermeidung und nachrangig durch Abfallverwertung erreicht. Nur die dann noch übrigbleiben-

den Restabfälle sollen umweltgerecht behandelt und entsorgt werden. Maßstab für die Methode der Behandlung nicht verwertbarer Restabfälle ist die bessere räumliche und zeitliche Beherrschung von Schadstoffen. Die TA Siedlungsabfall ist so zu ändern, daß Abfallvermeidung Ziel wird.

Der Bund hat durch gezielte gesetzliche Vorgaben sicherzustellen, daß vermeidbare Abfälle gar nicht erst produziert werden. Dabei kann Abfallvermeidung die Umstellung bestimmter Produktionstechniken bedeuten, aber auch den Ausstieg aus bestimmten Technologien bzw. Produktgruppen, wenn die davon insgesamt ausgehenden Umweltbelastungen von der Herstellung bis zur Endbehandlung nicht mehr verantwortbar sind.

Generell dürfen Produkte, die nach Ge- und Verbrauch in ihren Ausgangsmaterialien nicht wiederverwertet oder jedenfalls schadlos behandelt werden können, weder hergestellt noch in den Verkehr gebracht werden. Die SPD wird in vollem Umfang den Spielraum der Gesetzgebung nutzen.

Nach Ansicht der hessischen SPD ist bei der Abfallverwertung insbesondere erforderlich, daß nicht vermeidbare Abfälle bereits am Anfallort getrennt gehalten werden sollen. Dies gilt vor allem für schadstoffbelastete Abfälle (Sonderabfall-Kleinmengen) und Bioabfälle (organische Küchen- und Gartenabfälle). Die Verwertung von Böden, Klärschlämmen und Komposten soll vorrangig im Entsorgungsgebiet und in der näheren Umgebung erfolgen, um die Entsorgungswege transparent zu gestalten und kurze Transportwege zu erreichen. Für einzelne Abfallarten werden verbindliche Verwertungsquoten angestrebt. Die für die Behandlung und umweltschonende Ablagerung der Restabfälle notwendigen Einrichtungen müssen rechtzeitig geplant, errichtet und betrieben werden.

Die einseitige Systemfestlegung der TA Siedlungsabfall auf die Müllverbrennung ist nicht gerechtfertigt. Statt einseitig auf die Müllverbrennung zu setzen, gilt es im Einzelfall andere Behandlungsverfahren für Restabfälle hinsichtlich ihrer Vor- und Nachteile abzuwägen. Der Wettbewerb der Systeme zwischen mechanischen Verfahren (Sortieren, Trennen, Zerkleinern), biologischen Verfahren (aerobe Verfahren, Kompostierung), anaeroben Verfahren (Vergärungsreaktoren) und thermischen Verfahren (Verbrennung, Pyrolyse, Vergasung/Entgasung) ist aus ökologischer Sicht sinnvoller, als die Müllverbrennung einseitig bei der Abfallbehandlung von Restmüll zu bevorzugen.

Sondermüllentsorgung verantwortlich regeln

Hessen ist ein bedeutender industrieller Produktionsstandort. Diesen Standort zu erhalten und zu entwickeln ist ein zentrales Anliegen der Hessen-SPD. Wer dieses Ziel verfolgt, muß sich allerdings zugleich die Frage stellen, wie die Entsorgung der Rückstände aus einer ökologisch verantwortbaren Produktion auf Dauer sichergestellt werden kann. Hessen kann und darf sich nicht darauf verlassen, daß industrielle Produktionsrückstände nicht mehr anfallen oder daß sie im Land oder außerhalb des Landes auf irgendeine Art entsorgt werden können. Gerade wer den modernen, umweltverträglich wirtschaftlichen Industriestandort Hessen will, braucht eine dauerhaft gesicherte, quantitativ ausreichende und qualitativ anspruchsvolle Sonderabfallentsorgung.

Allerdings ist die weitere Entwicklung der Sonderabfallwirtschaft unübersichtlich: einerseits dürften die Sonderabfallmengen quantitativ weiter zurückgehen, weil die eingeleiteten Maßnahmen zur Abfallvermeidung und zur Reststoffverwertung auch in der industriellen Produktion zu greifen beginnen. Dazu hat Hessen mit der Einführung der Sonderabfallabgabe einen wesentlichen Beitrag geleistet. Andererseits

wird die Behandlung der nicht vermeidbaren Produktionsabfälle zunehmend differenzierter: An die Stelle der herkömmlichen Entsorgungstechniken, die verschiedenste Rückstände in gemeinsamen Anlagen schlicht verbrennen oder ablagern, treten chemisch-physikalische, biologische, thermische und andere Behandlungsverfahren. Sie können viel besser auf die jeweiligen Rückstände eingehen und dadurch die Gefahr von unkontrollierbaren Emissionen und das Entstehen von hoch problematischen Abfällen deutlich verringern. Diese Entwicklung zu einer differenzierten Behandlung der industriellen Produktionsrückstände gilt es voranzutreiben.

Gerade deshalb macht es wenig Sinn, wenn ein Bundesland versucht, alle fortschrittlichen Verfahren zur Sonderabfallbehandlung selbst und allein zu realisieren.

Wir streben deshalb eine vertraglich abgesicherte, langfristige Zusammenarbeit in der Sonderabfallwirtschaft mit den benachbarten Bundesländern im Verbund mit den Hochschulen, öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Industrie an. Modernste Entsorgungstechniken für vielfältigste Abfälle und ganz unterschiedliche Stoffe können mit vertretbarem Aufwand nur in einem länderübergreifenden Verbund zeitnah verwirklicht werden. In einer Industriegesellschaft mit weltweiter Arbeitsteilung kann es nicht sinnvoll sein, gerade die technologisch höchst anspruchsvolle Sonderabfallwirtschaft auf Ländergrenzen zu fixieren. Dabei bleibt auch in diesem Bereich Müllvermeidung und -verwertung die Maxime hessischer Abfallpolitik. Eine Auslastung der bestehenden Kapazitäten ist kein Maßstab für die Entsorgungsplanung. Mit einem solchen Verbund läßt sich der Produktionsstandort Hessen entsorgungsseitig am besten sichern und gleichzeitig ein Maximum von Umweltvorsorge bei der Entsorgung sicherstellen.

Für einen solchen Entsorgungsverbund kann Hessen wichtige Aktionsposten einbringen: Die Untertagedeponie Herfa-Neurode, die Sonderabfallverbrennung in Biebesheim und das

Abfallwirtschaftszentrum Borken bilden eine ausbaufähige Grundlage für länderübergreifende Kooperationen. Allerdings müssen in Biebesheim und Borken modernste Techniken zur Abfallbehandlung im Rahmen eines festzulegenden Stufenplans eingerichtet werden, damit die Verbrennung von gemischtem Sonderabfall abgelöst wird durch abfallspezifische Verfahren. Dies leistet zugleich einen Beitrag dazu, Risiken und Belastungen zu verringern, die bisher an den abfallwirtschaftlichen Standorten entstehen.

3. Wir bilden aus für die Zukunft

Standortfaktor Qualifikation

Herausragender Standortvorteil ist die hohe berufliche Qualifikation der hier lebenden Menschen. Die wirtschaftliche Rezession und die strukturellen Veränderungen in der hessischen Wirtschaft wirken sich jedoch zunehmend negativ auf den Ausbildungsstellenmarkt aus. Das Landesarbeitsamt spricht von einer "alarmierenden Entwicklung".

Schule, Ausbildung und Weiterbildung als Investitionen in die Zukunft

Wir haben Wort gehalten:

Seit 1991 hat die Hessische Landesregierung

- 3.000 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich eingestellt,
- ein neues Schulgesetz verabschiedet zur Förderung der Rechte der Schulgemeinde und zur Entwicklung eigenständiger Profile der Schulen,
- die 5-Tage-Woche an hessischen Schulen eingeführt,
- ein Sonderprogramm zur Berufsschulausstattung aufgelegt,
- die Rolle der öffentlichen Weiterbildung gestärkt,
- eine neue Stundentafel in Kraft gesetzt, die den Schulen mehr Entscheidungsbefugnisse gibt,
- die Integration behinderter Kinder verbessert.

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in Grundlagen unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Schule und Weiterbildung müssen ihren Beitrag dazu leisten, veränderten Anforderungen gerecht zu werden. Fachliche Qualifikation ist ebenso gefragt wie die Fähigkeit zu Urteils-

bildung, Eigenständigkeit ebenso wie Teamfähigkeit. Eine breite Allgemeinbildung wird immer wichtiger für eine solide Berufsausbildung. Kenntnisse der Berufs- und Arbeitswelt müssen zu dieser Allgemeinbildung gehören. Um dies zu erreichen, müssen Anstrengungen unternommen werden, in allen Schulformen möglichst viele Praktika zu ermöglichen.

Dazu bedarf es eines offenen Bildungssystems, wie es in Hessen über viele Jahrzehnte hinweg kontinuierlich entwickelt worden ist. Eltern haben Anspruch auf Beratung über den Bildungsweg ihrer Kinder, sie bedürfen aber keiner Bevormundung. Die freie Wahl der Bildungswege hat sich bewährt.

Es darf keine Sackgassen geben. Berufliche Qualifikation muß so gewertet werden, daß Übergänge in das Hochschulsystem möglich sind. Der gymnasiale Bildungsgang muß so ausgeprägt werden, daß er auch zum Übergang in berufliche Ausbildung qualifiziert. Mit der Öffnung der Hochschulen für Berufstätige einerseits und mit der Einführung der Arbeitslehre als Pflichtfach für alle Schülerinnen und Schüler andererseits, trägt Hessen diesen Anforderungen Rechnung.

Sozialdemokratische Bildungspolitik sieht darüber hinaus in der Fort- und Weiterbildung einen eigenständigen öffentlichen Bildungsbereich von wachsender Bedeutung, der zur vierten Säule des Bildungssystems ausgebaut werden muß: Volkshochschulgesetz, Erwachsenenbildungsgesetz und Bildungsurlaubsgesetz sind die Grundlagen. Zur Weiterentwicklung gehören die Sicherung der flächendeckenden Angebotsstruktur, die Förderung neuer inhaltlicher Schwerpunkte – auch unter Berücksichtigung von bisher benachteiligten Gruppen –, der Aufbau eines Informations- und Beratungssystems und die Unterstützung möglicher Kooperationsansätze der verschiedenen Träger. Den Volkshochschulen kommt für den Ausbau der Weiterbildung eine zentrale Rolle zu. Sie müssen – auch durch Landeszuschüsse – in die Lage versetzt werden, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzu-

kommen und den Ausbau der Weiterbildung entsprechend mitzugestalten.

Fremdsprachenkenntnisse werden zu einer Grundqualifikation. Hessen hat als erstes Bundesland mit Englisch in der Grundschule begonnen. Inzwischen sind die Angebote um Französisch und Italienisch erweitert worden. Fremdsprachen brauchen auch in der Berufsschule einen festen Platz. Sprachkenntnisse erhöhen die beruflichen Chancen und bewahren vor nationalistischer geistiger Enge. Austauschprogramme mit Schulen im Ausland gewinnen dabei zunehmende Bedeutung.

Wenn die Schule auf eine komplexer werdende Welt vorbereiten soll, muß sie die Verbindungen zu dieser Welt schon früh knüpfen. Öffnung der Schule heißt das Programm, das zu solchen Verknüpfungen führen soll: Zu Vereinen, zu Betrieben, zu kulturellen Initiativen, zu anderen Bildungseinrichtungen. Die Schule muß zu einem offenen Lebensraum werden, wenn sie ihre Aufgaben als Lernraum in der Zukunft erfüllen will. Nicht der Gleichschritt kann das Ziel sein, sondern eine Schule, die so gut wie möglich in ihr konkretes Umfeld eingebettet ist. Wer für das Leben erziehen will, muß das Leben hereinlassen.

Wenn Orientierung für Heranwachsende heute schwieriger geworden ist, so bedarf es einer Stärkung der gemeinsamen Verantwortung von Schule und Eltern, damit neben der fachlichen auch soziale und humane Kompetenzen gestärkt werden, die für verantwortliches Handeln in Gesellschaft und Beruf immer wichtiger werden. Dafür ist es entscheidend, den Schülerinnen und Schülern konkret mehr Möglichkeiten der Gestaltung von Schule und mehr Verantwortung in der Schule zu übertragen. Erst wenn die Jugendlichen sich auch aktiv einbringen können, werden sie die Schule als wichtigen Faktor in ihrem Leben ansehen, auf den sie sich gerne einlassen. Schülerinnen und Schüler, die gelernt haben, selb-

ständig und eigenverantwortlich zu handeln und zu denken, die Möglichkeiten zur demokratischen Mitbestimmung in ihrem Unterricht und in ihrer Schule haben, werden auch nach ihrer Schulzeit diese Möglichkeiten wahrnehmen wollen. Sie werden sich kritisch mit gesellschaftlichen Gegebenheiten und Problemen auseinandersetzen, Mitbestimmung auf anderen Ebenen ihres Lebens einfordern und sich entsprechend engagieren.

In einem sich immer schneller vollziehenden technischen Modernisierungsprozeß ist eine qualifizierte Berufsausbildung und die ständige Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwingend notwendig. Investitionen in Berufsausbildung und -weiterbildung sind zentrale Zukunftsinvestitionen. Die duale Berufsausbildung der Bundesrepublik wird weltweit als vorbildlich gepriesen, trotzdem reduzieren vor allem Industriebetriebe zur Zeit ihre Ausbildungskapazitäten. Unternehmen, die aus Kostengründen die Berufsbildung vernachlässigen, gefährden langfristig den Wirtschaftsstandort Deutschland. Deshalb werden sie aufgefordert, sich weiterhin in der Berufsausbildung zu engagieren und die Attraktivität der dualen Ausbildung auch durch Öffnung der betrieblichen Karrierechancen zu steigern. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird auch weiterhin Maßnahmen im Bereich der außerbetrieblichen Ausbildung für Jugendliche, die auf dem allgemeinen Ausbildungsstellenmarkt keine Chance haben, sowie Maßnahmen im Bereich der ausbildungsbegleitenden Unterstützung fördern. Angestrebt wird dabei die stärkere Verzahnung der Programme aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Jugendhilfe und Berufliche Bildung.

Die SPD Hessen begrüßt die Anstrengungen des hessischen Handwerks, sich bei der beruflichen Erstausbildung und der Weiterbildung besonders für eine leistungsfähige Berufsausbildung einzusetzen.

Das Land Hessen hat mit einem zweiten Sonderprogramm den Anstoß für die Modernisierung der Ausstattung der beruflichen Schulen gegeben, weitere Anstrengungen sind auf diesem Gebiet dringend erforderlich.

Die Zusammenarbeit zwischen der beruflichen Erstausbildung und der Weiterbildung muß ausgebaut werden. Dafür sprechen inhaltliche Gemeinsamkeiten ebenso wie das Interesse, die bestehenden Ressourcen vernünftig zu nutzen.

Die Einbeziehung von Hoch- und Fachhochschulen in die Weiterqualifikation beruflicher Fachkräfte ist nach Ansicht der Hessen-SPD zu stärken. Wir unterstützen ferner Projekte, die Weiterqualifikation in Phasen der Kurzarbeit anbieten. Sie sind gute Möglichkeiten, die Zeit ohne Arbeit zur Stärkung der Qualifikation zu nutzen.

In den kommenden Jahren wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler ganz erheblich ansteigen. Daher ist ein Stellenabbau im Schulbereich nicht vertretbar. Die Bildungspolitik steht vor schweren Aufgaben. Für die SPD Hessen hat die Bildungspolitik schon immer einen sehr hohen Stellenwert, und sie wird alle Möglichkeiten nutzen, diese Aufgabe zu bewältigen. Dazu gehört zunächst die bessere Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen durch Überprüfung geltender Deputatsregelungen, die Ausschöpfung der geltenden Richtlinien zur Klassenbildung und eine gerechtere, differenziertere Arbeitszeitregelung. Hinzukommen aber muß die Bereitstellung von Mitteln, über die die Schulen in eigener Verantwortung verfügen können und die Entwicklung neuer Arbeitszeitmodelle für die Lehrkräfte, die den gewandelten Aufgaben der Schule besser gerecht werden. Spätestens für die zweite Hälfte der Legislaturperiode ist eine Entscheidung über die Bereitstellung weiterer Mittel zu treffen. Bei keiner denkbaren Lösung darf vergessen werden, daß es um die Zukunft unserer Kinder und somit der Gesellschaft geht.

Hochschulen

Wir haben Wort gehalten:

Ein Hochschulbau-Investitionsprogramm wurde auf den Weg gebracht. Es sichert 4.500 neue Studienplätze für die Fachhochschulen.

Weiterhin umgesetzt sind:

- 300 neue Stellen für die Hochschulen; zusätzlich wurden 343 Stellen gesichert, die die CDU/FDP-Vorregierung wegfällen lassen wollte;
- ein mehrjähriges Programm zur Verbesserung der Lehre;
- kontinuierliche Forschungsschwerpunktförderung mit den Akzenten ökologische Zukunftsforschung, integrierte Technikforschung und Entwicklung einer Weltgesellschaft;
- 2.600 Wohnplätze für Studentinnen und Studenten.

In Planung und bereits finanziell abgesichert sind u.a.:

- ein Neubau der TH Darmstadt mit dem Forschungsschwerpunkt Materialwissenschaften,
- das interdisziplinäre Forschungszentrum mit Schwerpunkt Umweltforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen,
- der Ausbau des Hörsaal- und Laborgebäudes des Fachbereichs Elektrotechnik an der Gesamthochschule Kassel,
- das Zentrum für Geisteswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main,
- 1.800 neue Wohneinheiten für Studierende.

Unsere Gesellschaft ist auf hochqualifizierte Arbeitskräfte mit akademischer Ausbildung angewiesen. Zugangsbeschränkungen oder andere Eingangshürden vor dem Studium sind nicht nur ungerecht gegenüber der nächsten Generation, sondern würden auch den Standortvorteil, den Deutschland durch Forschung und Wissenschaft erworben hat, gefährden. Wir werden deshalb an der Öffnung der Hochschulen festhalten. Zur "Investition in die Köpfe" in einem leistungsfähigen Hochschulsystem gibt es keine Alternative.

Deshalb werden wir die Durchlässigkeit im Bildungssystem fördern. Der wichtige erste Schritt des Hochschulzuganges für Berufstätige ohne Abitur wird jetzt ergänzt durch eine konsequente Politik für ein kooperatives Hochschulsystem der Fachhochschulen und Universitäten, das auch qualifizierten Fachhochschulabsolventen die Promotion an der Universität ermöglicht.

Um die Hochschulen auf die Emeritierungswelle, daraus folgend auf eine große Zahl von anstehenden Berufungen in den kommenden zehn Jahren sinnvoll vorzubereiten, bedarf es zwingend weiterer Frauenförderprogramme, um es gerade Frauen zu ermöglichen, verstärkt berufen zu werden – wie dies im Hessischen Gleichberechtigungsgesetz vorgesehen ist.

Hochschulen dürfen ihre Aufgabe nicht an der Schnittstelle zum Arbeitsmarkt beenden. Moderne Wissenschaftspolitik hat deshalb auf die Umsetzung des Weiterbildungsauftrags der Hochschulen zu drängen.

Im Rahmen der anstehenden Novellierung des Hochschulrahmengesetzes werden Initiativen zu mehr Mitbestimmung von Studierenden, nichtwissenschaftlichen sowie wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergriffen. Im hessischen Hochschulrecht werden alle einengenden Bestim-

mungen gestrichen, soweit sie nicht durch das HRG zwingend vorgeschrieben sind.

Mit dem Programm "Verbesserung der Lehre" werden die Berufschancen der Studierenden durch Qualifikationsangebote, die über ein engeres Fachstudium hinausgehen, verbessert. Bildungs-, Wissenschafts-, Hochschul- und Forschungspolitik sind stets integraler Bestandteil einer allgemeinen Politik. Die verfaßte Studierendenschaft hat daher ein umfassendes Mandat zur Vertretung der Studierenden. Jährlich vorzulegende Lehr- und Studienberichte der Hochschulen und größere studentische Beteiligung sollen zu effizienterer Arbeit anregen.

Wir setzen weiterhin auf eine Straffung der Studienzeiten und den Erwerb von Schlüsselqualifikationen, die über ein begrenztes, enges Fachwissen hinausgehen. Sanktionen gegenüber Studierenden, z.B. Zwangsexmatrikulationen, lehnen wir im Interesse der sozialen Gerechtigkeit ab. Der Grundsatz des unentgeltlichen Unterrichts an den Hochschulen für alle darf nicht gefährdet werden. Die soziale Absicherung der Studentinnen und Studenten muß vielmehr gestärkt werden. Die SPD setzt sich auch im Bundesrat für eine sozial gerechte Fortentwicklung des BAFöG-Systems ein. Ziel ist eine eltern- und ehengattenunabhängige Bildungsförderung.

Wir wollen im Rahmen der hessischen Forschungsförderung Frauenforschung und Frauenförderung. Dies heißt auch die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen zu verstärken. Programme zur Verbesserung der Lehre sollen besonders auch Studentinnen in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen ansprechen, aber auch überhaupt erst gewinnen.

Die Fachhochschulen brauchen Unterstützung bei ihrer Entwicklung neuer und attraktiver Studiengänge: Sie reagieren damit flexibel auf rasch sich ändernde Anforderungen und

Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft. Für ihre Zukunftsfähigkeit sind auch die Möglichkeiten zu Forschung und Entwicklung zu stärken.

Die Universitäten können sich im internationalen Forschungswettbewerb nur durch Spitzenleistungen behaupten. Dafür ist eine zeitgemäße Ausstattung der Labors und Bibliotheken auch durch Modernisierungsinvestitionen erforderlich. In Zusammenarbeit der Hochschulen, Wissenstransfers-, Technologie- und Forschungseinrichtungen sollen wissenschaftliche Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Das Ziel soll sein, zukunftsbezogene Bildungsgänge und Bildungseinrichtungen zu entwickeln, die auch außerhalb bestehender Hochschulstandorte angesiedelt werden können. Darüber hinaus müssen alternative Konzeptionen der Zusammenarbeit von Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, aber auch der Wirtschaft und Politik, wie sie dezentral im Regionalen Wissenschaftszentrum in Fulda beispielhaft verwirklicht wurden, fortgeschrieben werden.

Die Gesamthochschule Kassel ermöglicht mit ihrem gestuften Studiengangsystem die geforderte Durchlässigkeit. Der Ausbau dieser Universität auf 9.000 flächenbezogene Studienplätze ist in der nächsten Legislaturperiode in den Baumaßnahmen abzuschließen.

Die Strukturen der Wissenschaftsverwaltung sind – auch an den Hochschulen – zu modernisieren. Die gesetzliche Regelungsdichte muß zurückgenommen und die Eigenverantwortung der Hochschulen gestärkt werden, z.B. durch Globalhaushalte, sofern sich die bestehenden Modellversuche als erfolgreich erweisen. Dabei ist die Mitbestimmung der Studierenden und der sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erweitern.

Dies gilt auch für die Stärkung der Studentenwerke. Ihre Finanzierung soll in Form einer Finanzbeihilfe mit Rechtsan-

spruch erfolgen und sich an festen, vorher bestimm-
baren Bezugsgrößen (Sockelbetrag, Anzahl der Studierenden u.ä.) ori-
entieren.

4. Wir schaffen Arbeit

Wir haben Wort gehalten:

Für die hessische SPD steht die Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt der Politik. Die Hessische Landesregierung hat deshalb sofort nach Amtsantritt Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ergriffen:

- Mit dem Hessen-Struktur-Programm wurden Investitionen in Höhe von 2 Milliarden DM für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen getätigt.
- Insbesondere die Programme der Landesregierung zum Wohnungsbau, dem Städtebau und der Dorferneuerung haben die Lebensqualität verbessert, aber auch Arbeitsplätze gesichert. Allein durch das Wohnungsbauprogramm wurden in den Jahren 1991-1995 40.000 Arbeitsplätze gesichert. Im Städtebau und der Dorferneuerung wurden Folgeinvestitionen in Höhe von 6 Milliarden DM ausgelöst. Auch hierdurch konnten Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.
- Das Land Hessen hat auf direktem Wege 6.600 neue Stellen geschaffen.
- Die Mittel für Arbeitsmarkt- und ABM-Programme wurden erheblich aufgestockt.
- Durch das Landesprogramm "Arbeit statt Sozialhilfe" konnten langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in qualifizierte Beschäftigungsverhältnisse zurückfinden.
- Die hessischen Arbeitsmarkt-, Qualifizierungs- und Ausbildungsprogramme haben seit 1993 jährlich rund 10.000 Menschen neue Perspektiven gegeben.

- Verstärkt wurden die Kontrollen, um illegaler Beschäftigung das Handwerk zu legen.
- Ein Bündel von Maßnahmen hat zum Ziel, daß öffentlich vergebene Aufträge nur von Firmen ausgeführt werden, die die tarifvertraglichen und sozialrechtlichen Bestimmungen erfüllen.
- Neue Vergaberichtlinien ermöglichen durch Aufteilung in kleinere Bauabschnitte, daß kleine und mittlere Unternehmen bessere Chancen erhalten.

Aktive Beschäftigungspolitik

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, im sogenannten regulären oder ersten Arbeitsmarkt einen möglichst hohen Beschäftigungsstand zu erreichen. Die sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik ist auf dieses Ziel hin gerichtet. Selbst wenn der konjunkturelle Aufschwung in nächster Zeit zu mehr Beschäftigung führt, wird ein Sockel von Arbeitslosigkeit bleiben. Deshalb will die SPD Arbeitslosen, insbesondere Langzeitarbeitslosen, durch eine aktive Beschäftigungspolitik neue Perspektiven und neue Chancen eröffnen. Aktive Arbeitsmarktpolitik bedarf einer neuen Ausrichtung. Sämtliche Landesprogramme sind daher auf ihre Beschäftigungswirksamkeit hin zu überprüfen. Bei der Erstellung und dem Vollzug des hessischen Landeshaushaltes ist den beschäftigungswirksamen Programmen absolute Priorität einzuräumen.

Es ist sinnvoller, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Viele öffentliche Kassen haben als Folge der Arbeitslosigkeit erhebliche finanzielle Aufwendungen (Sozialabgaben) bzw. geringere Einnahmen (Steuern). Unser Ziel ist es, durch einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Dadurch wird es zu Einsparungen bzw. Mehreinnahmen bei der Bundesanstalt für Arbeit, beim Bund, der Kran-

ken- und Rentenversicherung, dem Land und den Kommunen kommen. Diese müssen sich deshalb an der Finanzierung eines solchen Arbeitsmarktes beteiligen. Dies zu erreichen, wird auf allen politischen Ebenen eine schwierige Aufgabe sein, für die sich die hessische SPD voll einsetzen wird.

Von hier ausgehend kann und soll es auch neue Arbeitsplätze geben: Zum einen sollen Arbeitsplätze entstehen, die sich mittelfristig kostendeckend tragen oder die zu rentablen Ausgründungen führen. Zum anderen besteht die Chance, daß Beschäftigungsfelder, die z.B. im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge mit öffentlich geförderter Beschäftigung entwickelt werden (z.B. im Pflegebereich), auf Dauer im allgemeinen Arbeitsmarkt (bei freien Trägern, im öffentlichen Dienst, bei Neugründungen von Dienstleistungseinrichtungen) Bedeutung erlangen.

Öffentlich geförderte Beschäftigung

Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor muß

- Brücke hin zum allgemeinen Arbeitsmarkt sein:
Arbeitsverhältnisse im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor bieten Qualifizierung und Stabilisierung; sie sind in der Regel befristet. Erstes Ziel ist die Wiedereingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Diese Brückenfunktion kann aber nur dann die Hauptfunktion des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors sein und nicht zur Sackgasse werden, wenn die allgemeine Beschäftigungsentwicklung wieder zu mehr Arbeitsplätzen führt.
- ökologische und soziale Erneuerung der Region fördern:
Die SPD Hessen sieht eine wesentliche Funktion öffentlich geförderter Beschäftigung darin, daß gesellschaftlich sinnvolle, von Markt oder Staat nicht abgedeckte Bedarfs- und

Tätigkeitsfelder aufgegriffen bzw. neu entwickelt werden: Umweltschutz, Recycling, Ressourcenschonung, Landschaftspflege, Wohnumfeldverbesserungen, soziale Dienste, z.B. Pflege und Betreuung, Stadtteil-Serviceangebote, bedarfsgerechte ergänzende Nahverkehrsangebote im ländlichen Raum, ökologisch und pädagogisch sinnvolle Freizeit- und Tourismusangebote.

- **Ergänzungsleistungen für den privatwirtschaftlichen Bereich bieten:**
Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor kann und soll in Teilen wirtschaftsnah arbeiten, indem qualifizierende Beschäftigung im Verbund mit Unternehmen durchgeführt wird oder indem ergänzende Leistungen und Infrastrukturen vor allem für Klein- und Mittelbetriebe angeboten werden (z.B. Teilprodukte, Recycling, EDV usw.).
- **Frauenförderung zum Gegenstand haben:**
Für die SPD in Hessen hat der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor die Chance und die Verpflichtung, Frauenförderung von vornherein konzeptionell mit zu planen und umzusetzen. Das bedeutet: Beschäftigungsgesellschaften mit frauengerechter Gestaltung grundsätzlich aller Arbeitsplätze, Kinderbetreuungshilfen, besondere Angebote zur Berufsorientierung, Motivation über die klassischen Frauenberufe hinaus für neue technische und handwerkliche Berufe, die bestmögliche Qualifizierung in frauentypischen Arbeitsfeldern, Quotierung von Förderprogrammen und Maßnahmenzahlen.

Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor besteht aus lokalen/regionalen Beschäftigungsgesellschaften und -projekten, Qualifizierungsträgern sowie qualifizierend und stabilisierend angelegten einzelnen Arbeitsplätzen im allgemeinen Arbeitsmarkt. Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften zur Prävention von Arbeitslosigkeit und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze als Antwort auf regio-

nale, branchen- oder unternehmensbezogene besondere Beschäftigungsbrüche gehören gleichfalls dazu.

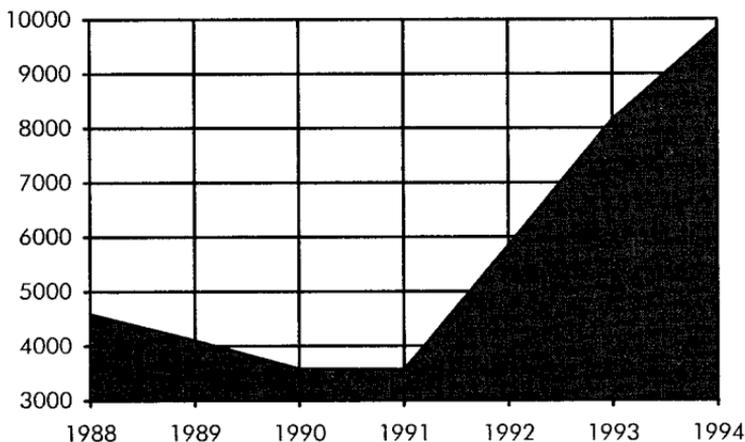
Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor wird erst weniger bedeutsam oder schließlich überflüssig, wenn der erste Arbeitsmarkt genügend Arbeitsplätze für alle anbietet. Bis dahin muß er als gleichwertiger Beschäftigungssektor gelten und tarif-, arbeits- und sozialrechtlich sowie in punkto Mitbestimmung/Personalvertretung gleichgestellt sein. Die SPD Hessen lehnt untertarifliche Bezahlung oder diskriminierende Sondertarife, die die Untergrenze vergleichbarer Tarife für entsprechende Tätigkeiten in der Privatwirtschaft noch unterschreiten würden, entschieden ab. Sie wären verfassungswidrig, weil sie den Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" verletzen würden, und wären außerdem sozialpolitisch wie ökonomisch kontraproduktiv.

Wenn wir mit einer Ausweitung der gesellschaftlich geförderten Beschäftigung in Hessen einem erheblichen Teil der Arbeitslosen eine Zukunftsperspektive schaffen wollen, dann müssen dazu auf Bundesebene die Rahmenbedingungen geschaffen werden: Das Arbeits- und Strukturförderungsgesetz, das die SPD-geführten Bundesländer, darunter auch Hessen, gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet haben, muß das AFG ablösen, sobald in Bonn die SPD an der Regierung ist. Es liefert nicht nur die notwendigen neuen Förderinstrumente für den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, sondern auch eine neue, realistische Finanzierungsgrundlage für die breite Umsetzung.

Die hessische SPD wird ihre in den letzten vier Jahren entwickelte Arbeitsmarktpolitik mit den bereits bestehenden Ansätzen einer regionalisierten Arbeitsmarktpolitik fortsetzen. Wir unterstützen die Einrichtung von Leitstellen für Beschäftigungsförderung, die kommunal angebunden werden (an einen oder mehrere Landkreise bzw. Landkreis und kreisfreie

Stadt) und die vorhandenen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktprogramme bündeln.

TeilnehmerInnen an hessischen Arbeitsmarktprogrammen

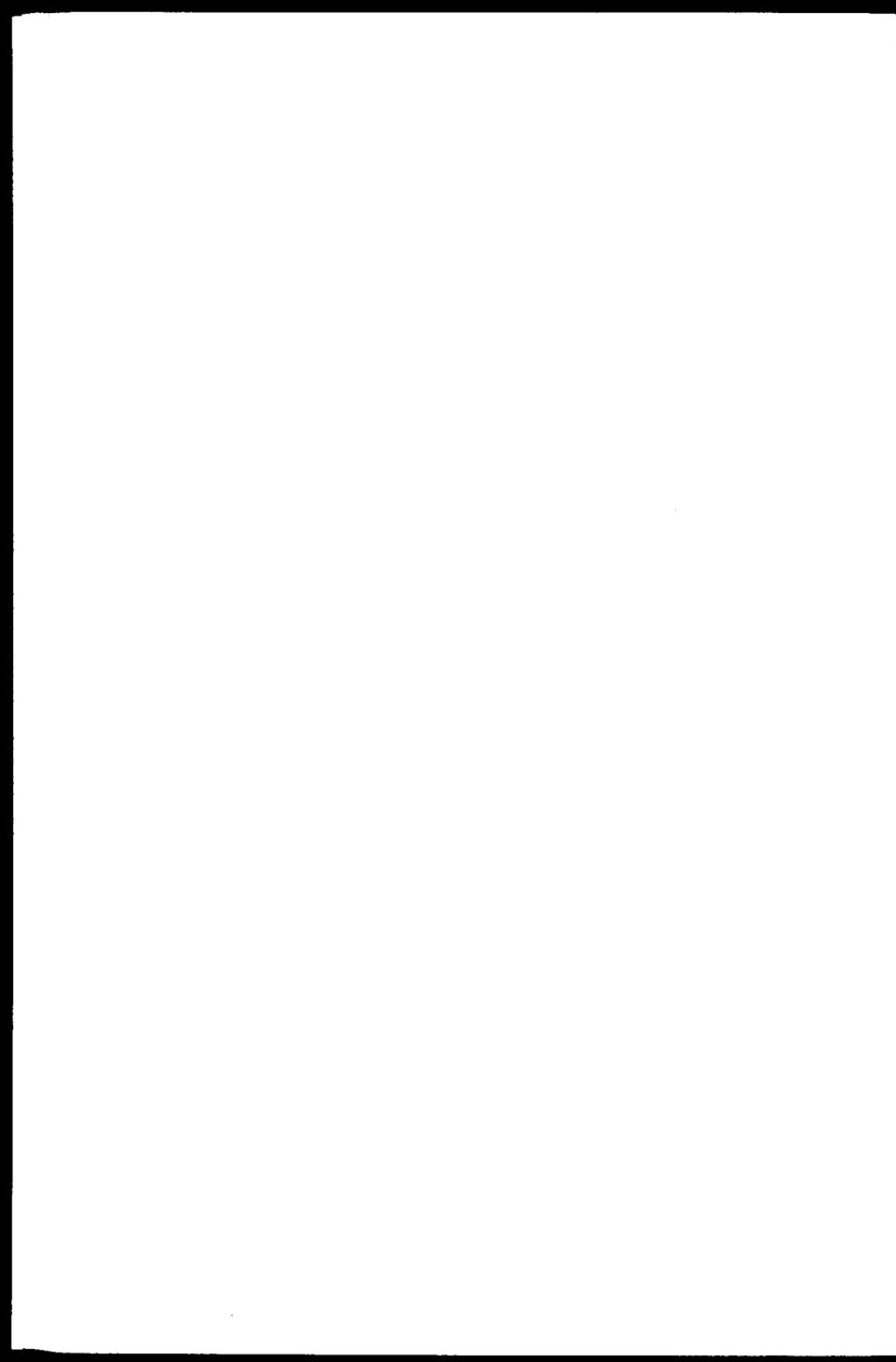


CDU/FDP-Regierung ← → SPD-geführte Regierung

Wir wollen die Förderung von Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen mit Landesmitteln in Hessen verstetigen und damit weiterhin jährlich für ca. 10.000 Menschen neue Perspektiven schaffen, davon 2.000 im Programm Arbeit statt Sozialhilfe.

Voraussetzung ist, daß das Mittelvolumen der Bundesanstalt für Arbeit für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beibehalten wird. Darüber hinaus werden wir den Auf- und Ausbau von regionalen Qualifizierungs- Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften fördern. Das schafft mehr Qualität bei der Erschließung neuer, ökologischer und sozial sinnvoller Tätigkeitsfelder und der Qualifizierung der Betroffenen, weil die Planungssicherheit für die Träger erhöht wird.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob ein Programm aufgelegt werden kann, das an das Programm "Initiativförderung für Beschäftigungsgesellschaften" aus dem Hessen-Strukturprogramm anknüpft, aber von der Zielsetzung sowie vom Finanzvolumen her deutlich erweitert wird: Neben Beschäftigungsgesellschaften für Langzeitarbeitslose, darunter auch für Menschen mit Behinderungen, sollen auch regionale Qualifizierungs-, Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften sowie Modellprojekte zur Reintegration in Beschäftigung und zur Personalentwicklung für von Arbeitslosigkeit Bedrohte gefördert werden. Mit diesem Programm werden somit auch präventiv ansetzende arbeitsmarktpolitische Projekte gefördert. Das Förderprogramm soll so angelegt werden, daß Finanzierungsbeiträge des Landesprogramms verknüpft werden mit Mitteln der Arbeitsverwaltung und der Kommunen (Sozialhilfe), der Ausgleichsabgabe für Schwerbehinderte sowie von Betrieben (z.B. Sozialplanungsmittel).



5. Wir stehen für sozialen Frieden

Wir haben Wort gehalten:

Sozialdemokratische Sozialpolitik hat insbesondere in den letzten vier Jahren bedeutende Erfolge erzielt:

- Die Hessische Landesregierung hat die Voraussetzungen geschaffen, damit der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verwirklicht werden kann.
- Der soziale Wohnungsbau wurde wieder angekurbelt.
- Jede 4. Grundschule hat ein eltern- und kinderfreundliches Betreuungsangebot.
- Kindergärten erhielten familienfreundlich Öffnungszeiten, die Angebote für gemeinsames Lernen von deutschen und ausländischen Kindern bzw. Ausiedlerkindern und die Integration von Kindern mit körperlichen und seelischen Handicaps konnten durch die Aufstockung der Plätze erweitert werden.
- Mit der Politik für Jugendliche, alte und behinderte Menschen entwickelte der Landeswohlfahrtsverband gemeinsam mit Städten und Landkreisen ein Netz flexibler Hilfeformen. Dies sind: Zugehende Beratung, Treffpunkte und Teestuben, ambulante Angebote und "betreute" Wohn- und Lebensformen.
- Die Arbeit von Selbsthilfegruppen wurde gefördert.
- Durch Frühförderprogramme konnten 6.000 behinderte Kinder gefördert werden.
- Die neue Hessische Bauordnung schafft die Voraussetzungen, daß das Leben von behinderten Menschen in Zukunft barrierefrei möglich ist.
- Die Zahl der im hessischen Landesdienst beschäftigten Menschen mit Behinderungen ist kontinuierlich gestiegen.

Sicherung des Sozialstaats

Die Menschen in Hessen können sich darauf verlassen: Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vertreten ihre Arbeits- und Lebensinteressen. Sie sichern allen Bürgerinnen und Bürgern faire Entfaltungschancen.

Hessens Bürgerinnen und Bürger wollen einen aktiv handelnden Staat,

- der die Grundlagen für soziale Sicherung schützt und weiterentwickelt,
- der Gerechtigkeit fördert,
- und der gleiche Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger schafft.

Die hessische Sozialdemokratie weiß, daß dies von zahlreichen Faktoren abhängt, vieles aber auch in Verantwortung der Landespolitik verbessert werden kann.

Die Menschen in Hessen werden besser miteinander leben,

- wenn sie sich keine Sorgen um ihre soziale Sicherheit machen müssen,
- wenn Solidarität und Gerechtigkeit das Zusammenleben prägen,
- wenn es auf dem Wohnungsmarkt finanzierbare Angebote statt Verdrängungsprozesse um immer teureren Wohnraum gibt,
- wenn es ein bedarfsdeckendes Angebot an vorschulischer Kinderbetreuung, wohnortnahen Schuleinrichtungen, qualifizierten Ausbildungsstätten und gut ausgestatteten Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen gibt,
- wenn Ältere und Pflegebedürftige nicht befürchten müssen, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden,
- wenn Frauen sich nicht jeden Schritt wirklicher Gleichberechtigung gegen verkrustete Männerweltstrukturen erkämpfen müssen,
- wenn bürgernahe soziale Dienste und Verwaltungen Lebensqualität garantieren.

Gerade in Zeiten des strukturellen Wandels der Industriegesellschaft und bei wachsenden Gefahren sozialer Ausgrenzung kann sozialdemokratische Reformpolitik dazu beitragen, die Lebensqualität in Hessen zu bewahren und – soweit das mit den Mitteln der Politik möglich ist – stetig zu verbessern.

Für Sozialdemokraten gilt: Moderne Sozialpolitik heißt Umbau des Sozialstaats, damit seine Leistungen verbessert werden.

Notwendig sind insbesondere

- der Abbau von Bürokratie und überkommenen Hierarchien,
- die Vereinfachungen der Verwaltungsabläufe und Zuständigkeiten,
- die Bündelung sozialpolitischer Kompetenzen auf der kommunalen Ebene.

Durch eine Stärkung der kommunalen Steuerungskraft und Regelungskompetenz im Sozialbereich läßt sich das Nebeneinander von Sozialbürokratien mildern, bürokratische Reibungsverluste minimieren und die Bürgerorientierung des Sozialsystems als Ganzes wirkungsvoller sichern.

Hessen – das Land sozialer Demokratie

Der innere Friede in Deutschland ist bedroht. Hilflosigkeit der konservativen Bonner Koalition angesichts tiefgreifender weltwirtschaftlicher Umbrüche und jahrelanger wirtschaftsliberaler Angebotspolitik haben zu Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Armut und Perspektivlosigkeit immer größerer Kreise der Bevölkerung geführt. Diese Entwicklung höhlt den sozialpolitischen Minimalkonsens der letzten 45 Jahre aus und gefährdet den demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Hessen kämpfen gegen diese schleichende Zerstörung des sozialen Friedens. Wir wollen eine Sozialpolitik, die mehr ist als "Reparaturbetrieb" der modernen Industriegesellschaft. Für die SPD ist Sozialpolitik vorausschauende und gestaltende Gesellschaftspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger in Hessen – Alte und Junge, Kranke und Gesunde, Behinderte und Nichtbehinderte, Frauen und Männer.

Unsere Sozialpolitik orientiert sich am Leitbild der sozialen Demokratie und an den sozialdemokratischen Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie bedeutet die Gestaltung von Lebensbedingungen und sozialer Infrastruktur im Sinne dieser Grundwerte.

Für Kinder- und Jugendpolitik, Alten- und Behindertenpolitik, Psychiatrie- und Gesundheitspolitik gelten folgende Gestaltungsgrundsätze:

Sozialdemokratische Sozialpolitik

- schafft Bedingungen für Chancengleichheit, für ein Leben in Autonomie und Selbstverantwortung für alle Menschen,
- ermöglicht Teilhabe für alle am gesellschaftlichen und kulturellen Leben,
- fördert das Zusammenleben in der Gemeinschaft und Hilfe zur Selbsthilfe,
- garantiert Existenzsicherung und zumindest ein Minimum an sozialer Sicherheit für alle.

Sozialdemokratische Sozialpolitik orientiert sich dabei an folgenden Strukturprinzipien:

Gemeindenähe

Alle Angebote und Hilfen werden – wo irgend möglich – gemeinde- und wohnortnah im Stadtteil, in der Gemeinde geschaffen.

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat hier insbesondere in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt – sei es bei den Sozialstationen, den Jugendzentren, den Begegnungsstätten für alte Menschen oder den Institutsambulanzen in der Psychiatrie.

Prävention

Vorrang haben stets solche Angebote und Hilfen, die Schäden oder Hilfebedarf ganz vermeiden oder vermindern. Die hessische SPD hat den Schwerpunkt ihrer Sozialpolitik auf solche Angebote gelegt:

- Ein flächendeckendes Netz von Frühförderstellen für behinderte Kinder wurde gemeinsam mit dem Landeswohlfahrtsverband aufgebaut. Es hilft, behinderungsbedingte Schäden zu vermindern und die Selbsthilfekräfte des Kindes und seiner Familie zu stärken.
- Offene Jugendarbeit und ambulante Erziehungshilfen bieten Kindern und Jugendlichen die Chance auf Entwicklung und selbstverantwortliches Leben und bewahren sie vor Heimkarrieren und unter Umständen vor Verwahrlosung und Straffälligkeit.
- Ausbildungs- und Arbeitsplätze für am Rande stehende Jugendliche geben zahlreichen jungen Menschen eine Perspektive und vermeiden – unter Umständen lebenslang – Sozialhilfebedarf.
- Ein Netz von Altentagesstätten und Sozialstationen trägt dazu bei, daß alte Menschen in der gewohnten Umgebung weiterleben können und vermindern für sie die Gefahr, pflegebedürftig zu werden.

Soviel Hilfe wie nötig – soviel Autonomie wie möglich

Jedes Kind, jede/jeder Jugendliche, jede Einwohnerin und jeder Einwohner haben bei Bedarf Anspruch auf Hilfe und Unterstützung durch die Gemeinschaft. Allerdings müssen alle Hilfen unter dem Aspekt der Hilfe zur Selbsthilfe gewährt werden. Im Mittelpunkt muß immer die Wahrung oder Wie-

derherstellung der selbstverantwortlichen und autonomen Lebensführung des und der einzelnen stehen.

Ziel jeder Hilfe ist die Hilfe zur Selbsthilfe und die Wahrung oder Wiederherstellung der Fähigkeit zu selbstverantwortlicher Lebensführung. Dies gilt auch dort, wo Heimunterbringung vorübergehend oder dauerhaft angezeigt ist: Die interne Differenzierung, die Flexibilisierung der Hilfen und die Vernetzung mit den außerstationären Angebotsformen ist das Ziel sozialdemokratischer Sozialpolitik.

Mitwirkung der Betroffenen und Selbsthilfegruppen

Sozialpolitik, die die Hilfe zur Selbsthilfe zum Ziel hat, ist nur in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen möglich. Jugendliche, alte Menschen und Schwerbehinderte wollen nicht Objekte staatlicher Fürsorge sein. Autonomie setzt voraus, daß Betroffene über notwendige Hilfen selbst entscheiden. Die Landesregierung hat hier insbesondere die Arbeit der Selbsthilfegruppen gestärkt.

Integration statt Aussonderung

Ziel sozialdemokratischer Sozialpolitik ist es, lebendige Quartiere und Nachbarschaften zu schaffen und zu erhalten, in denen Alte und Junge, Familien und Alleinstehende, Behinderte und Nichtbehinderte, ausländische und deutsche Bürgerinnen und Bürger miteinander leben. Daß dies an so vielen Orten noch immer so vorbildlich gelingt – trotz des rauher werdenden gesellschaftlichen Klimas – ist nicht zuletzt ein Erfolg sozialdemokratischer Wohnungs- und Stadtpolitik.

Hinzu kommt die integrative Zielsetzung sozialdemokratischer Sozialpolitik:

- Kinder mit und ohne Behinderungen besuchen gemeinsam die Kindertagesstätte, zunehmend mehr Kinder mit Behinderungen gehen in die Regelschule, Sonderschulen öffnen sich und entwickeln sich zu Förderzentren.

- Menschen mit Behinderungen leben zunehmend nicht mehr im Heim, sondern in der eigenen Wohnung oder betreuten Wohngemeinschaft.
- Alte Menschen erhalten solange wie möglich die notwendige Hilfe in der gewohnten häuslichen Umgebung statt im Pflegeheim.
- Ausländische Nachbarinnen und Nachbarn leben und arbeiten gemeinsam mit Deutschen: Die Infrastruktur wird weiterentwickelt, um soziale, sprachliche und berufliche Barrieren abbauen zu können.
- Wohnsitzlose und andere Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten werden nicht ausgegrenzt und vertrieben, sondern mit ganzheitlichen Hilfen in Gesellschaft und Arbeit reintegriert.

Existenzsicherung

Die Politik der Konservativen hat zu wachsender Armut und steigender Arbeitslosigkeit geführt. Immer mehr Menschen fallen aus dem Netz der sozialen Sicherung heraus und müssen Hilfe zum Lebensunterhalt von den Sozialämtern beziehen. Sozialhilfe entwickelt sich zunehmend zur einzigen Existenzsicherung wachsender Bevölkerungsanteile. Städte, Landkreise und Landeswohlfahrtsverband als Sozialhilfeträger kommen für die Existenzsicherung ebenso auf wie für die Pflege und Betreuung alter und behinderter Menschen.

Die Sozialpolitik einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung wird weiterhin darauf gerichtet sein, durch die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen, Programme für Arbeitslose und die Pflegeversicherung Existenzsicherung zu gewähren.

Kooperation: Land und Kommunen Hand in Hand

Sparsamster Mitteleinsatz und optimale soziale Effizienz sind in der Sozialpolitik nur erreichbar, wenn Landesregierung und die Kommunen im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgabenstellung und mit gleichen Zielen zusammenwirken.

Notwendig erscheinen insbesondere die Bündelung der Planungs- und Finanzierungs kompetenz der verschiedenen Ebenen. Modellhaft wird dies derzeit erprobt in der "Landeskoordination" der Landesregierung, des Landeswohlfahrtsverbandes und der Gebietskörperschaften bei der Ermittlung und Planung des Bedarfs an sozialer Infrastruktur. Ähnliche sozialpolitische Innovationen gilt es in der Alten- und Jugendhilfe sowie in der Familienpolitik zu entwickeln.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden, Vereinen mit sozialer Zielsetzung und freien Trägern ist gleichermaßen wichtig. Soziale Effizienz ist nur dort möglich, wo das Nebeneinander oder gar die Konkurrenz der Anbieter sozialer Dienstleistungen in ein sinnvolles, geordnetes Miteinander weiterentwickelt wird. Eine Vernetzung der Angebote vor Ort ist sinnvoll und wichtig. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird Rahmenbedingungen schaffen, in der sich diese neuen Strukturen entwickeln können.

Besonders kompliziert ist das Zusammenwirken der Kostenträger im Bereich der Gesundheitspolitik, weil neben den Gebietskörperschaften als Kostenträger und der Landesregierung als Investitionsmittel-Finanzier hier noch zusätzlich Krankenkassen und Rentenversicherungsträger eingebunden werden müssen. Ziel sozialdemokratischer Sozialpolitik ist daher die modellhafte Erprobung regionaler Kooperationsstrukturen.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird versuchen, in einem Modellversuch "Angebote aus einer Hand" für Bürgerinnen und Bürger einer Region zu entwickeln, ungeachtet der differenzierten und nicht aufeinander abgestimmten Kostenträgerstrukturen.

Diese Kooperationsstrukturen der Kostenträger gilt es dann weiterzuentwickeln zu Regionalkonferenzen der Kostenträger und Leistungsanbieter, die nicht nur regionale Versorgungs-

verpflichtungen, sondern auch Aufgaben der Qualitätssicherung haben.

Sozialpolitik ist aber nicht nur eine staatliche, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auf das Engagement der in Selbsthilfegruppen, Vereinen und Verbänden tätigen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann nicht verzichtet werden. Die Landesregierung hat die Arbeit der Vereine und freigemeinnützigen Träger in den letzten Jahren durch erhebliche Zuschüsse unterstützt und ihre Vorschläge bei der Entwicklung eigener Konzepte berücksichtigt. Diese Politik werden wir fortsetzen.

Finanzausstattung: Sozialpolitik kostet Geld

Jede zweite Mark ihrer Nettoeinnahmen geben die Gebietskörperschaften in Hessen inzwischen für soziale Zwecke aus. Die Sozialhilfeträger in Hessen finanzierten 1993 Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen mit insgesamt 4,6 Milliarden DM. Die Kosten der Sozialhilfe sind in den letzten Jahren so gestiegen, daß sie die kommunale Selbstverwaltung schleichend strangulieren. Sozialhilfe – vom Gesetzgeber einst gedacht als letztes soziales Netz für Einzelfälle – hat sich nach den vielen Einschnitten durch CDU und FDP auf Bundesebene für Millionen von Menschen längst zum letzten Netz über dem sozialen Nichts entwickelt. Selbst ein reiches Land wie Hessen kann da nur notdürftig gegensteuern.

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat durch den kontinuierlich wachsenden kommunalen Finanzausgleich versucht, die Balance zwischen wachsenden Aus- und Aufgaben wiederherzustellen und durch eigene sozialpolitische Programme die Gebietskörperschaften zu entlasten.

Diese Politik gilt es mit ergänzenden Strategien fortzusetzen:

- Die Finanzlast für Städte und Landkreise ist durch forcierte Verlagerung sozialhilfefremder Leistungen in die zuständigen sozialen Sicherungssysteme zu erleichtern.
- Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird vertretbare Kostendämpfungsmaßnahmen der Kommunen ebenso unterstützen wie Bemühungen um Qualitätssicherung und Rationalisierung bei den Angeboten der freien Wohlfahrtspflege.
- Die hessischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden den Umbau des hessischen Sozialstaates hin zu mehr offenen und nichtstationären Angeboten aus fachlichen und finanziellen Gründen unterstützen und begleiten.

Bundespolitisch setzen wir uns dafür ein, daß die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig gemacht werden und ein gerechter Familienlastenausgleich angestrebt wird.

Wir werden weiterhin daran arbeiten, daß die soziale Grundsicherung schrittweise eingeführt und die eigenständige Alterssicherung für Frauen aufgebaut wird. Dabei müssen überkommene Organisationsformen der Sozialversicherung (Abschottung der einzelnen Sozialversicherungszweige, berufsständisch orientierte Zersplitterung und Konkurrenz der jeweiligen Träger) abgebaut werden. Nur wenn dies gelingt, werden unsere Forderungen nach Prävention und Rehabilitation umgesetzt werden können. Noch immer erhalten Menschen, die sich in durchaus vergleichbarer Notlage befinden, zum Teil sehr unterschiedliche Hilfe, weil heute das sogenannte Konditionalprinzip herrscht, d.h., daß die Ursache des Notfalls die auslösende Bedingung für die Leistung ist.

Die primären sozialen Sicherungssysteme müssen auch künftig Vorrang haben, um den Menschen im Rahmen einer Solidargemeinschaft ein Leben aus eigener Kraft zu ermöglichen.

Gerechter Familienlastenausgleich

Eine SPD-geführte Landesregierung setzt sich dafür ein, daß das geltende Ehegattensplitting durch einen Familienlastenausgleich ersetzt wird, der sich an der geleisteten Erziehungsarbeit und der erbrachten Pflege von Menschen orientiert.

Durch eine deutliche Senkung des Ehegattensplittings und die Abschaffung der unsozialen Kinderfreibeträge werden wir ein einheitliches Kindergeld in Höhe von 250,00 für jedes Kind finanzieren.

Darüber hinaus setzt sich die hessische Landesregierung für den Ausbau der Unterhaltsvorschußkasse auf Unterhaltsansprüche von älteren Kindern bis zu 16 Jahren ein. Die Wiedereingliederung von Alleinerziehenden auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt genießt hohe Priorität.

Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum

Wir haben Wort gehalten:

Seit der Regierungsübernahme durch Ministerpräsident Hans Eichel wurden

- im sozialen Wohnungsbau 41.000 Wohnungen öffentlich gefördert.

Wir haben

- eine Ausgleichsabgabe für Besserverdienende, die in einer preisgünstigen Sozialwohnung leben, eingeführt. Die Mittel werden zweckgebunden zur Förderung des sozialen Wohnungsneubaues eingesetzt;
- eine Änderung der Hessischen Bauordnung mit der Erleichterung von Genehmigungsverfahren für Ein- und

Zweifamilienhäuser sowie Dachgeschoßausbauten beschlossen;

- auf hessische Initiative bundesweit den Kündigungsschutz verbessert;
- in Hessen Zweckentfremdung bekämpft und den Mieterschutz bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verbessert: mittlerweile besteht dort 10-jähriger Kündigungsschutz.

Für Sozialdemokraten ist eine ausreichende Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsgruppen neben Gesundheit, Nahrung und Arbeit eine wichtige Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben.

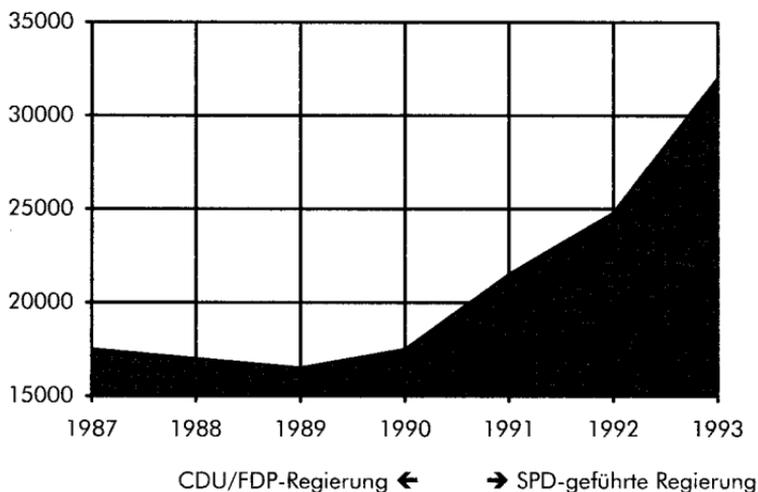
Es ist gemeinsame Aufgabe der Hessischen Landesregierung und der Gemeinden,

- besondere Wohnungsnotstände benachteiligter Gruppen zu erkennen und im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zu beseitigen sowie mit ganzheitlichen Hilfen alleinstehenden Wohnungslosen zu erleichtern, wieder selbsthaft zu werden,
- Schwerpunktprogramme für die Modernisierung von Wohnungen aufzulegen,
- eine wirksame Wohnungsaufsicht zu praktizieren und die Zweckbestimmung des sozialen Wohnungsbaus zu sichern,
- Zweckentfremdung und Spekulation mit Wohnraum zu verhindern,
- in Gebieten mit großer Wohnungsnot bei Neuansiedlungen von großen Büro- und Gewerbestandorten die Erstellung von nahegelegenen Wohnraum zu fördern.

Hessen tut viel dafür, daß gute Lebensbedingungen für alle verwirklicht werden. Einen besonderen Beitrag zur sozialen

Stabilität leisten Programme, bei denen gleichzeitig soziale Probleme angegangen und zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Fertigstellungen im Wohnungsbau in Wohneinheiten



Wie dies gehen kann, hat Hessen mit seiner Wohnungsbaupolitik beispielhaft bewiesen. 40.000 Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus hat die SPD versprochen, und sie hat Wort gehalten. Damit werden in Hessen so viele Sozialwohnungen finanziert wie in keinem anderen Flächenland.

Das Problem der Wohnungsnot bleibt jedoch auf der Tagesordnung, auch wenn erstmals die Dynamik der Mietsteigerungen nachläßt und die Zahl der Wohnungsnotstandsfälle zurückgeht. Noch immer ist bezahlbarer Wohnraum knapp. Hinzu kommt: Aktiver Wohnungsbau kurbelt die Wirtschaft an und hilft gleichzeitig, Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in anderen Bereichen anzustoßen. Auch investie-

ren Unternehmen verstärkt dort, wo bezahlbare Wohnungen für die Arbeitskräfte vorhanden sind.

Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes wird die hessische SPD in den nächsten Jahren den Wohnungsbau auf hohem Niveau stabilisieren und den Wohnungsbauprogrammen weiterhin Vorrang einräumen. Dies bedeutet, daß in Hessen in der nächsten Legislaturperiode 30.000 öffentlich geförderte Wohnungen auf den Weg gebracht werden; wir werden noch mehr Wohnungen fördern können, wenn die auf Bundesebene abgesetzten Ballungsraumprogramme wieder aufgelegt werden.

Hessen hat mit speziellen Förderprogrammen den sozialen Wohnungsbau für Normalverdiener bereits wieder geöffnet. Dies wollen wir ausbauen. Gleichzeitig wird Hessen im Bund darauf dringen, das System des sozialen Wohnungsbaus zu reformieren. Für den sozialen Wohnungsbau sollen folgende Grundsätze maßgeblich sein:

- Dauerhafte Sicherung des Grundbedarfs des unteren Einkommensdrittels durch hohe Förderung und niedrige Einstiegsmietten gekoppelt mit langfristigen Bindungen. Geringe Förderung und höhere, aber zumutbare Einstiegsmietten sollen für das mittlere Einkommensdrittel gewährt werden, um auch diesen Haushalten den Bezug einer Neubauwohnung zu ermöglichen.
- Verzahnung der Objektförderung mit der Individualförderung. Bei Überschreitung der Einkommensgrenzen können ungerechtfertigte Mietvorteile über eine Fehlbelegungsabgabe abgeschöpft werden.
- Wir wollen eine Bundesratsinitiative einleiten, damit die bisherige ungerechte steuerliche Begünstigung durch einen einkommensunabhängigen Abzug von der Steuerschuld ersetzt wird.

Bezahlbare Wohnungen müssen auch für Normalverdiener wieder erreichbar sein. Statt der Subventionen höherer Einkommensgruppen über steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten muß der Wohnungsbau direkt gefördert werden.

Besonders im ländlichen Raum und bei jungen Familien unterstützt Hessen die Anstrengungen, eigenen Wohnraum zu erwerben. Dieser Ansatz zur Eigeninitiative wird fortgeführt.

Selbstbestimmtes und eigenständiges Wohnen ist der vorrangige Wunsch vieler alter Menschen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, die Wohnverhältnisse den Bedürfnissen älterer Menschen so anzupassen, daß eine gefahrlose und behinderungsfreie Nutzung der Wohnung, barrierefrei und rollstuhlgerecht, möglich ist. Im Rahmen der Programme für die Modernisierung von Wohnungen werden wir diese Erfordernisse berücksichtigen. Wir werden weiterhin den Schutz bezahlbarer Altbauwohnungen vorantreiben

- durch die Einhaltung der Zweckentfremdungsverordnung,
- durch vernünftige Modernisierung statt Luxusmodernisierung,
- durch die schnellstmögliche Nutzbarmachung freigewordener amerikanischer Liegenschaften.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums die Steuereinnahmen zu erhöhen und deshalb baureife, aber unbebaute Grundstücke nach angemessener Zeit höher und Spekulationsgewinne aus Haus- und Grundstücksverkäufen endlich angemessen zu besteuern.

Heute ist die Miete für die gesamte Nutzungsdauer einer Sozialwohnung einheitlich festgeschrieben und muß durch eine Ausgleichsabgabe korrigiert werden. Wir wollen, daß dies durch eine sozial verträgliche Miete abgelöst wird, die deutlich unter dem Mietspiegelniveau liegt, aber daran ausgerichtet bleibt. Die Sozialbindungen sind auf Langzeitdauer anzu-

legen, damit vom Staat geförderter Wohnraum berechtigten Bevölkerungsschichten langfristig erhalten bleibt.

Ein zukunftsorientierter Wohnungsbau leistet gleichzeitig einen Beitrag zur Entlastung der Umwelt. Qualitätsstandards bei der Energieeinsparung und bei der Reduzierung des Flächenverbrauchs tragen hierzu bei. Sie entlasten auch langfristig die Mieterinnen und Mieter von hohen Mietnebenkosten. Wir werden deshalb bei Neubauten und Neubaussiedlungen alternative und kostengünstige sowie verdichtete Bauweisen fördern.

Wir wollen, daß Frauen Staat machen

Wir haben Wort gehalten:

Was längst nicht selbstverständlich ist: Frauen machen in Hessen Staat!

- Auf der Liste der SPD zur hessischen Landtagswahl stehen unter den ersten 20 Plätzen 10 Frauen, auf den ersten 40 Plätzen 18 Frauen.
- In die Hessische Gemeindeordnung wurde verpflichtend den Gemeinden die Aufgabe zugewiesen, die Verwirklichung des Verfassungsauftrages der Gleichberechtigung von Mann und Frau umzusetzen. Dies ist auch durch die Einrichtung von Frauenbüros sicherzustellen.

Wir wollen eine paritätische Demokratie, das heißt eine gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen gesellschaftlichen Lebens.

Gleichberechtigung in der Demokratie heißt auch Anerkennung von Verschiedenheit. Deshalb wollen wir die Lebensbedingungen von Frauen nicht einfach an die traditionell von

Männern gelebten Biographien angleichen, sondern ein gleichberechtigtes Verhältnis zwischen beiden entwickeln. Der Staat hat Rahmenbedingungen zu schaffen, die geeignet sind, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft herbeizuführen. Dabei sind Maßnahmen zur Förderung von Frauen zum Ausgleich bestehender Ungleichheit erforderlich.

Hessen ist mit seinem Gleichberechtigungsgesetz aus dem Jahr 1993 auf dem richtigen Weg. Es muß konsequent umgesetzt werden. Dabei dürfen bereits vorhandene kommunale Gleichstellungseinrichtungen der Umsetzung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes nicht zum Opfer fallen. Die öffentlichen Haushalte müssen die erforderlichen finanziellen, sachlichen und personellen Mittel zur Verfügung stellen.

In einer humanen Gesellschaft ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zentrale Bedingung. Eine konsequente "Vereinbarkeitspolitik", die erst ermöglicht, daß Frauen und Männer Beruf und Familie vereinbaren, ist eine wichtige Voraussetzung für wirkliche Gleichberechtigung.

Nach den Erfolgen der letzten vier Jahre mit der Schaffung neuer Kindertagesstättenplätze werden wir auch in der kommenden Wahlperiode zusätzliche Betreuungsplätze schaffen, um eine zeitlich verläßliche und qualitativ hochwertige Betreuung und Erziehung der Kinder zu gewährleisten.

Frauen und Männer, die in häuslicher Gemeinschaft Kinder erziehen oder für Pflegebedürftige sorgen, haben Anspruch auf staatliche Förderung. Aus unserer Sicht ist das Miteinanderleben und Füreinandersorgen von Erwachsenen und Kindern, Alten und Behinderten, unabhängig von Geschlecht und Verwandtschaft, besonders schützenswert.

Hierzu brauchen wir neue Formen aktiver Mitbestimmung im Lebenszyklus. Wer seine Erwerbstätigkeit zur Erziehung von Kindern oder zur Pflege von Angehörigen unterbricht oder

einschränkt, darf hierdurch nicht benachteiligt werden. Der Kontakt zum Erwerbsleben muß vielmehr gestärkt und die häusliche Tätigkeit rentenrechtlich angemessen gesichert werden.

Gewalt gegen Frauen gehört auch heute noch zur gesellschaftlichen Realität. Notwendig ist eine Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse ebenso wie die finanzielle Sicherung der Frauenhäuser. Wir haben deshalb in der vergangenen Wahlperiode die Frauenhausfinanzierungsrichtlinien so verändert, daß die Finanzierung der Frauenhäuser gesichert ist und ein angemessener Betreuungsschlüssel für die adäquate Arbeit gewährleistet wird.

Ungewollt Schwangeren und Frauen in Konfliktsituationen wollen und werden wir weiterhin ein plurales Beratungsangebot in Hessen anbieten. Die gesicherte Finanzierung der Beratungsstellen ist für die hessische SPD ebenso wichtig wie der "Hessische Weg", der ungewollt schwangeren Frauen, die eine Schwangerschaft abbrechen wollen, den Gang zum Sozialamt erspart und die Finanzierung aus Landesmitteln übernimmt.

Platz für Familie und Plätze für Kinder

Wir haben Wort gehalten:

Trotz der großen Anstrengungen bei dem dringend gebotenen quantitativen Ausbau der Kinderbetreuungsplätze ist Hessen auch bei der Entwicklung qualitativ neuer Wege vorangegangen:

- Mit einem umfassenden Förderprogramm wurden im Laufe der Legislaturperiode rund 28.000 neue Kinderbetreuungsplätze gefördert, 20.000 Plätze erhielten

durch Umbau und Modernisierung einen höheren Standard.

- Für Elterninitiativen wurde das Sofortprogramm Kinderbetreuung aufgelegt. Flexibler als mit den Mitteln des Kindergartengesetzes konnten hiermit nicht nur Kindergärten, sondern auch Krippen, Horten, altersübergreifenden Einrichtungen, Teilzeitbetreuungsangeboten und Mittagstischen investive Starthilfen und Zuschüsse gegeben werden.
- In dem Modellprojekt "Orte für Kinder" werden wichtige Erfahrungen gesammelt, wie sich die Kindertagesstätten in Zukunft gemeinsam mit Kindern, Eltern, Erzieherinnen und Erziehern und anderen Beteiligten im Umfeld der Tagesstätten neuen Bedürfnissen öffnen und stellen können.
- Mit dem Einstieg in ein Modellprojekt "Kooperationsmodelle" werden, wo dies gewünscht wird, fundierte Urteile darüber ermöglicht, ob sich jenseits des klassischen Betriebskindergartens in Kooperation zwischen Unternehmen und Jugendhilfe neue Handlungsspielräume für die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie entwickeln lassen.

Politik für ein kinder- und familienfreundliches Hessen ist seit 1991 ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt der sozialdemokratischen Politik. Der Kinderalltag und die Familienwirklichkeit sind lange schon vom Wandel erfaßt. Immer mehr Kindern fehlt heute die Geschwistererfahrung. Immer mehr Mütter bleiben auch in der Familienphase in Kontakt mit ihrem Beruf. Sogenannte Ein-Elternfamilien sind längst keine Ausnahme mehr. Dabei stellt die Lebenswirklichkeit immer höhere Anforderungen an die kindliche Verarbeitungsfähigkeit. Die Bewältigung eines Lebens zwischen Beruf und Familie ist nach wie vor ein organisatorischer Drahtseilakt. Und unterdes ist das Leben mit Kindern, so freudig die Entscheidung für diese Lebensform auch gefallen sein mag, in jedem Fall auch eine besondere finanzielle Belastung. Man denke nur an die

Kosten, die für die Unterhaltung einer familiengerechten Wohnung heutzutage anfallen.

Die Notwendigkeit kinder- und familienfreundlicher Maßnahmen ist vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund unbestritten. Vor allen Dingen gilt dies für den Bereich der Kinderbetreuung außerhalb und innerhalb der Schule sowie für den Bereich des Wohnungsbaus.

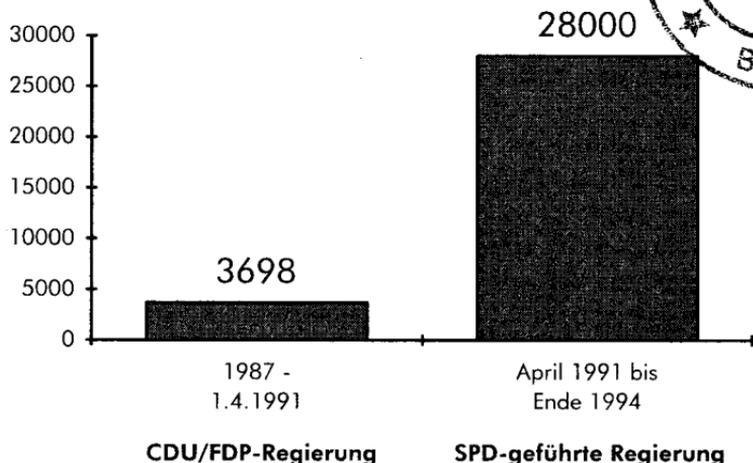
Betreuungsplätze für Kinder außerhalb der Schule

Längst ist es gesellschaftlicher Konsens, daß Kindern die Kindergruppe ein unverzichtbarer Ort sozialen Lernens ist. Für berufstätige Eltern stellen feste Betreuungszeiten das A und O einer vernünftigen Alltagsbewältigung dar. Hessen hat hier einen beispielgebenden Weg eingeschlagen, der im Ländervergleich eine hervorragende Bilanz aufweist. Zweifellos hat dieser investive Schwerpunkt im Kinderbetreuungsbereich in der Zeit engster finanzieller Spielräume für das Land und die betroffenen hessischen Kommunen eine große Kraftanstrengung bedeutet. Im Interesse von Kindern und Familien haben die hessischen Sozialdemokraten längerfristig das Ziel, diesen Weg weiterzuverfolgen und so die Angebote zu erweitern.

Die hessische SPD wird keiner Verschiebung des Wirksamwerdens des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz (01.01.1996) zustimmen. Der in Hessen seit 1991 eingeschlagene betreuungspolitische Weg im Tagesstättenbereich muß in Hessen auch über 1995 hinaus als sozialpolitischer Schwerpunkt für Eltern und Kinder weiterverfolgt werden. Ein explodierender Bedarf, verursacht durch die starken Jahrgänge im Familiengründungsalter, die Wanderungsbewegungen von Ost nach West und der breiten öffentlichen Diskussionen um die sozialen Begleitgesetze zur Reform des § 218 StGB, haben einen großen Druck auf den Ausbau von Plätzen entstehen lassen. Die Bewältigung dieses Bedarfs ist

eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung von höchster sozialpolitischer Bedeutung.

Kindergartenneubau in Hessen in Plätzen



Vorrang vor neuen Standarddiskussionen hat jetzt die Verwirklichung des Rechtes auf einen Kindergartenplatz. Einerseits ist die tatsächliche Versorgung mit Tagesbetreuungsplätzen für Kinder bis 12 Jahren auch bei uns noch lange nicht bedarfsdeckend.

Andererseits können eine inflexible, rein quantitativ orientierte Politik und eine damit einhergehende Fixierung auf den traditionellen Bereich des Halbtagskindergartens nicht in Frage kommen. Auch für den Bereich der Kindertagesbetreuung gilt die Einsicht, daß die Erziehung der Kinder eine Investition in die gesellschaftliche Zukunft ist. Auch weiterhin muß deshalb auf zeitgerechte pädagogische Standards sowie auf die besondere Bedarfslage von Eltern mit behinderten Kindern, von Alleinerziehenden und Familien, in denen beide Elternteile

erwerbstätig sind, Rücksicht genommen werden. Auch über 1995 hinaus muß sich das Land in Zusammenarbeit mit den Kommunen, und, wenn irgend möglich, endlich auch mit einer angemessenen Beteiligung des Bundes, intensiv darum bemühen, daß in Hessen ein wohnortnahes, flächendeckendes und zeitlich verlässliches Angebot an Kinderbetreuungs-möglichkeiten erreicht wird, das den Interessen aller Kinder in ihren unterschiedlichen Lebenslagen und mit ihren vielfältigen Bedürfnissen Rechnung trägt.

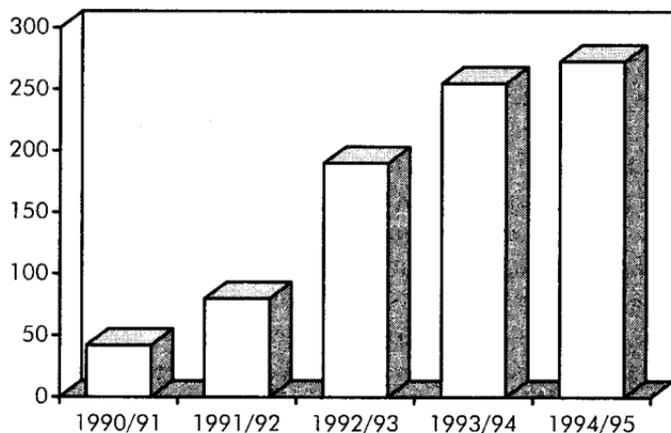
Damit es dann aber auch nicht am erforderlichen Personal fehlt, gilt es, bei alledem die Erzieherinnen und Erzieher nicht aus dem Auge zu verlieren. Für die Tarifvertragsparteien gilt es, die notorische Unterbewertung, die dieses Berufsbild von Anbeginn an begleitete, schrittweise abzubauen. Das Land kann darüber hinaus in eigener Initiative die Ausbildungsver-ordnung zeitangemessen überarbeiten und die beständige Anpassung der Ausbildungsinhalte sowie den angemessenen Ausbau der Fortbildungsangebote fördern. Ziel muß sein, den Arbeitskräften Perspektive und dem Berufsbild Zukunft zu verschaffen.

Erweiterte Betreuungsangebote für Kinder in der Schule

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind der Ausbau von Betreuungsangeboten, insbesondere an den Grundschu-len, verlässliche Öffnungszeiten und ergänzende Angebote von wachsender Bedeutung. In Zusammenarbeit mit den Schulträgern, aber auch mit freien Initiativen, Vereinen und Betrieben im Rahmen des Programms "Öffnung der Schule", müssen solche Angebote ausgebaut werden. Dadurch kann die Schule – zugleich auch inhaltlich geöffnet – neue Arbeits-weisen erproben und neue Fragestellungen und Anforderun-gen aufgreifen.

Sobald es zu einer Verbesserung der Finanzlage des Landes kommt, wird die Hessen-SPD die Betreuungs- und Ganztagsangebote erweitern. Langfristiges Ziel – wenngleich in der kommenden Legislaturperiode nicht verwirklichtbar – sind verlässliche Öffnungszeiten und feste Betreuungsangebote an allen Grundschulen.

Betreuungsangebote an Grundschulen



Kinder- und Jugendpolitik

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft der Gesellschaft. Daher leisten wir wirkliche "Zukunftsinvestitionen", wenn wir die Entwicklungsbedingungen für Kinder und Jugendliche verbessern. Kinder- und Jugendpolitik begreifen wir als "Querschnittsaufgabe". Die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen müssen in allen relevanten Bereichen, beispielsweise im Wohnungsbau und in der Verkehrspolitik, stärker berücksichtigt und zum Ausgangspunkt unserer gesamten Politik gemacht werden. Kinder- und Jugendpolitik ist für uns

ein zentraler Bestandteil einer umfassenden Gesellschaftspolitik, die auf die Sicherung elementarer Lebensbedürfnisse ausgerichtet ist. Kinder und Jugendliche sollen in unserem Land lernen, ihre Lebenssituation zu erkennen und ihre Rechte und Interessen wahrzunehmen. Wir setzen uns für aktive Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen bei allen sie betreffenden Fragen und Entscheidungen ein. Kind- und jugendgemäße Partizipationsformen wollen wir in Hessen modellhaft erproben.

Jugendhilfe fördert das Recht jedes jungen Menschen auf Erziehung und auf umfassende Bildung zur Entwicklung seiner Persönlichkeit. Sie berät und unterstützt Eltern bei ihrem Erziehungsauftrag. Wir begrüßen, daß das neue Kinder- und Jugendhilferecht den bisherigen staatlichen Kontroll- und Eingriffscharakter überwunden hat. In der Jugendhilfe gibt es ein bewährtes und erfolgreiches Netz von Angeboten und Hilfen, deren Bestand und Weiterentwicklung notwendig ist. Gleichzeitig gibt es aber neue Aufgaben und Herausforderungen, denen sich die Jugendpolitik stellen muß. Die traditionellen Milieus, Familienstrukturen und Nachbarschaftsverhältnisse, die Orientierungs-, Sinngebungs- und Konfliktregulierungsfunktionen erfüllten, haben sich mehr und mehr verändert und teilweise aufgelöst.

Kinder- und Jugendarbeit hat für uns eine hohe gesellschaftliche Bedeutung. Sie ist offen, ohne spezielle Zugangsvoraussetzungen, bedürfnisnah und vielfältig in ihren Angeboten. Sie bietet jungen Menschen Hilfestellungen zur Selbstverwirklichung und zur Standortbestimmung.

Kinder- und Jugendverbände als freiwillige Zusammenschlüsse junger Menschen orientieren sich an Zielen und Werten und sind durch Selbstorganisationen, gesellschaftliches Engagement und Gemeinschaftserleben geprägt. Jugendarbeit in kommunaler Trägerschaft wirkt ergänzend zu den Angeboten der Jugendverbände und anderer freier Trä-

ger. Neue Formen der Jugendarbeit müssen weiterentwickelt werden. Hierzu zählen insbesondere mobile Angebote, "aufsuchende Jugendarbeit", die Arbeit mit Cliquen, "streetwork" und "Fanprojekte". Es ist dafür Sorge zu tragen, daß Angebote der offenen Arbeit in sozialen Brennpunkten erhalten bleiben. Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe sind besonders wichtig, um auch Kindern und Jugendlichen aus gesellschaftlich benachteiligten Familien die Teilnahme an Ferienfreizeiten zu ermöglichen. Auch den Sportorganisationen kommt dabei Bedeutung zu, die neben der sportlichen Jugendarbeit überfachliche Jugendarbeit leisten und soziale, musisch-kulturelle, gesellschaftliche und andere Aspekte – bis hin zu internationalen Jugendbegegnungen – einbeziehen.

Damit die Jugendarbeit als wichtiger Leistungsbereich der gesamten Jugendhilfe neuen gesellschaftlichen Herausforderungen gewachsen bleibt, werden wir ein neues "Jugendförderungsgesetz" schaffen.

Die vielschichtigen Fragen und Probleme von Jugendlichen sind gegenwärtig und zukünftig zentraler Bestandteil der Jugendarbeit. Sie hat auch die Einübung gewaltfreier Konfliktlösungsmöglichkeiten zum Inhalt.

In einer finanziell schwierigen Situation müssen deshalb Schwerpunkte gesetzt werden, die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen. Das Land Hessen hat die Voraussetzungen geschaffen, neue Probleme gezielt anzugehen. Jetzt wird es darum gehen, auf der einen Seite Bestandssicherung vorzunehmen und auf der anderen Seite Umbau des Bestehenden voranzutreiben. Jugendpolitik mit neuer Aufgabenstellung kann nicht nur als Forderung nach verbesserter finanzieller Förderung gemeint sein, um dann alles beim alten zu lassen, sondern muß auch die kritische Infragestellung und das Überprüfen von theoretisch Gewoll-

tem und praktisch Erreichtem bedeuten. Es wird darauf ankommen, sich weniger mit den Problemen zu beschäftigen, die Kinder und Jugendliche machen, sondern vielmehr mit den Problemen, die sie haben. Dabei muß allerdings gewährleistet werden, daß die Forderung nach neuen Antworten auf geänderte Fragestellungen in der Jugendpolitik die schwierige finanzielle Situation der örtlichen Jugendpolitik berücksichtigt. Die Koordination des diversen Mitteleinsatzes (Europa, Bund, Land, Kommune, sonstige) ohne aufwendige Bürokratie ist unerläßlich.

Es ist ein verlässlicher finanzieller Rahmen notwendig – und damit auch eine politische Prioritätensetzung –, um die notwendige Diskussion und Reformen einleiten und umsetzen zu können. Der bewährten Partnerschaft mit Trägern der Jugendhilfe kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Hessen wird seinen erfolgreichen Weg in der Kinder- und Jugendpolitik fortsetzen und auch angesichts knapper werdender finanzieller Möglichkeiten Schwerpunkte setzen, den notwendigen Bestand an Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe erhalten und sichern, durch Vernetzung, Koordination und Kooperation die Kräfte und Mittel bündeln, um Jugendhilfeleistungen noch wirkungsvoller zu erbringen.

Besondere Berücksichtigung wird hierbei finden

- die Vielfalt der Jugendhilfeangebote zu wahren,
- die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe zu garantieren,
- ein leistungsstarkes Landesjugendamt mit Dienstleistungsfunktion für alle Träger und Bereiche der Jugendhilfe auszubauen,
- ein Hessisches Jugendförderungsgesetz (als II. Teil des Ausführungsgesetzes zum KJHG) inkraftzusetzen,
- Bedarfsplanung, Trägersicherheit, Kooperationsstrukturen und Mittelbündelung durch eine qualifizierte Jugendhilfeplanung zu erreichen,

- der Ehrenamtlichkeit in der Jugendarbeit Anerkennung und Status zu verleihen.

Antworten auf die aktuellen Fragen der Jugendlichen wollen wir geben durch die Schaffung eines Klimas von Hoffnung und Perspektive und durch Initiierung und Förderung von Programmen und Maßnahmen im Ausbildungs- und Beschäftigungsbereich. Unser Ziel ist, daß in Hessen jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält.

Konzepte gegen Ausgrenzung, Zukunftsangst und Orientierungsarmut werden verstärkt, um Gewalt und Aggressionsbereitschaft bei Jugendlichen wirkungsvoll zu begegnen. Die Medienpädagogik wird ein Schwerpunkt auch der hessischen Jugendpolitik. Leitlinie der hessischen Kinder- und Jugendpolitik wird bei allen Programmen, Maßnahmen und Angeboten der Präventionsansatz sein.

Sicherheit und Selbständigkeit im Alter

Politik für ältere Menschen ist eine Querschnittsaufgabe der Landespolitik. Die Interessen älterer Menschen werden von allen Lebensbereichen und Politikfeldern berührt.

Die älteren Menschen von heute begreifen das Altwerden als einen Lebensabschnitt, der vielfältige Chancen eines selbstbestimmten Lebens bietet und in dem die gewohnte Lebensqualität noch lange erhalten bleiben kann.

Sozialdemokratische Altenpolitik verfolgt das Ziel, älteren Menschen solange als möglich eine selbständige Lebensführung zu erhalten oder sie wieder herzustellen. Hierfür müssen die Hilfen, Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe bedarfsgerecht ausgebaut und so weiterentwickelt werden, daß sie hilfebedürftigen älteren Menschen auf kommunaler Ebene als

leistungsfähiges, gut koordiniertes System zur Verfügung stehen. Die Einführung der Pflegeversicherung bietet hierfür deutlich verbesserte finanzielle und strukturelle Grundlagen.

Folgende Politikfelder sind für ältere Menschen von besonderer Bedeutung:

- Altengerechter Wohnungsbau
- Gesundheitspolitik und Krankenversicherung
- Rentensicherheit und Rentengerechtigkeit
- Pflegeversicherung und Reformen in der Altenpflege
- Sicherung der Grundversorgung in ländlichen Bereichen
- Sicherheit im Straßenverkehr
- Bekämpfung der Kriminalität
- Begegnung und Kommunikation, Sport-, Kultur- und Bildungsangebote, Bekämpfung der Alterseinsamkeit
- Mitwirkung und Mitbestimmung, mehr Angebote für ehrenamtliche Betätigung
- Berichte zur Lage der älteren Menschen, Fortschreibung des Landesaltenplanes.

Wir werden deshalb in Zukunft folgende altenpolitische Schwerpunkte setzen:

Durch ein Hessisches Pflegegesetz wollen wir verlässliche Grundlagen für alle Beteiligten schaffen: Für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen, für die Pflegekassen und Pflegeeinrichtungen, für die Kommunen und die Wohlfahrtsverbände. Wir wollen die Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege, die Vielfalt der Anbieter, die Sicherung der ambulanten Pflegedienste und eine stärkere Orientierung auf die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen.

Für eine bessere ambulante Versorgung Pflegebedürftiger ist ein flächendeckendes Netz von Sozialstationen herzustellen. Bei Neu- oder Umbauten stationärer Einrichtungen ist vorrangig anzustreben, daß zugleich teilstationäre Angebote und solche der ambulanten oder rehabilitativen Versorgung mit

vorgehalten werden. Wir wollen ein Angebot von differenzier-
ten Formen des "betreuten" Wohnens für ältere Menschen.

Den Vorrang ambulanter Hilfe vor stationärer sowie den Vor-
rang von Prävention und Rehabilitation vor Pflege wollen wir
durch folgende Finanzierungsgrundsätze umsetzen:

- Das Land soll ambulante Leistungsangebote (Behand-
lungspflege) fördern, die nicht von den Pflegekassen für
ihre Versicherten getragen werden.
- Den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen sowie den
Pflegepersonen soll jede nur mögliche Unterstützung und
Beratung zuteil werden, um ihre Eigenverantwortung und
Selbsthilfe zu stärken. Die Finanzierung entsprechender
koordinierter Beratungsangebote soll durch die Pflegekas-
sen, die Träger der Sozialhilfe, die Sozialstationen, die
ambulanten Dienste und die Träger von stationären Pfl-
egeeinrichtungen erfolgen. Das Land soll sich an der Fi-
nanzierung gemeinsamer Beratungsangebote beteiligen.
- Die Förderung von Rehabilitationsangeboten in teil- und
vollstationären Pflegeeinrichtungen soll durch eine vor-
rangige Investitionsförderung bei Neubau von entspre-
chenden Kapazitäten (Reha-Betten) und anteilige Über-
nahme von Finanzlasten (Schulden, Zinsen) bei Umwid-
mung von stationären Kapazitäten in rehabilitative erfol-
gen. Voraussetzung hierfür ist für uns, daß bei Aufnahme
von Pflegebedürftigen ein Rehabilitationsplan erstellt wird.

Mit einem Investitionsprogramm will die hessische SPD ver-
läßliche Grundlagen für alle Beteiligten schaffen. Wir werden
für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Anerkennung
der Altenpflege sorgen. Zudem werden wir in Zusammenar-
beit mit der Krankenpflege Weiterbildungsangebote ent-
wickeln.

Wir wollen weiterhin für ältere Menschen erreichen:

- Der Landesaltenplan wird alle vier Jahre fortgeschrieben.

- Wir wollen den stufenweisen Aufbau der Akademie der Generationen unterstützen. Sie soll Angehörigen von Berufen innerhalb der Altenarbeit, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den Bereichen, die sich mit Fragen des Alters auseinandersetzen, Seniorenbeiräten und Politikerinnen und Politikern, eine Stätte der Begegnung und des gemeinsamen Lernens und Lehrens sein. Die Realisierung soll durch Umschichtung im Wissenschaftsetat ermöglicht werden.
- Ein Ministerium soll für den Bereich Seniorinnen und Senioren zuständig sein und diese Tatsache auch im Namen des Ministeriums deutlich machen.
- Wir wollen die Berufung eines Landesaltenkuratoriums.

Gesundheitspolitik

Die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit für alle Bürgerinnen und Bürger ist eine der wesentlichen Aufgaben sozialdemokratischer Politik.

Dieses Ziel wird verfolgt durch

- die Bewahrung und Herstellung gesunder Lebensverhältnisse,
- Aufklärung und Vorbeugung,
- die Förderung gesundheitsgerechten Verhaltens,
- die Garantie bestmöglicher Versorgung im Krankheitsfall,
- vielfältige Nachsorge- und Rehabilitationsangebote.

Die Versorgung kranker Menschen hat in der Bundesrepublik ein auch im internationalen Vergleich hohes Niveau erreicht, das allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung steht. Verbesserungen der Versorgung sind dennoch notwendig, insbesondere für chronisch kranke Menschen. Ausgesprochen unterentwickelt in der Bundesrepublik ist jedoch der Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens und hier vor allem der Dienste, die für einen vorbeugenden Gesundheitsschutz der Bevölkerung sorgen. Dies erfordert eine Umsteuerung und

eine Neubeschreibung vordringlicher Ziele des Gesundheitswesens. Staat und gesetzliche Krankenversicherung sollten ihre Aufgaben neu beschreiben und besser aufeinander abstimmen.

Auch in Zeiten finanzieller Restriktion bei der gesetzlichen Krankenversicherung muß der solidarische Charakter erhalten bleiben. Es darf nicht zu Ausgrenzung und erhöhter finanzieller Belastung kranker Menschen kommen.

Aufklärung und Vorbeugung sind ein Schwerpunkt unserer Gesundheitspolitik. Dies ist vorrangig in den Bereichen notwendig, in denen es keine oder nur unzureichende medizinische Hilfe gibt, wie z. B. bei AIDS. Auch bei dieser Krankheit gilt der Grundsatz, daß die Patienten ein Recht auf eine angemessene medizinische Versorgung haben und sie so lange wie möglich in ihrem häuslichen Bereich bleiben können.

Alle Behandlungsverfahren müssen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden, aufwendige mit dem Ziel, sie wirtschaftlich einzusetzen (technology assessment).

Das Hausarztprinzip muß konsequent weiterentwickelt werden mit einer Verstärkung der "sprechenden Medizin" gegenüber der apparativ technischen Medizin.

Wir setzen uns dafür ein, daß die Bedingungen für das Entstehen von Krankheiten und für die Erhaltung der Gesundheit stärker erforscht werden. Dazu gehört eine ausgeprägte Gesundheitsberichterstattung und Statistik. Gesundheitsschutz muß Bestandteil der Aus- und Weiterbildung für alle Gesundheitsberufe werden.

Wir setzen uns dafür ein, daß die Zusammenhänge zwischen Lebens-, Arbeit- und Umweltbedingungen des Menschen und möglichen Gesundheitsgefährdungen früher erkannt werden.

Gesundheitsrelevante Maßnahmen in diesen Bereichen sind vor der Durchführung auf ihre Gesundheitsverträglichkeit zu untersuchen. Gesundheitsrisiken müssen ausgeschaltet werden.

Wir wollen die chemischen, physischen und psychischen gesundheitsgefährdenden Belastungen am Arbeitsplatz einschränken. Der Arbeitsschutz hat für uns einen hohen Stellenwert.

Die SPD Hessen will den öffentlichen Gesundheitsdienst leistungsfähiger machen, damit Hilfs-, Überwachungs-, Koordinierungs- und Kontrollaufgaben besser wahrgenommen werden können.

Ein weiteres Ziel ist eine qualifizierte, leistungsfähige, wohnortnahe ambulante Versorgung durch Ärztinnen und Ärzte. Der menschlichen Zuwendung muß eine entscheidende Rolle zukommen. Komplizierte Untersuchungs- und Behandlungsmaßnahmen sollen dagegen in spezialisierten und gemeinschaftlich ausgeübten Praxen und Einrichtungen durchgeführt werden.

Neben ambulanten Versorgungseinrichtungen, wie den Sozialstationen, müssen auch teilstationäre Versorgungsangebote zur Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege geschaffen werden.

Zur sozialdemokratischen Gesundheitspolitik gehört die Schaffung eines hochwertigen und differenzierten Krankenhauswesens.

Wohnortnahe Hilfen für psychisch kranke Menschen

Psychische Erkrankungen gehören inzwischen zu den großen chronischen Volkskrankheiten – von der Erkrankungshäufig-

keit her rangieren sie gleich nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen und nach rheumatischen Erkrankungen. Etwa jeder dritte Bürger/jede dritte Bürgerin macht einmal im Leben eine psychische Krankheit durch.

Obwohl psychische Krankheiten so "normal" sind wie körperliche Erkrankungen, wurden psychisch kranke Frauen und Männer jahrhundertlang als verrückt "abgestempelt", sie verschwanden ihr Leben lang in Heil- und Pflegeanstalten.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Lande Hessen haben dafür gesorgt, daß Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen heute die Chance auf ein normales und erfülltes Leben haben. Deshalb muß die Psychiatriereform weiter fortgeführt werden.

Die bisherigen Erfolge zeigen: Die meisten unserer psychisch kranken und behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger sind bei entsprechender Unterstützung in der Lage, ein normales Leben gemeinsam mit anderen zu führen.

Politik für behinderte Menschen

Behinderte Menschen sind Teil unserer Gesellschaft. Die selbständige Teilnahme am täglichen Leben sowie die selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen ist Ziel unserer Politik. Eine halbe Million Kinder, Männer und Frauen in Hessen sind schwerbehindert, viele sind ihr Leben lang auf Hilfe angewiesen. Die Kommunen, das Land und der Landeswohlfahrtsverband haben gemeinsam Anstrengungen unternommen, um den Behinderten ein sinnerfülltes Leben zu ermöglichen.

Allein für geistig behinderte Menschen wurden 18.500 Plätze in speziellen Einrichtungen geschaffen. Davon stehen 11.000

Plätze in 100 Werkstätten für Behinderte zur Verfügung, 6.450 Plätze in Wohnheimen und Außenwohngruppen und 550 Betreuungsplätze in Heilpädagogischen Einrichtungen.

Für seelisch behinderte Menschen konnten 6.400 Plätze in speziellen Einrichtungen, davon 1.700 Arbeitsplätze in Werkstätten und Privatbetrieben und 1.300 Plätze in Wohneinrichtungen eingerichtet werden.

Aber nicht alle behinderten Menschen müssen in Heimen leben. Seit 1986 haben weit mehr als 3.000 behinderte Frauen und Männer ganz normale Wohnungen beziehen können.

Im neuen Hessischen Schulgesetz ist das Recht von Kindern mit Behinderungen auf den Besuch einer Regelschule endlich selbstverständlich geworden.

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat gemeinsam mit dem Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) dafür gesorgt, daß behinderte Kinder Regelkindertagesstätten besuchen können – über 400 sogenannte Einzelintegrationsplätze in 300 Kindertagesstätten – oder daß Kinder ohne Behinderungen gemeinsam mit behinderten Kindern in integrativen Kindertagesstätten betreut werden – über 800 Plätze für behinderte Kinder in 170 integrativen Gruppen.

In Zeiten der Arbeitslosigkeit dürfen die besonderen Arbeitsplatzprobleme Schwerbehinderter nicht aus dem Blickfeld geraten. Der öffentliche Dienst hat bei der Beschäftigung Schwerbehinderter eine Vorbildfunktion. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb die Zahl der Schwerbehinderten im Landesdienst weiter erhöhen mit dem Ziel, in den nächsten Jahren mindestens die nach dem Schwerbehindertengesetz vorgeschriebene Quote von 6 % zu erreichen.

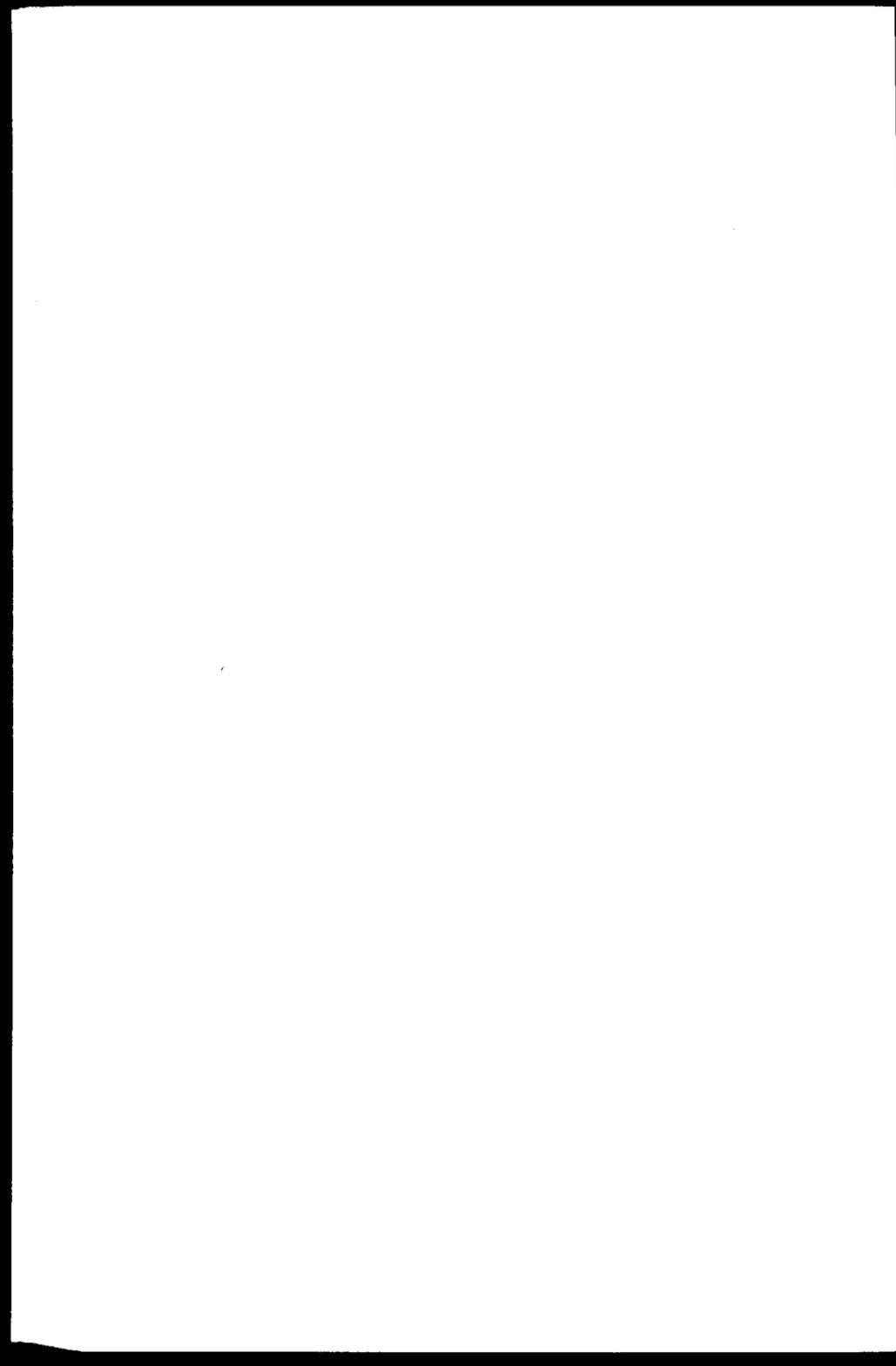
Aber auch die privaten Arbeitgeber dürfen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Oft genügt eine entsprechende Ausstattung des Arbeitsplatzes, um Behinderten eine vollwertige Arbeitsleistung zu ermöglichen. Die Information der privaten Arbeitgeber, vor allem über mögliche Finanzhilfen, ist deshalb besonders wichtig.

Viele Betriebe kaufen sich durch Zahlung der Ausgleichsabgabe von 200,- DM von der Beschäftigungspflicht Schwerbehinderter frei. Wir werden deshalb eine Initiative zur Erhöhung bzw. Dynamisierung der Ausgleichsabgabe prüfen.

Für die Eingliederung von behinderten Menschen gab allein der LWV Hessen 1994 mehr als eine Milliarde DM aus. Den größten Teil dieses Geldes stellen die Landkreise und kreisfreien Städte dem LWV Hessen für die Arbeit zur Verfügung.

Die hessische SPD wird

- gemeinsam mit dem LWV Hessen die notwendigen Wohn- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen schaffen,
- die Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt weiter vorrangig fördern und durchsetzen,
- die doppelte Diskriminierung von Frauen mit Behinderungen abbauen,
- das Frühförderprogramm für behinderte und von Behinderung bedrohter Kinder fortsetzen und
- das Programm "Familientlastende Dienste" fortführen.



6. Wir sichern Demokratie, Toleranz und gleiche Lebenschancen

Die hessische Tradition des Kultur- und Sozialstaates, von Liberalität, sozialer Gerechtigkeit und Toleranz

Zu den besten Traditionen, die mit der Geschichte Hessens verbunden sind und die es zu bewahren gilt, gehören Liberalität, soziale Gerechtigkeit und Toleranz. Aus noch früheren Zeiten stammend, sind ihre neuerlichen Ursprünge in der Nachkriegszeit nicht von den besonderen gesellschaftlichen Aufgaben zu trennen, die das neue Bundesland Hessen in den frühen Jahren seines Bestehens zu bewältigen hatte: die Integration von 680.000 Flüchtlingen schon bis 1951 und von insgesamt 1,5 Millionen Flüchtlingen bis zur Mitte der 80er Jahre; heute nimmt die Einwohnerzahl Hessens um 100.000 pro Jahr zu.

Die den Bürgerinnen und Bürgern Hessens damit auferlegte "gigantische Verpflichtung", von der Georg August Zinn in seiner ersten Regierungserklärung sprach, die dem Land aber gleichzeitig auch "viele aufbauende Kräfte, politische Energien und neue Impulse zugeführt" habe, wäre ohne die Selbstverpflichtung aller Bevölkerungsgruppen auf Grundwerte wie Liberalität, Gerechtigkeit und Toleranz nicht so einzulösen gewesen, wie dies dann für Jahrzehnte zu einem Kennzeichen der hessischen Entwicklung geworden ist.

Im Kern steht Hessen heute vor einer vergleichbaren Situation. Im Zentrum der sprunghaft gewachsenen Mobilität zwischen dem Osten und dem Westen Europas, als Mittelpunkt der Länder der größer gewordenen Bundesrepublik, mit mehr als 700.000 ausländischen Bürgerinnen und Bürgern, die aber nur zu einem kleinen Teil Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind, und mit seinem großen Spannungsbogen von der europäischen Dienstleistungsmetropole Frankfurt/ Rhein-Main bis zu ländlichen, zum Teil strukturschwachen Gebieten

mit allen Problemen von Einkommensgefällen, wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen und unterschiedlicher Arbeitslosenquoten muß das Land heute ähnliche Integrationsleistungen vollbringen wie in den fünfziger Jahren. Das wird nur auf der Grundlage der gleichen Werte gelingen, nämlich im Klima von Toleranz, sozialer Gerechtigkeit sowie dem Ausbau von Freiheitsrechten und der Herstellung tatsächlicher Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Aktuelle Gefährdungen von Demokratie und Toleranz

Zu den wichtigsten Grundlagen von Demokratie und Toleranz gehört das Gefühl, in einer gerechten Gesellschaft zu leben, die jeden einzelnen Menschen unabhängig von seiner persönlichen Lebensform und -gestaltung als Individuum respektiert und in seiner Selbstbestimmung und Eigenverantwortung anerkennt. Wir treten deshalb auch allen Formen von Diskriminierungen von Schwulen und Lesben entgegen. Eine gerechte Gesellschaft gründet auf der Wahrnehmung einer gerechten Verteilung von Lebenschancen: Zwischen Armen und Reichen, zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Jungen und Alten, zwischen Beschäftigten und Unternehmern, zwischen Deutschen und Ausländern, zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen, zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, zwischen Männern und Frauen.

Das Maß der Dinge ist dabei nicht eine schematische Gleichbehandlung. Wohl aber gibt es Ausmaße der Ungleichverteilung von Lebenschancen, die von denjenigen, die die Nachteile haben, nicht akzeptiert werden. Dieses Nicht-Akzeptieren bestimmter Resultate der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung greift irgendwann, vor allem wenn es dabei um zentrale Lebensinteressen geht, immer auch auf diese Ordnung selbst über. Die Toleranz schwindet, Parteien-, Politik-, Politiker- und Demokratieverdrossenheit wachsen.

Von keiner anderen Seite werden militante und zum Teil verbrecherische Intoleranz und Demokratiefeindlichkeit heute so massiv demonstriert wie durch das beträchtlich gewachsene Lager des Rechtsextremismus. Dessen breite Resonanz resultiert nicht allein aus der Wiederbelebung längst überwunden geglaubter Weltbilder und Denkschemata, sondern aus der Bündelung des Unmuts, den heute Hunderttausende in vielen Lebensbereichen haben. Dabei ist im Auge zu behalten, daß das Wiedererstarken des Rechtsextremismus eine Ausdrucksform wachsender Intoleranz und nicht eine ihrer Ursachen ist. Die Unterscheidung ist wichtig, weil alle Gegenstrategien, die allzu geradlinig auf das Phänomen selbst ausgerichtet werden, nicht aber auf die gesellschaftlichen Bedingungen, die es hervorbringen, weitgehend wirkungslos bleiben müssen. Rechtsextreme Straftäter müssen gefaßt und zeitnah verurteilt werden, bei der Bekämpfung des sehr viel weiteren Feldes rechtsradikaler Intoleranz und Demokratieverachtung bedarf es jedoch differenzierterer Ansätze.

Sowohl das Anwachsen der Kriminalität generell als auch das rechtsextremistischer Gewalttaten und der Drogenproblematik sind (etwas anderes gilt für den Alkohol- und Medikamentenmißbrauch) zu einem überproportionalen Teil Ausdruck von Jugendproblemen. Sie resultieren aus der immer stärker empfundenen Ungleichzeitigkeit und Unstrukturiertheit der "Statusübergänge" ins Erwachsenenalter, die ein beträchtliches Potential für soziale und psychische Verunsicherungen und Belastungen darstellen. Der Trend zum Erreichen höherer und besserer Bildungsabschlüsse hat die Leistungängste erhöht, zu Nervosität und Unruhe bei Leistungseinbrüchen und zur tendenziellen Abkopplung und zur Flucht in ganz andere Welten geführt (Drogenkonsum, Rechtsextremismus). Die gewachsene Bedeutung der Gleichaltrigengruppen und der relativ unvermittelte Medienkonsum haben die Orientierungsprobleme in den Reifungsprozessen zusätzlich erhöht. Anstelle von Toleranz und der Fähigkeit zum Ausgleich mit anderen entstehen Gefühle von

Hilflosigkeit, Überforderung, Konkurrenz, Rigidität und Aggression.

Zum Bedingungsgefüge wachsender Intoleranz und Demokratiefeindlichkeit gehört auch die Kriminalität, die vor allem für ältere Menschen durch ein weitreichendes Vermeidungsverhalten oft zu einem massiven Verlust an Bewegungsfreiheit führt. Nicht nur in den Staatstheorien der Jahrhunderte, sondern auch im Bewußtsein der meisten Menschen rechtfertigt sich staatliche Herrschaft durch die Fähigkeit, den Frieden zu wahren und den Kampf aller gegen alle zu verhindern. Die Bereitschaft, demokratische Verhältnisse gegen diktatorische oder totalitäre einzutauschen, wuchs stets mit der Unfähigkeit eines gegebenen Systems, dieses Ziel zu verwirklichen. Die Unfähigkeit der Demokratie, Kriminalität einzudämmen und sichtbar dagegen vorzugehen, fördert totalitäre Haltungen, Sündenbocktheorien und damit soziale Ausgrenzung sowie Selbstschutzideologien aller Schattierungen.

In den Schwierigkeiten fast aller Industriegesellschaften, ihre ausländischen Bevölkerungsteile zu integrieren, kulminieren viele der genannten Probleme. Ausländer werden zu überdurchschnittlichen Anteilen zu Randgruppen und betrieblichen Randbelegschaften. Sie werden nahezu überall immer wieder in die Rolle der Verursacher der Probleme gedrängt: Der wachsenden Kriminalität, der wachsenden Wohnungs- und Arbeitsplatznot, der Überlastung der Sozialleistungssysteme, der Auflösung der einstmals vermeintlich einheitlichen Wertehorizonte der Gesellschaft.

Der Blick auf die Ursachen zeigt deutlich: Wachsende und zum Teil aggressive Intoleranz und Demokratiefeindlichkeit sind keine vorüberziehenden Modetorheiten, sondern tief in den gesellschaftlichen Verhältnissen verankert. Das macht den reinen Appell und die Aufklärung, so wichtig beides ist, zu Anstrengungen mit begrenzter Reichweite. Über Appelle, Bildungs- und Aufklärungsarbeit hinaus sind daher in einer

Vielzahl von Politikbereichen weitergehende Maßnahmen erforderlich.

Sicherung von Demokratie, Toleranz und gleichen Lebenschancen durch aktive Politikgestaltung

Wir haben Wort gehalten:

Bürgerinnen und Bürger haben durch die Änderung der Hessischen Gemeindeordnung unmittelbar Einfluß auf kommunale Entscheidungen erhalten. Es ist möglich geworden, durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid selbst initiativ zu werden und Entwicklungen auf kommunaler Ebene zu steuern.

Die Stellung der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wurde durch die Einrichtung von obligatorischen Ausländerbeiräten und durch die Initiative zur Einrichtung eines Landesausländerbeirates weiter verbessert.

Sozialer Frieden ist ein Grundpfeiler der Demokratie

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes überträgt dem Staat soziale Verantwortung und die Pflicht sozialer Gerechtigkeit. Ohne soziale Gerechtigkeit ist der Friede in unserem Land aber bedroht. Dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit wurde durch die Kohl-Regierung und die sie tragende Bundestagsmehrheit mehr als ein Jahrzehnt lang massiv zuwider gehandelt. Die Bonner Sozialpolitik war ein elf Jahre währender Sozialabbau. Für die SPD ist und bleibt soziale Gerechtigkeit Grundsatz ihrer Politik. Denn nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Chance zur Freiheit nutzen. Auch um der Freiheit willen wollen wir gleiche Le-

benschancen und umfassende soziale Sicherung. Demokratie setzt gleiche Rechte für alle voraus. Sie kann nur funktionieren, wo alle Menschen gleiche Chancen haben. Wir haben in letzter Zeit erlebt, wie soziale Verunsicherung und Existenzangst zu Aggressivität gegen Minderheiten führen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen: Ist der soziale Frieden in unserem Land bedroht, wird auch die Demokratie dauerhaft kaum Bestand haben können.

Sicherung des Rechtsstaates

Die Kriminalpolitik hatte in Hessen schon in den vergangenen vier Jahren einen hohen Stellenwert. Die Sachverständigenkommission für Kriminalprävention hat ihre Empfehlungen vorgelegt, in einer Konferenz der kommunalen Präventionsräte zur Diskussion gestellt und damit vielfältige Anregungen für vergleichbare Aktivitäten gegeben. Die Kommission "Kriminalpolitik" hat mit ihren Entkriminalisierungsvorschlägen zum Verkehrs- und Betäubungsmittelrecht bundesweite Diskussionen ausgelöst. Mit der Einrichtung von Sonderdezernten zur Gewalt in der Familie und Projekten zur Reduzierung der Zeugenvernehmungen von Kindern wurden Modelleinrichtungen zu wichtigen neuen Schwerpunkten geschaffen. Das Netz der Beratungsstellen für Zeugen und Opfer wurde Schritt für Schritt auf ganz Hessen ausgeweitet. Neue Schwerpunkte bei der Strafverfolgung wurden bei der Bekämpfung der Korruption, der organisierten Kriminalität und des Rauschgifthandels gesetzt.

Die offener gewordenen Grenzen in Europa und die vielfältige Mobilität zwischen den Staaten, das Wohlstandsgefälle zwischen ihnen, aber auch in jedem einzelnen Land, neue Organisationsformen und die Inanspruchnahme modernster Techniken haben kriminellen Aktivitäten neue Anreize und Möglichkeiten verschafft. Das Ausmaß der Kriminalität ist gewachsen, auch die Angst, vor allem älterer Menschen, Opfer von Straftaten zu werden. Die wahrgenommenen Defizite

suchen sich Ventile, etwa durch Selbstbewaffnung und die Aufstellung von Bürgerwehren. Wieviel Sicherheit man sich leisten kann, hängt mit dem Anwachsen privater Sicherheitsdienste oft wieder vom Geldbeutel ab.

Diese Entwicklungen bedrohen die Freiheitsrechte, das Leben und das Lebensgefühl vieler einzelner, aber auch den gesamtgesellschaftlichen Konsens. Ihnen ist nicht allein durch die bloße Ausweitung der Sicherheitsapparate oder die schneidige Ankündigung von Strafverschärfungen zu begegnen. Die SPD fordert ein differenziertes Vorgehen, das den Stand des kriminologischen Wissens zur Kenntnis nimmt, die Erfahrungen anderer Länder berücksichtigt und bei allen Schritten die rechtsstaatlichen Vorgaben wahrt.

Jeder Versuch, Kriminalitätsbekämpfung allein auf das Einfangen und Aburteilen von Tätern abzustellen, ist zum Scheitern verurteilt. Ohne eine verbesserte Prävention sind die Entwicklungen auf vielen Teilfeldern der Kriminalität nicht zu bremsen. Sie betrifft alle Faktoren, die das Verhalten von Menschen und somit auch ihr mögliches kriminelles Verhalten beeinflussen. Lebenssituationen wie Armut, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und die daraus resultierende Perspektivlosigkeit sind stets und überall der Nährboden für bestimmte Kriminalitätsformen. Sie müssen bekämpft werden. Der Anstieg bei den Delikten der Massenkriminalität, wie etwa bei vielen Formen des Diebstahls, ist auch auf deren manchmal extrem leichte Durchführbarkeit zurückzuführen. Die Privatwirtschaft – Autoindustrie, Wohnungsbau, Kaufhäuser, Banken – sollte daher gesetzlich zum Einsatz wirksamerer Sicherungen verpflichtet werden.

Wir befürworten die Einstellung von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bei der Polizei auch aus Integrationsgründen. Die Bemühungen nichtstaatlicher Organisationen um Integrations- und Aufklärungsarbeit sind projektbezogen zu unterstützen. Begegnungsstätten für Ausländer und Deutsche sind – insbesondere im Bereich der Jugendarbeit – finanziell zu fördern.

Unter den Maßnahmen, die zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens zu treffen sind, muß die Geldwäsche einen zentralen Ansatzpunkt bilden. Es geht um die Nahtstelle, an der oft allzu problemlos die Überleitung des kriminell erworbenen Geldes in die normalen Wirtschafts- und Finanz-Kreisläufe gelingt. Das Geldwäschegesetz war ein sinnvoller erster Schritt in die richtige Richtung, es muß aber im Hinblick auf die fahrlässige Begehung der Geldwäsche, auf die Anzeigepflicht für Auslandsfilialen, die Ersatzpflicht der Banken bei Verletzung der Mitteilungspflicht und die Erfassung kriminell erlangter Gewinne schon vor rechtskräftiger Verurteilung erweitert werden. Auch solche Vermögen, bei denen der dringende Verdacht besteht, daß sie aus schweren Straftaten stammen oder dazu verwendet werden sollen, müssen beschlagnahmt werden können – es sei denn, der Besitzer beweist das Gegenteil.

Die Gefährdung politischer und administrativer Entscheidungen durch Korruption wird durch den Umfang der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, die immer stärkere Ausdifferenzierung der Staatsaufgaben und den Austausch des Personals zwischen Politik, Wirtschaft und Verwaltung eher noch größer als geringer. Dieser Entwicklung, die wesentlich zum Ansehensverlust von Politik und Parteien beigetragen hat, muß entschieden entgegengearbeitet werden, und dies gilt nicht allein für die Staatsanwaltschaften und Gerichte, sondern auch für ein verbessertes Controlling innerhalb der Verwaltung.

Die Bekämpfung des wiedererstarkten Rechtsextremismus kann nicht ausschließlich der Polizei und Justiz überantwortet werden. Dies wäre reine Entlastungsstrategie für die eigentlich notwendige politische Auseinandersetzung mit diesem Phänomen. Dort aber, wo Polizei und Justiz aktiv werden müssen, hat es keinen Sinn, weiter nach neuen Straftatbeständen zu suchen. Hier sind mit der Änderung der §§ 86 und 130 StGB (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung) sinnvolle

Schritte getan. Die vorhandenen Möglichkeiten, tätig zu werden, müssen konsequent angewandt werden.

Sehr viel mehr Aufmerksamkeit als bisher muß den Opfern von Straftaten zuteil werden. Sie dürfen durch die Strafverfolgung und den Strafprozeß nicht ein zweites Mal geschädigt werden. Aus diesem Grund ist die Schaffung von schnell, gegebenenfalls auch vor Anzeige bei der Polizei erreichbaren, professionell besetzten Beratungsstellen für alle Opfer von Straftaten vorzusehen. Die Vernehmung von kindlichen Opfern ist möglichst – unter Zusammenfassung von Polizei, Staatsanwaltschaft und gegebenenfalls Sachverständigen – zu bündeln. Bei der Wiedergutmachung sollten vorrangig die Interessen der Opfer Berücksichtigung finden und die Strafprozeßordnung unter dieser Zielsetzung geändert werden. Die Anstrengungen, die die Hessische Landesregierung in allen diesen Bereichen in der letzten Legislaturperiode unternommen hat, sind deshalb konsequent fortzusetzen. Dies gilt ebenso für den Ausbau von Zufluchtsstätten für mißhandelte Frauen und Kinder.

Die entscheidende Grundlage für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Justizvollzugs ist die Sicherung und Gewinnung qualifizierten Personals. Auch hier ist mit Neueinstellungen und längst überfälligen Stellenanhebungen viel geschehen. Dies und verstärkte Fortbildungsaktivitäten werden weiterhin ein Schwerpunkt der Vollzugspolitik sein. Durch den Ausbau der Besuchsmöglichkeiten sollen bessere Bedingungen für die Erhaltung der Familien- und Partnerbindungen, vor allem der Langzeitgefangenen, geschaffen werden. Zu den Lockerungsmaßnahmen im Strafvollzug gibt es – auch vor dem Hintergrund der immer wieder auftretenden Sicherheitsfrage – keine kriminalpolitisch sinnvolle Alternative. Ohne sie würden die Chancen der Wiedereingliederung gemindert und die Rückfallquoten erhöht. Durch die Schaffung ambulanter Übergangsmaßnahmen soll sowohl zur Entla-

stung der Belegungssituation als auch zu einer Verbesserung der Resozialisierungschancen beigetragen werden.

Hessen ist Motor der Polizeireform

Wir haben Wort gehalten:

Wir haben die innere Sicherheit in Hessen verbessert. Im Polizeibereich hat die Hessische Landesregierung – wie versprochen – die sogenannte zweigeteilte Polizeiaufbahn eingeführt. Damit hat sie neue Motivation bei der Polizei ausgelöst. Dies war erfolgreich, wie die Verbesserung der Aufklärungsquote bei Straftaten zeigt.

Seit Antritt der Landesregierung wurden

- zusätzlich 700 Polizeibeamte eingestellt bzw. vom Bundesgrenzschutz übernommen,
- 250 neue Ausbildungsstellen eingerichtet; erstmals seit Jahren konnten wieder alle Ausbildungsplätze besetzt werden,
- 13.300 Polizisten befördert,
- die Arbeitsbedingungen verbessert, so daß weniger Beamte in den vorzeitigen Ruhestand gehen müssen.

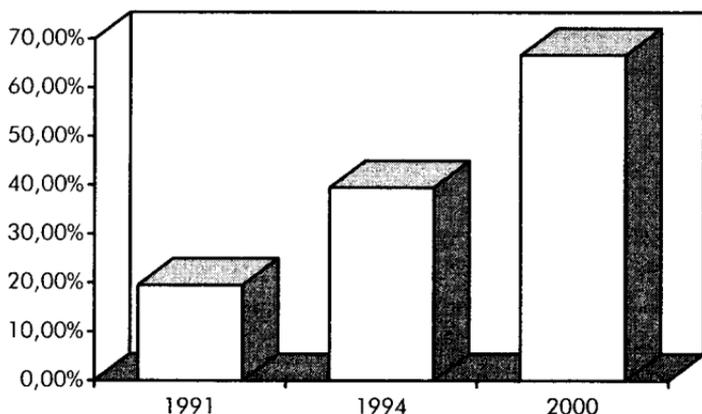
Die hessische SPD hat dem Sicherheitsbedürfnis aller Bürgerinnen und Bürger und den Rahmenbedingungen der Arbeit von Polizei und Justiz schon vor der letzten Landtagswahl im Jahr 1991 einen herausragenden Stellenwert eingeräumt und in den vergangenen vier Regierungsjahren ihre Versprechen gehalten.

Hessen hat gut ausgebildete und motivierte Polizeibeamte und ist bundesweit der Motor der Polizeireform. Das Stichwort "Zweigeteilte Polizeiaufbahn" steht für eine vorbildliche Aufwertung des Berufs des Polizeibeamten. Sie hat eine erhebliche Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung ermöglicht. In

den Jahren 1991 – 1994 wurden 13.300 Polizeibeamte in höhere Besoldungsgruppen befördert, erstmals seit vielen Jahren sind alle Ausbildungsstellen besetzt, die Zahl der Frühpensionäre geht zurück. In jedem Jahr seit 1991 wurden jeweils 150 neue Stellen bei der Polizei geschaffen. Seit 1992 wird schrittweise in ganz Hessen mit einer Gesamtinvestition von über 100 Millionen DM ein neues polizeiliches Computersystem eingeführt (HEPOLAS), damit die moderne Technik auch in den Polizeirevieren einzieht.

Hessens Polizei besser bezahlt

Stellenanteil im besser besoldeten gehobenen Dienst



Richtung und Tempo bei den Reformen im Bereich der Polizei sollen auch in den kommenden Jahren beibehalten werden. Mit dem Konzept "Polizei 2000" soll erreicht werden, daß Polizeibeamte künftig besser, effektiver und in kürzerer Zeit ausgebildet werden, daß die Polizei nach dem Jahr 2000 nur noch im gehobenen und höheren Dienst beschäftigt wird und daß die Ausbildung der Polizei nur noch für den gehobenen Dienst erfolgt. Insgesamt wird eine Entlastung der Polizei von

polizeifremden Aufgaben und ihre noch bessere Präsenz "vor Ort" angestrebt. Vielerorts ist ihre räumliche Unterbringung zu verbessern. Aus- und Weiterbildungsangebote für die Polizei müssen auch unter dem Gesichtspunkt des Rechtsextremismus weiter verbessert werden, sozialwissenschaftliche Befunde sollen verstärkt einbezogen werden.

Den konservativen Parolen von härteren Strafen und neuen Strafgesetzen setzen wir in Hessen das Konzept einer höher qualifizierten und stärker motivierten Polizei entgegen. Nicht die Höhe der Strafen, sondern die Wahrscheinlichkeit erwischt zu werden, beeindruckt den Straftäter. Parallel dazu soll durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei in Formen, die das staatliche Gewaltmonopol respektieren, und durch die Einrichtung von Präventionsräten mehr für die Verhütung von Straftaten geschehen. Der hessische Weg ist für beides die beste Grundlage!

Neue Wege in der Drogenpolitik

Wie die Bilanz der Drogenpolitik zeigt, läßt sich Suchtverhalten trotz Ausweitung der Repression in den letzten 20 Jahren und des Ausbaus der Ermittlungsapparate nur unwesentlich durch das Strafrecht beeinflussen. Viele Menschen, besonders Jugendliche sind durch den Konsum illegaler Drogen in den Kontakt mit Polizei, Justiz und Strafvollzug gekommen. Den gesundheitlichen und sozialen Risiken, wie AIDS, Hepatitis, Verelendung und Obdachlosigkeit in der illegalen Drogenszene wurde bislang unzureichend begegnet. Der verstärkte Polizeieinsatz hat die Zahl der Drogentoten nicht reduziert, und die Nachfrage nach legalen und illegalen Drogen bleibt weiterhin bestehen.

Die Drogenkriminalität einschließlich der Beschaffungskriminalität nimmt ständig zu – im gleichen Maße nimmt das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ab. Nach Schätzungen wer-

den heute bis zu zwei Fünftel der Einbruchs-, Diebstahl- und Straßenraubdelikte von Betäubungsmittelabhängigen begangen. Gewalttätige Auseinandersetzungen um Anteile am Drogenmarkt sind überall Bestandteil der Drogenszene. Dem sollte, da das Suchtverhalten nach aller Erfahrung durch das Strafrecht kaum zu beeinflussen ist, durch eine Politik begegnet werden, die nicht ausschließlich auf Unterdrückung, sondern auf die Regulierung des Drogenkonsums abzielt. Dies erfordert neue Wege.

Unsere Drogenpolitik setzt deshalb Schwerpunkte in der Prävention, in einer neuen Familien-, Schul- und Sozialpolitik und in angstfreier Aufklärung. Menschen, die dennoch drogenabhängig werden, müssen von gesundheitlichen und sozialen Hilfsangeboten erreicht werden. Zu einer effizienten und individuellen Suchtkrankenhilfe gehören ausreichende Therapieangebote mit einem Netz vom Entgiftungsplätzen, insbesondere niederschwellige Angebote und kontrollierte Substitutionsmöglichkeiten. Frauen in ihrer besonderen Situation sowie Kinder von Drogenabhängigen brauchen besondere Fürsorge. Als Kernpunkte aller Rehabilitationsbemühungen müssen die Rückwege in die Normalität – in Arbeits- und Wohnverhältnisse, in Schule, Ausbildung und soziale Bindungen – effektiver flankiert werden.

Die bisherige Rolle des Strafrechts in der Drogenpolitik muß neu überdacht werden. Nach wie vor gilt für uns, daß der illegale Drogenhandel wirksam bekämpft und Dealer und organisierte Kriminalität schwerpunktmäßig verfolgt werden. Auf Strafverfolgung beim Umgang mit leichten Drogen ist jedoch zu verzichten.

In der Bundesrepublik haben zwei bis drei Millionen Menschen Erfahrungen mit dem Konsum von Cannabisprodukten, davon allein im letzten Jahr 850.000. Diese Menschen sind in ihrer Mehrheit sozial integriert und gesundheitlich unauffällig. Die oft zu hörende Behauptung, daß Haschisch als Einstiegs-

droge zu gelten habe, ist bisher nicht belegt worden. Die weichen Drogen sollten daher aus der Regelung durch das Betäubungsmittelgesetz herausgenommen und einem zu schaffenden (Bundes-)Monopol unterstellt werden.

Der unerlaubte Umgang mit den übrigen Betäubungsmitteln hingegen sollte, wie bisher, durch das Betäubungsmittelgesetz verboten und das Verbot strafbewehrt bleiben. Jedoch sollte außer der ärztlichen Verschreibung und der Verwendung von Betäubungsmitteln zu wissenschaftlichen Zwecken die kontrollierte Abgabe an Drogenabhängige zugelassen werden. Von diesen Schritten ist zu erwarten, daß die Abhängigen durch den regelmäßigen Kontakt zu den Vergabestellen auch für andere Hilfsangebote zugänglicher werden, daß der Beschaffungsdruck schwindet und sich die Lebenssituation gesundheitlich und sozial verbessert.

Erziehung zu demokratischem Handeln, Toleranz und Verantwortung

Der Einsatz für die Sicherung der Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen liegt nicht nur in deren Interesse, sondern ist eine gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit und eine wirkliche "Investition in die Zukunft". Dies erfordert die verstärkte Berücksichtigung ihrer Belange in vielfältigen Politikbereichen: In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, bei Wohnungsbau- und Verkehrspolitik und der Medien- und Sozialpolitik. Dabei sind Kinder und Jugendliche zu ermutigen, ihre Interessen nach demokratischen Spielregeln selbst zu vertreten.

Die Probleme junger Menschen dürfen nicht erst dann ernst genommen werden, wenn diese gewalttätig oder sonst "auffällig" werden und für Schlagzeilen sorgen. Die wachsende Gewaltbereitschaft ist keineswegs nur ein "Jugendproblem", sie wird hier jedoch in besonderer Weise wahrgenommen und verlangt ein Gegensteuern. Schule und

Jugendarbeit können nur begrenzt die vielschichtigen Ursachen der Gewalt, die in der Regel außerhalb ihres Einflusses liegen, erfolgreich beheben.

Die Ächtung von Gewalt, auch in ihren stillschweigend akzeptierten Formen (bei sportlichen Großveranstaltungen, bei bestimmten Erscheinungen des Straßenverkehrs), ist ebenso eine öffentliche Aufgabe wie das Beharren auf dem staatlichen Gewaltmonopol und die konsequente Verhinderung einer heimlichen individuellen Bewaffnung der Zivilgesellschaft. Durch die verstärkte Umsetzung des gemeinsamen Erziehungsauftrags hin zu Demokratie, Toleranz und Verantwortung können Schule und Bildungseinrichtungen Kindern und Jugendlichen helfen, der Versuchung zu widerstehen, Probleme mit Gewalt zu lösen. Dies gelingt aber nur so weit, wie Schule zu einem befriedeten und befriedigenden und darum von allen akzeptierten Lebensort auf Zeit wird, in dem man sich "Anerkennung" oder "Recht" nicht durch Gewalt verschaffen muß, sondern die Respektierung der eigenen Person erfährt durch die Erfahrung, in der Zusammenarbeit mit anderen gebraucht zu werden, Verantwortung zu tragen und mit Fremdem und Fremden langsam vertraut zu werden.

Mit dem neuen Hessischen Schulgesetz sind Weichen gestellt worden, damit die Schule ihren veränderten Aufgaben besser gerecht werden kann. Der im Schulgesetz formulierte, an der Hessischen Verfassung orientierte Bildungs- und Erziehungsauftrag mit seinem Stellenwert der Grundrechte, der staatsbürgerlichen Verantwortung, der Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität und der Gleichberechtigung von Mann und Frau muß Grundlage der inhaltlichen Schulreform werden. Mit der Schulkonferenz wurden an allen Schulen "runde Tische" eingerichtet, an denen Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler ihre Schule als gemeinsame Angelegenheit begreifen und weiter entwickeln können.

Wenn die Schule sich schrittweise von einer Unterrichts- und Belehrungsanstalt in einen Lebens-, Lern- und Erfahrungsraum verwandeln soll – wie es in vielen Schulen bereits umgesetzt wurde –, bedarf es der inneren Schulreform. Dazu brauchen wir auch und gerade in Zeiten knapper Ressourcen stützende Rahmenbedingungen:

- Die Lehr- und Lernsituation soll von unnötigen bürokratischen Reglementierungen weiter entlastet werden.
- Die Bildungspläne müssen die Stoffüberfrachtung reduzieren und neben den inhaltlich verbindlichen Vorgaben Handlungsräume eröffnen, um das pädagogische Profil der Schule zu stärken.
- Das starre Stundenplanschema muß geöffnet werden.
- Initiativen zur Eigenentwicklung von Schulen müssen unterstützt werden, z.B. durch Zusammenarbeit mit außerschulischen Personen und Einrichtungen, insbesondere den Trägern der Jugendarbeit, durch die Öffnung der Schule für phantasievolle Projekte, durch die Mitarbeit von Eltern und das Engagement von Schülerinnen und Schülern.
- Sachmittel müssen der Schule global zugewiesen und zur eigenverantwortlichen Nutzung übergeben werden. Dabei sind Mindeststandards zu sichern und Standortnachteile durch gezielte Hilfen auszugleichen.
- Regionale Schulentwicklung bedarf gezielter Hilfsangebote – insbesondere durch mehr schulnahe Lehrerfortbildung und Beratung.
- Die Lehreraus- und -weiterbildung muß sich an den Anforderungen der modernen Lebenswirklichkeit, besonders durch eine verstärkte Hinwendung zu erziehungswissenschaftlichen Fragestellungen, orientieren.

Gerade in einer Zeit, in der eine Entsolidarisierung der Gesellschaft droht, ist die Schule besonders gefordert, einen Beitrag zur Integration zu leisten. Das Zusammenleben mit behinderten Menschen ist ein Maßstab für Humanität, das Miteinander von behinderten und nicht behinderten Men-

schen sollte schon in der Schule als selbstverständlich erfahren werden.

Zugleich muß sich die Schule noch stärker als bisher auf die Integration von Zuwandererkindern einstellen. Nicht nur deshalb muß das Konzept des muttersprachlichen Unterrichts weiterentwickelt werden. Möglichst vielen soll die Fähigkeit vermittelt werden, sich in verschiedenen Sprachen ausdrücken zu können. Vorrangige Aufgabe der Schule muß es sein, den vorurteilsfreien Umgang mit anderen Religionen zu vermitteln.

Erziehungsberechtigte sollen in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Die Arbeit von Kinder- und Jugendverbänden als freiwillige Zusammenschlüsse junger Menschen hat einen hohen Stellenwert, denn sie orientiert sich an Zielen und Werten und ist durch Selbstorganisation, gesellschaftliches Engagement und Gemeinschaftsleben geprägt. Sie wird von der Jugendarbeit in kommunaler Trägerschaft und von anderen freien Trägern ergänzt. Diese besondere Bedeutung hat Hessen durch die Verbesserung der finanziellen Grundausstattung der Jugendverbände aufgrund der Änderung des Sportwettengesetzes anerkannt.

Trotz knapper Mittel muß Jugendarbeit – insbesondere in sozialen Brennpunkten – ausreichende Angebote machen, die die Jugendlichen ansprechen. Hierzu sind die notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen und die Erzieher/innen-Ausbildung mit finanzieller Grundsicherung neu zu strukturieren. Flexible, an den Bedürfnissen der Familien orientierte Arbeitszeiten sind ebenso anzustreben wie die Ausweitung der Erziehungsberatungsangebote. Neue Formen der Jugendarbeit müssen gesichert und entwickelt und Familien-, Kinder- und Jugendbegegnungen – insbesondere auf der Ebene der Europäischen Union – gefördert werden.

Schwerpunkte sind ebenso bei der politischen und außerschulischen Bildung zu setzen, und zwar durch die

- Sicherung, Unterstützung und Weiterentwicklung der Arbeit öffentlicher Weiterbildungsträger, insbesondere der Volkshochschulen und der freien Träger,
- Förderung der Entwicklung integrativer Bildungskonzepte und weitergehender Kooperationsformen,
- Förderung der Arbeit regionaler Geschichtswerkstätten sowie der Gedenkstätten,
- angemessene Ausstattung für die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung,
- Unterstützung und Förderung besonderer Projektgruppen gegen den Rechtsextremismus.

Für einen offenen Umgang mit Menschen verschiedener Herkunft

Im Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze und Wohnungen werden von vielen Deutschen Ausländerinnen und Ausländer als Verursacher der eigenen als unbefriedigend empfundenen sozialen Situation gesehen. Hier über die tatsächlichen Zusammenhänge aufzuklären und Vorurteilen entgegenzuwirken, ist unsere Verpflichtung. Dies gilt um so mehr, als viele der hier lebenden Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit seit Jahrzehnten zum Funktionieren unseres wirtschaftlichen und sozialen Systems beitragen und faktisch längst "Inländer" geworden sind.

Zur Politik der Integration gibt es keine Alternative. Sie bedeutet, den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Entwicklung einer Lebensperspektive unter Beibehaltung ihrer ethnischen, kulturellen und religiösen Identität und die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Eine solche Teilhabe setzt die notwendigen politischen Mitwirkungsrechte voraus. Zwar wird das kommu-

nale Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union in Kürze kommen, aber die größten Gruppen der Zuwanderer – Türken und Angehörige der Staaten des früheren Jugoslawien – bleiben ohne kommunales Wahlrecht und damit ohne wirksamen politischen Einfluß, wenn nicht Sozialdemokraten in der Bundesregierung eine andere Politik machen. Dies gilt auch für die Umsetzung der im bisher nicht eingelösten "Asylkompromiß" vereinbarten sozialdemokratischen Forderungen nach einer wirksamen Zuwanderungspolitik und nach Erleichterung der Einbürgerung, auch unter Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeit. Eine SPD-geführte Landesregierung wird hierzu ihre Möglichkeiten im Bundesrat nutzen.

Erfolg kann das Werben um ein solidarisches Zusammenleben aber nur haben, wenn es gelingt, Hessen zu einem attraktiven Lebensstandort für alle Einwohnerinnen und Einwohner zu machen. Dies setzt eine aktive Sozial-, Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik voraus. Der Erhalt des räumlichen Zusammenhangs zwischen Arbeiten, Wohnen und Lernen bewahrt Milieus, die sozialen Schutz geben.

Die Wohnungspolitik muß die ausreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum sicherstellen. Daher sind die eingeleiteten Förderprogramme – insbesondere das für junge Familien – verstärkt fortzuführen. Notwendig sind eine Anhebung der Einkommensgrenzen und flexiblere Belegungskriterien.

Ohne eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik wird die Integration von Zuwanderern nicht gelingen. Obwohl die Zuwanderer, besonders auch die türkischen, ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor sind, liegt gerade ihre Arbeitslosigkeit – mit sich verstärkender Tendenz – über dem Durchschnitt. Schule und Berufsschule können die Qualifikation insbesondere auch der Frauen verbessern.

Unsere Solidarität kann und darf an den nationalen Grenzen nicht haltmachen. Weltweite Wanderungsbewegungen, ausgelöst durch Armut, Naturkatastrophen und Bürgerkriege berühren uns zusehends unmittelbar.

Auch auf der lokalen Ebene werden wir von der Realität der Einen Welt eingeholt. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird daher nach dem bereits erfolgten Aufbau eines eigenständigen Nord-Süd-Referates sowie der Verabschiedung einer entwicklungspolitischen Konzeption ihre globale Verantwortung auch zukünftig wahrnehmen. Hierzu gehören die Verstärkung der Informations- und Bildungsarbeit über die Ursachen der Armut in den Entwicklungsländern sowie Fortführung und Ausbau der Projektfinanzierung, vor allem durch Einschaltung in Hessen ansässiger Nichtregierungsorganisationen.

Außerdem wird eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung die Nord-Süd-Arbeit der Kommunen anregen und durch Bereitstellung ihrer Erfahrung unterstützen.

Kunst und Kultur in Hessen

Wir haben Wort gehalten:

Seit 1991 haben wir umgesetzt:

- das Programm "Kultur in der Region",
- die Vernetzung von Kulturinitiativen im Rahmen der drei Sommerfestivals Nordhessischer, Mittelhessischer und Südhessischer Kultursommer,
- das Konsolidierungsprogramm für die Landesmuseen; die bauliche Sanierung aller drei hessischen Landesmuseen von 1994 bis 1996 ist finanziell abgesichert,
- die Gründung der Hessischen Kultur GmbH,

- ein Stufenplan zur Bibliotheksentwicklung,
- ein Filmförderprogramm,
- Sibylla Merian-Förderpreis für Bildende Künstlerinnen.

Kultur ist nicht nur das Bewundern von und der Umgang mit ästhetischen Produktionen, Kultur steht auch in einem sozialen Kontext. In diesem Zusammenhang ist Kultur Medium der Aufklärung, der Selbstvergewisserung, der Welterkenntnis und der individuellen Erfahrung und begründet damit den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf kulturelle Teilhabe. Mit Kultur kann dem Extremismus und der Gewalt sowie der Intoleranz und der Einfalt angesichts der Erfahrung sozialer Unzulänglichkeit und Fremdheit Einhalt geboten werden. Kultur vermag durch übergreifende, Zusammenhänge erschließende Einsichten und Auswirkungen den zerstörerischen Wirkungen auseinanderstrebender sozialer Kräfte und damit verbundener Konflikte entgegenzuwirken. Die Erhaltung unserer Demokratie und Zivilisation gegen ihre immer stärker werdenden Feinde steht für uns im Zentrum. Die Freiheit der Kunst darf nicht in Gefahr geraten. Darum muß ihren Gegnern und den kommerziellen Tendenzen, die sie einschränken wollen, entgegengetreten werden.

Landeskulturpolitik leistet nicht nur einen Beitrag zur Sozialpolitik, sondern bietet auch die Möglichkeit, als "weicher Standortfaktor" für eine Steigerung der Lebensqualität und der wirtschaftlichen Attraktivität zu sorgen, indem sie das aufnimmt und fördert, was sich kulturell vor Ort entwickelt. Diese Entwicklung – häufig im Spannungsfeld zwischen Region und Stadt – lebt von der Vielfalt der Ausdrucksformen und dem wachsenden kulturellen Selbstbewußtsein der Menschen. Dies heißt: "Kultur auf dem Land", die Träger ländlicher Kulturinitiativen, Volkshochschulen, Musikschulen und Bibliotheken, Gesangs- und Musikvereine, Theater, Film und Künstlerinnen und Künstler brauchen finanzielle Hilfen und Ermunte-

rung. Regionalkonferenzen, in denen Initiativen soziokultureller Prägung und traditionelle Veranstalter oder Vereine zusammenkommen, und andere Formen der Zusammenarbeit, wie z.B. die "Kultursommer" in Mittel-, Nord- und Südhessen, werden verstärkt zu unterstützen sein.

Kunst und Kultur sind auch auf ehrenamtliche Tätigkeit und die finanzielle Hilfe kulturell engagierter Menschen angewiesen. Die Orientierung an der Arbeit der Kulturinitiativen, der Wettbewerbsfähigkeit öffentlicher mit privaten Kulturangeboten, Sponsoring und die Übertragung von staatlichen Kulturaktivitäten auf private Gesellschaftsformen sind für uns kein dogmatisches Tabu; ebensowenig die Verknüpfung der Pflege des reichen hessischen kulturhistorischen Erbes mit Initiativen zur wirtschaftlichen Stärkung von ländlichen Regionen.

Wir werden weiter daran arbeiten, daß in den Städten und Gemeinden Hessens auch in Zeiten des Sparens ein flächendeckendes Angebot an künstlerischen Leistungen und kulturellen Aktivitäten stabilisiert und ausgebaut wird.

Mit einer "Hessenkarte Kunst" und dem Kulturkalender will das Land über die wichtigsten künstlerischen Angebote in Hessen informieren und gleichzeitig Wege zur Überwindung allzu starker regionaler Konzentration aufzeigen.

Im Rhein-Main-Gebiet mit den Großstädten Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt existiert ein besonders hochrangiges und differenziertes kulturelles Angebot – von der Buchmesse über eine hochentwickelte Theater-, Musik-, Kunst- und Literaturszene, bis hin zu zahlreichen freien Initiativen und Gruppen. Diese kulturelle Vielfalt und Qualität ist auch Ausdruck der Begegnung von Menschen verschiedenster Herkunft und Lebensart. Zu ihrer Erhaltung und Ausgestaltung sind die Städte und Kommunen der Rhein-Main-Region untereinander verstärkt in den gegenseitigen kulturellen Dialog zu bringen.

In den Großstädten unseres Landes entwickeln sich kulturelles Leben und kulturelle Brennpunkte unter besonderen Bedingungen und bedürfen dort der besonderen Förderung und Unterstützung.

Die Förderung der Jugend und des künstlerischen Nachwuchses in den verschiedenen Kultursparten bildet einen besonderen Schwerpunkt der kulturellen Arbeit und ist verstärkt mit der Jugendpolitik zu vernetzen.

Darüber hinaus ist eine ausführliche Bestandsaufnahme zur Situation der Frauen in den verschiedenen Kultursparten in Hessen zu erstellen, aus der hervorgeht, wo Schwachstellen liegen und wo gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frauen in Kunst und Kultur ansetzen sollten.

Eine paritätische Demokratie erfordert eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Bildung, Kultur, Wissenschaft und Forschung. Frauen sind in vielen dieser Bereiche unterrepräsentiert und in einzelnen Kultursparten bis heute kaum anzutreffen. Der künstlerische Beitrag von Frauen in allen Kulturbereichen ist stärker zu berücksichtigen und zu fördern, indem Entscheidungsgremien paritätisch besetzt werden und in dem die Vergabe von Landesmitteln bei Preisen, Stipendien und Aufträgen, bei Ankäufen, Ausstellungen und Projekten sowie bei allen sonstigen Maßnahmen der Kunst- und Kulturförderung aller Sparten an eine angemessene Beteiligung von Künstlerinnen geknüpft wird. Auch bedürfen Künstlerinnen der besonderen Unterstützung durch stärkere Vernetzung von Kultureinrichtungen und durch Förderung gemeinsamer Projekte.

Mitten im kulturellen Leben stehen die älteren Menschen mit ihren vielfältigen Tätigkeiten. Sie werden von unserer Gesellschaft längst nicht genügend ernst genommen und sollen deshalb in Zukunft stärker unterstützt werden.

Das Netz der vielen kleinen, örtlichen Museen im Lande soll durch thematische Schwerpunktbildungen ausgebaut und für Besucherinnen und Besucher attraktiver gemacht werden.

Darüber hinaus hat das Land kulturpolitische Verpflichtungen, die mit traditionsreichen hessischen Kultureinrichtungen zu tun haben. Hier seien die Staatstheater und die Landesmuseen genannt sowie die im ganzen Land verstreuten Burgen, Klöster und Schlösser mit Museums- und Denkmaleigenschaften. Die Sicherung und der Erhalt dieses Erbes bieten den Menschen die Chance, einen lebendigen Umgang mit der kulturellen Vergangenheit des Landes zu pflegen. Wir gründen eine "Hessenstiftung Kultur und Natur". In dieser Stiftung werden staatliche Schlösser, Gärten und Burgen zusammengeführt. Damit wird eine Optimierung der Verwaltung erreicht und die bürgernahe Nutzung des reichen Kultur- und Naturerbes in Hessen verbessert. Durch enge Verbindung der Stiftung zu Bürgervereinen vor Ort kann eine stärkere Förderung dieses Bereichs durch privates Engagement erzielt werden.

In Kassel findet 1997 zum zehnten Mal die documenta statt – ein künstlerisches und kulturelles Ereignis von internationaler Strahlkraft, ein Ort der Begegnung aller Altersgruppen und Nationalitäten, aber auch ein bedeutender Bildungs- und Wirtschaftsfaktor für die gesamte nordhessische Region. Das Land Hessen steht zu seiner Verantwortung für diese internationale Ausstellung bei gleichzeitiger Anerkennung ihrer vollen künstlerischen Freiheit.

Landeskulturpolitik soll künftig effizient und unbürokratisch betrieben werden können; eine Kultur GmbH als Trägerin des Landes kann diese Aufgaben wahrnehmen, während ein Kulturbüro als Verbindungsstelle, Vernetzungszentrum und Clearing-Forum für die Verknüpfung unterschiedlicher Träger, für gemeinsame regionale Veranstaltungen, thematische oder Sparten-Festivals dienen kann.

Vereine sichern gesellschaftliche Stabilität

Die Jahre bis zum Ende dieses Jahrtausends werden durch die Verschärfung gesellschaftlicher Probleme gekennzeichnet sein. Hohe Arbeitslosigkeit mit ihren sozialen Folgeproblemen, gravierende Engpässe bei den öffentlichen Finanzen und die damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Dienstleistungsangebotes sowie die sich abzeichnenden internationalen Entwicklungen werden zu einer tiefen Verunsicherung der Menschen beitragen. Eine wichtige Aufgabe der Landespolitik wird es daher sein, insbesondere diejenigen gesellschaftlichen Teilbereiche zu stärken, die zu einer Stabilität der Gesellschaft und einem Abbau von Unsicherheiten beitragen.

Das Vereinswesen hat in Deutschland lange Tradition. Die Vereine bieten Möglichkeiten zur Selbstorganisation von Interessen und Angeboten, zum gesellschaftlichen Engagement, zum generationenübergreifenden Miteinander auch über soziale Grenzen hinweg. Sie stiften Identität, vermitteln Selbstbewußtsein und Heimatverbundenheit ohne nationale und regionale Überheblichkeit. Ihr Beitrag zur Stabilität in unserer Gesellschaft und zur Festigung der Demokratie ist unverzichtbar.

Vereine bieten Beispiele praktischer Demokratie und vorgelebten Bürgersinns. Sie ermöglichen gerade den Jugendlichen, fernab des Elternhauses und der Schule, eigene soziale Erfahrungen mit Gleichaltrigen und Erwachsenen zu machen, Konflikte auszuhalten und zu bewältigen und in die Gesellschaft hineinzuwachsen. Insbesondere in den Turn- und Sportvereinen ist die Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher schon seit Jahren praktische Alltagsarbeit. Älteren Menschen bieten die Vereine einen Rahmen gegen die Gefahr der Vereinsamung und für generationenübergreifende Verbindungen.

Die Förderung der Jugendverbände und insbesondere des Sports in Hessen muß deshalb auch in Zukunft finanziell abgesichert sein. Die ausreichende Mitbestimmung der Jugend bei der Willensbildung in Vereinen und Verbänden ist dabei eine wichtige Voraussetzung.

Wesentliches Prinzip der Vereins- und Verbandsarbeit in Deutschland ist das Ehrenamt. Auch viele soziale und politische Aufgaben in Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen, Sportverbänden, Gewerkschaften, Parteien usw. wären ohne ehrenamtliches Engagement einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern nicht zu erfüllen. In einer Zeit zunehmender Individualisierung ist es deshalb eine vordringliche Aufgabe des Staates, auf die Notwendigkeit bürgerschaftlichen Engagements für die Allgemeinheit hinzuweisen. Falsch verstandene Selbstverwirklichung – losgelöst von einer Verantwortung für das Ganze – hat in den vergangenen Jahren schon zur Entsolidarisierung, zu einer erheblich nachlassenden Bereitschaft zum Ehrenamt und stattdessen zu einem vermehrten Anspruchsdenken in der Gesellschaft geführt. Hier muß sehr viel deutlicher als bisher herausgearbeitet werden, was die Gemeinschaft vom Einzelnen fordern muß, damit die soziale Stabilität auch in Zukunft gesichert bleibt. Ohne mehr Gemeinsinn und Solidarität, insbesondere der Stärkeren mit den Schwächeren, wird unsere Gesellschaft materiell und ideell ärmer werden.

Maßnahmen zur Vereinfachung und Entbürokratisierung der ehrenamtlichen Arbeit, der Herausstellung der Leistungen des Ehrenamtes und zur Absicherung des finanziellen Rahmens für ehrenamtliches Engagement, zu dem gerade auch ältere Menschen bereit sind, sind auch in den kommenden Jahren eine wichtige staatliche Aufgabe.

Bei der finanziellen Förderung wird in den kommenden Jahren deutlicher als zuvor auf Prioritäten zu achten sein. Nicht alles Wünschenswerte, noch nicht einmal alles Notwendige

kann umfassend finanziell unterstützt werden. Sparkonzepte sind gemeinsam mit den betroffenen Organisationen zu entwickeln, höhere Eigenfinanzierung muß insbesondere von denjenigen gefordert werden, die dazu in der Lage sind. Nur durch solche gesellschaftliche Solidarität wird die Vielfalt der Angebote in Vereinen und Verbänden aufrechterhalten werden können.

Der Landessportbund Hessen hat mit dem Ziel einer sozialen Offensive des Sports in Hessen bereits frühzeitig auf die künftig notwendige Prioritätensetzung hingewiesen. Die spezifischen sozialen Aufgaben des Sports – über die Jugendarbeit hinaus – bedürfen auch in Zukunft ausreichender finanzieller Unterstützung. Dies gilt zum Beispiel für den Sport mit älteren Menschen und die Bereiche Behindertensport, Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Sportangebote in sozialen Brennpunkten. Auch die Arbeit des Fanprojektes in Frankfurt am Main ist als wichtiger Teil der Auseinandersetzung mit der Gewaltbereitschaft von Jugendlichen weiterhin zu unterstützen.

Soweit die Sporttreibenden dagegen aufgrund ihrer persönlichen Situation mehr als bisher zur Finanzierung des Sportangebots beitragen können, sind sie zu höherer Eigenleistung heranzuziehen.

Die Heimatfunktion von Turn- und Sportvereinen ist insbesondere auch geknüpft an vereinseigene Sportanlagen. Die Förderung des vereinseigenen Sportstättenbaus – in den kommenden Jahren mit dem Schwerpunkt der Unterstützung notwendiger Sanierungsmaßnahmen – ist uneingeschränkt fortzuführen.

Medien und Demokratie

Tragendes Element unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist ein kritischer Journalismus. Er muß unabhängig und frei sein. Die hessische SPD wird deshalb allen Bestrebungen entgegentreten, die diese Prinzipien aushöhlen wollen.

In einem demokratischen Rechtsstaat müssen Medien frei und unabhängig vom Staat, möglichst aber auch von mächtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen sein. Den Konzentrationstendenzen auf dem Rundfunk- und Fernsehmarkt ist durch restriktive Regelungen in den Staatsverträgen entgegenzutreten. Dafür wird die SPD in Hessen weiter streiten.

Die Medien, und hier besonders das Fernsehen, beeinflussen zunehmend das Denken und Handeln der Menschen. Die Wahrnehmung der Realität von Menschen, insbesondere junger Menschen, verliert an Authentizität und unterliegt dem Einfluß einer medialen Bilderwelt. Ein emanzipierter Umgang mit Medien ist deshalb nur möglich, wenn das konsumorientierte Verhalten von einem handelnden, die Medien durchschauenden Verhalten begleitet wird. Die SPD unterstützt deshalb medienpädagogische Initiativen und die in diesem Bereich tätigen Institutionen. In Schulen ist Medienpädagogik in Curricula umzusetzen.

Auf der Basis des 7. Fernsehurteils des Bundesverfassungsgerichts unterstreicht die hessische SPD das Prinzip des dualen Rundfunks. Es wird in den nächsten Jahren zu prüfen sein, ob zur Stärkung und Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Systems die Rundfunklandschaft in der Bundesrepublik neu geordnet werden muß. Dabei wird die SPD den Hessischen Rundfunk als öffentlich-rechtliche Anstalt sichern. Dazu gehört auch die Prüfung einer Neuordnung des Gebührensystems. Die Landesanstalt für privaten Rundfunk ist mit deutlicheren

Aufsichtskompetenzen auszustatten, um eine wirksame Konzentrationskontrolle im Bereich des privaten Rundfunks durchführen zu können. Dabei müssen die Chancen, die die Ausgestaltung des privaten Rundfunks zur Erreichung neuer Zielgruppen auch für informative Inhalte gebietet, gewahrt bleiben.

Die hessische SPD wird sich dafür einsetzen, ohne Preisgabe ordnungspolitischer Grundprinzipien eine gezielte Ansiedlungspolitik für Medieninstitutionen und Mediengewerbe in Hessen und insbesondere im Rhein-Main-Gebiet zu betreiben. Dies gilt neben Funk- und Fernsehen auch für Verlage, Agenturen und Filmstudios. Wir wollen den "Medienstandort Hessen" stärken.

Wir stehen vor der zweiten technischen Revolution im Bereich der elektronischen Medien. Digitalisierung und Datenkompression werden dazu führen, daß erheblich mehr Fernseh- und Rundfunkprogramme empfangbar sind. Interaktives Fernsehen und das kommunizierende Videospiel sind längst keine Visionen mehr, sondern stehen in überschaubarem Zeitraum vor ihrer Einführung. Deshalb wird die SPD sich kritisch der Frage stellen, ob die Entwicklung der Medien mehr Freiheit und Individualität bedeutet oder Vereinzelung und Isolation Vorschub leistet und somit einer lebendigen, sozialen Demokratie entgegenwirkt. Um derartige Entwicklungen zu vermeiden, hat der Staat die öffentliche Aufgabe zu übernehmen, die Voraussetzungen zu schaffen, daß sich die Menschen in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft zurechtfinden, daß sie nicht nur Konsumenten, sondern auch aktive Teilnehmer und Teilnehmerinnen an medialen Prozessen sind und damit auch kritische Distanz aktiv gegenüber den Medien entwickeln können. Auch deshalb kommt der Medienpädagogik eine wichtige Zukunftsaufgabe zu.

Die SPD unterstreicht ihre positive Haltung zu offenen Kanälen. In den nächsten vier Jahren werden an mehreren Stand-

orten Studios mit ausreichender technischer Infrastruktur und geschultem Personal aufgebaut. Deren finanzielle Absicherung erfolgt genauso über die Landesanstalt für privaten Rundfunk wie auch die Einführung nicht-kommerziellen lokalen Rundfunks.

Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen sich zur kommunalen Selbstverwaltung als zentralem Bestandteil der demokratischen Verfassung unseres Gemeinwesens. Kommunen können in ihrem überschaubaren Bereich Entscheidungen sach- und bürgernäher fällen als die jeweils größere Einheit. Sie haben deshalb eigenverantwortlich alle öffentlichen Aufgaben zu erfüllen, die keine einheitlichen Lösungen und Regelungen auf der jeweils höheren Ebene bedürfen. Die zentralstaatliche Bevormundung kommunaler Entscheidungen muß deshalb abgebaut werden. Die Mitwirkungsrechte der Gemeinden bei sie betreffenden Entscheidungsprozessen auf Landesebene werden verstärkt. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist gegen Landesgesetze die Grundrechtsklage zum Hessischen Staatsgerichtshof wegen Verletzung des Rechts auf Selbstverwaltung zu gewähren.

Um die kommunale Selbstverwaltung ausgestalten zu können, müssen die Kommunen vor allem finanziell handlungsfähig bleiben und eigenverantwortlich über Ausgaben und Einnahmen entscheiden können. Dazu gehören auch kommunale Hebesatzrechte und die Revitalisierung der Gewerbesteuer. Im Gegensatz zu der die Kommunen in zunehmendem Maße belastenden Politik der Bundesregierung hat die sozialdemokratisch geführte Hessische Landesregierung die Handlungsspielräume der hessischen Kommunen erweitert und zusammen mit den Kommunen wichtige Projekte im sozialen und ökologischen Bereich vorangetrieben. Als Beispiele

seien die Wiedereinführung der kommunalen Steuerfindungsrechtes, die enormen Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau und im Kindergartenneubau sowie wichtige Ansätze im Energie- und Abfallbereich genannt. Diese gemeinsame Politik wollen wir konsequent fortsetzen.

Immer mehr Menschen stehen der Politik skeptisch gegenüber. Unsere Antwort darauf heißt: Entbürokratisierung und Demokratisierung. Durch die Änderung der Hessischen Gemeindeordnung sind die Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung – sei es bei der Bürgermeister-Direktwahl, sei es bei Bürgerbegehren und -entscheiden – deutlich ausgeweitet worden. Wir wollen, daß die hessischen Bürgerinnen und Bürgern von ihren Möglichkeiten der direkten Einflußnahme auf Entscheidungen vor Ort Gebrauch machen. Mit der Verankerung der Ausländerbeiräte und der Realisierung des Verfassungsauftrages der Gleichstellung der Geschlechter auf kommunaler Ebene sind die hessischen Kommunen bundesweit Vorreiter für eine zukunftsorientierte Politik. An dieser Politik wollen wir festhalten.

Modernisierung der Staatsverwaltung

Die hessische SPD hat sich vorgenommen, die Verwaltung bürgernah auszurichten. Wir wollen die Verwaltung effektiver machen, um trotz begrenzter Haushaltsmittel finanziellen Spielraum für neue Aufgaben zu schaffen.

Wir wollen die bürokratischen Strukturen entflechten, Hierarchien abbauen und den einzelnen Beschäftigten mehr Verantwortung und Entscheidungsspielraum geben. Die Landesverwaltung muß sich in ihren Dienstleistungsbereichen an privaten Unternehmen messen lassen, was Effektivität, Zuverlässigkeit und auch ihr Kosten-/ Leistungsverhältnis angeht.

Zugleich wollen wir das Laufbahn- und Besoldungssystem modernisieren, um die Motivation zu erhöhen und gute Lei-

stung besser honorieren zu können, aber auch automatische Beförderungen abzubauen und so mehr Gerechtigkeit zu erreichen.

Bei unseren Vorhaben setzen wir darauf, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalräten Lösungen zu finden, die die durchgreifende Reform der Landesverwaltung sicherstellen, ohne gleichzeitig Ungerechtigkeiten und Benachteiligung der Beschäftigten zu erreichen.

Umbau statt Abbau

Staatsreform ist eine Vorbedingung für weitere Reformpolitik. Da gerade die SPD als größte Reformkraft in der Bundesrepublik in ihren zentralen Programmsätzen Reformpolitik über den Staat und durch den Staat entwickelt hat, ist Staatsreform für sie eine Frage, die Selbstverständnis, Identität und Zukunftsfähigkeit berührt. Uns ist klar: Wer Reformkorridore erhalten oder gar ausbauen will, muß Staatsreform vorantreiben.

Staatsreform ist also für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht Selbstzweck, sondern dient Zielen. Der Staat soll Demokratie und soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Der Staat muß Aufgaben übernehmen, wo einzelne oder Gruppen die gesellschaftlichen Verpflichtungen nicht von sich aus eingehen oder Leistungen, die für das Gemeinwohl notwendig sind, auf andere Weise nicht erbracht werden. Die SPD will in diesem Rahmen die solidarische Absicherung der großen Lebensrisiken (wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter) durch kollektive Sicherungssysteme. Dazu braucht sie den Staat. Der demokratische, interventionistische Staat greift deswegen weit über den liberalistischen Staat mit Justiz, Polizei und Militär hinaus, er strebt über die Absicherung der Lebensrisiken hinaus Infrastrukturvorsorge, Demokratisierung und Krisenbekämpfung an.

Staatsreform ist von der Sache her inhaltlich – und nicht nur aus Sparzwängen – geboten. Modernisierungsrückstände, die

Umbruchsituationen der europäischen Einigung und der Zusammenbruchs des Ostblocks stellen uns vor Herausforderungen, denen nicht alle bisherigen Methoden und Strukturen gewachsen sind. In der Vergangenheit erfolgte Staatsreform meist in der Aufarbeitungsphase großer Kriege oder Katastrophen. Wir nehmen die Herausforderung an, den demokratischen Umbau der Verwaltung in einer Situation anzugehen, die davon weit entfernt ist, um frühzeitig die Weichen für die langfristige Handlungsfähigkeit des Staates sicherzustellen.

Staatsreform ist in aller Munde und doch de facto nach wie vor ein Tabuthema. Eines aber ist sicher: Einfach so weitermachen geht nicht.

Die Zahlen verdeutlichen die Notwendigkeit der Staatsreform: Die Personalausgaben des Landes Hessen betragen 1991 gut 1.800 DM je Einwohner. Nur in Niedersachsen waren es mehr. Zählt man Land und Gemeinden zusammen, so erreicht Hessen mit 2.800 DM je Einwohner den höchsten Wert aller Bundesländer. 1993 betrug die Personalkostenquote des Landes 41,9 Prozent an den Gesamtausgaben, diese steigt bis 1997 zufolge erhöhter Aufwendungen im Länderfinanzausgleich (die vorweg abgezogen werden müssen) auf 44,6 Prozent.

Nach einer bundesweiten Prognose werden von 1990 bis 2030 für alle Länder die Kosten aus Gehältern, Löhnen und Ruhestandszahlungen von 40 Prozent auf 60 bis 65 Prozent ansteigen. Die Pensionskosten sind dabei der am dramatischsten zunehmende Faktor. Das entspricht zusätzlich dem Anteil, der heute in den kommunalen Finanzausgleich und die Zinsausgaben zusammen hineinfließt. Um diese Entwicklung auszugleichen, müßten also beide Finanztöpfe auf Null gesetzt werden. Bereits lange vor Erreichen dieser Schwelle ist jede Handlungsmöglichkeit zusammengebrochen.

Es ist Aufgabe der SPD, Weichenstellungen vorzunehmen. Sie hat seit ihrer Gründung im Interesse der arbeitenden Men-

schen viele neue Themen angepackt und Widerstände überwunden. Sie ist auch die Kraft, die den Staatsumbau solidarisch und ernsthaft in Angriff nimmt. Die SPD bekräftigt ihren Willen, bei der Ausarbeitung und Entwicklung ihres Reformansatzes die Diskussion mit den Gewerkschaften und Personalräten zu suchen und ihr Wissen und ihre Erfahrung in die weitere Diskussion einzubringen.

In der nächsten Wahlperiode kommt es darauf an, die Reform anzugehen, erste Erfahrungen zu sammeln, gemeinsam mit Bevölkerung und Beschäftigten auszuwerten und – wo erforderlich – Umstrukturierungen an Organisation und Haushaltsführung vorzunehmen.

Bereits in dieser ersten Phase ist eine Verständigung über Ziele wichtig: Staatsreform zu denken und umzusetzen verknüpft die durchgreifende Reform der Landesverwaltung mit einer Offensive für mehr Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Es geht also um eine Reformbewegung für Ziele, die stärker als bisher in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Eingang finden können. Individuelle Freiheit, individuelle Verschiedenheit und Vielfalt als eigener Wert sind Zielsetzungen, die in der modernen Gesellschaft an Bedeutung gewinnen und auch für immer mehr Menschen möglich sind – nicht zuletzt aufgrund gesteigener Bildungsmöglichkeiten. Staatsreform soll auch einen Beitrag zur Stärkung der persönlichen Souveränität der Einzelnen leisten.

Gleichzeitig besteht eine erhebliche Notwendigkeit zum Einsparen. Es kommt deshalb darauf an, unter möglichen Einsparmaßnahmen diejenigen herauszufinden, die am ehesten mit den Modernisierungszielen einhergehen oder am ehesten dazu beitragen, Beschäftigung zu sichern oder zu schaffen.

Kernpunkte des Programms Staatsreform 1995 – 1999 sind deshalb:

- Entwicklung von Budgetierungskonzepten für die Verwaltungseinheiten, die jenseits der bislang üblichen Haushaltsführung mehr Flexibilität zulassen, Belohnungsmechanismen für Beschäftigte enthalten und Personal- und Sachmittelverwaltung zusammenführen.
- Aufbau eines Controllings in allen Verwaltungsbereichen.
- Verstärkte Einführung von Arbeitsgruppenarbeit, von Projektmanagement und weiteren effizienzverbessernden, bürgerorientierten Maßnahmen.
- Ausnutzung privater Rechtsformen unter öffentlicher Kontrolle zur Herstellung von interner Transparenz, Kostenübersicht und effizienter Dienstleistungserbringung. Die Geltung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes im privatisierten Betrieb muß sichergestellt werden.
- Wir wollen im öffentlichen Dienst eine stärkere Orientierung an der Leistung der Einzelnen und keine Fortschreibung des bisherigen Laufbahnkonzepts, das berufliche Entwicklung nur unzureichend zuläßt. Das Beamten- und Tarifrecht ist überall dort zu verändern, wo es für Leistung, Einstufung, Engagement und Kompetenz unzureichende Anreize gibt. Verbeamtung soll nur noch in verfassungsrechtlich gebotenen Fällen erfolgen. Bundestarifvertraglich sollen die Gehaltssteigerungen nach Dienstaltersstufe in Frage gestellt und dem Leistungsprinzip mehr Rechnung getragen werden.

Konkret bedeutet dies für die Wahlperiode 1995-1999:

- Stabilisierung der Personalausgaben des Landes auf dem Ausgabenniveau 1994 (zuzüglich Inflationsrate),
- Beschäftigungswirksame Umsetzung der Sparvorgaben, so daß die Arbeit auf möglichst viele Schultern verteilt wird (Teilzeitarbeit, Zwei-Drittel-Beschäftigungsverhältnis). Anzustreben sind dabei tarifvertragliche Regelungen,
- Schaffung von selbständigen Einheiten mit eigener Ergebnisverantwortung innerhalb der Länderverwaltung,

- Qualifizierung der Beschäftigten, vor allem von Frauen; Möglichkeit zu "Mitarbeiter-Ausgründungen" von Staatstätigkeiten,
- Mobilisierung von Vermögenswerten des Landes für andere Aufgaben, insbesondere um "Arbeit statt Arbeitslosigkeit" zu organisieren,
- Dezentralisierung bzw. Verlagerung von Aufgaben und Entscheidungen auf untere Ebenen, wo immer dies möglich ist,
- Verlagerung von geeigneten abfall-, wasser-, immissionschutz-, forst-, naturschutz- und baurechtlichen Entscheidungen auf die untere Behördenebene,
- Bündelung der staatlichen Umweltaufgaben auf unterer Ebene (Wasserwirtschaftsämtler und Ämter für Regionalentwicklung; Verstaatlichung der Unteren Naturschutzbehörden und Eingliederung in diese Ämter),
- Konzentration spezieller Fachaufgaben bei jeweils einem Regierungspräsidium,
- Überprüfung aller Gesetze und Verordnungen, die älter als 20 Jahre alt sind, auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit,
- Initiativen für regionale Sozialfonds im Sinne der Leistungsgewährung aus einer Hand und des regional gesteuerten Umbaus von stationären Einrichtungen zugunsten ambulanter Dienste sowie der Förderung von Selbsthilfe.

Impressum:

Verantwortung für Hessen
Sozialdemokratisches Regierungsprogramm 1995 bis 1999
Herausgegeben vom SPD-Landesverband Hessen

Verantwortlich: Norbert Schmitt, Landesgeschäftsführer
Titelfotos: dpa; Archiv
Herstellung: Schüren Presseverlag, Marburg,
Clausen & Bosse

Raum für eigene Notizen

